

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Meine Damen und Herren, damit ist die Fragestunde abgeschlossen.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
(Haushaltsgesetz 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/3500

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/3740

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/3780

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksache 10/3801 bis 10/3815

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/3850
dritte Lesung

in Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1988 bis 1992 mit Finanzbericht 1989

(B) Unterrichtung durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 10/3501

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/3851

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1989
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/3502

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/3780

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksache 10/3800

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung
Drucksache 10/3852
dritte Lesung

(C)

Ich verweise auf die Ihnen vorliegenden Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/3850 bis 10/3852.

Weiterhin werden Entschließungsanträge in die Beratung einbezogen. Meine Damen und Herren, Sie haben die Übersicht erhalten; ich verzichte im Augenblick darauf, die einzelnen Drucksachennummern und den Inhalt der Entschließungsanträge bekanntzugeben.

Ich eröffne die Beratung in dritter Lesung und erteile Herrn Abg. Dr. Worms für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Worms (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem Haushalt, den wir heute abschließend beraten, spiegelt sich ein Teil der Realität des Landes Nordrhein-Westfalen wider. An den Haushaltsberatungen ist deutlich geworden, welche guten Rahmenbedingungen die Bonner Wirtschaftspolitik auch für das Land Nordrhein-Westfalen geschaffen hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Haushaltsdaten haben sich gegenüber allen Prognosen aufgrund der neuen Steuer-schätzungen enorm zum Positiven verändert. Eine nicht mehr für möglich gehaltene Wachstumsrate von mindestens 3,5 % in diesem Jahr bedeutet auch erhebliche Mehreinnahmen in Milliardenhöhe für das Land Nordrhein-Westfalen und eine erhebliche Entlastung für Städte und Gemeinden.

(D)

Demgegenüber, meine Damen und Herren, hieß es aus dem Mund von Herrn Farthmann zu Beginn dieses Jahres, durch die Steuerreform würden die öffentlichen Kassen ausgeplündert.

(Dr. Farthmann (SPD): So ist es ja auch!)

Wenn Sie, Herr Farthmann, sich der Wahrheit gegenüber verpflichtet fühlen, müssen Sie heute Ihre Aussage öffentlich korrigieren.

(Beifall bei der CDU - Weiss (CDU): Das tut er aber nicht!)

Entgegen allen Unkenrufen - auch von der SPD-Landesregierung - hat sich der Mut der

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Bundesregierung auch zu unpopulären Maßnahmen ausgezahlt.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident - jeder, der mich kennt, weiß, daß ich hier nicht immer seine Anwesenheit einklage, weil ich auch Verständnis habe, wenn er einmal weg ist -, nur, ich hätte kein Verständnis, - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Worms, Herr Ministerpräsident Rau hat sich eben für eine ganz kurze Zeit bei mir entschuldigt.

Dr. Worms (CDU): Ich habe dafür, Herr Präsident, kein Verständnis. Es ist heute die Stunde des Parlaments; es ist heute die dritte Lesung.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben den Ministerpräsidenten für den ganzen morgigen Tag hier entschuldigt. Es ist heute wirklich einmal seine Pflicht gewesen, sich der offenen Diskussion im Parlament zu stellen.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Ich sage ihm deshalb: Wenn er Vorbilder für eine mutige, entscheidungsfreudige Politik braucht,

- (B) (Weiss (CDU) (an die Landesregierung gewandt): Das interessiert Sie doch gar nicht mehr!)

so lohnt sich ein Blick nach Bonn. Notwendige Reformvorhaben sind von der CDU-geführten Bundesregierung in Bonn angepackt worden.

Reformvorhaben, an die sich die letzte SPD-geführte Bundesregierung nicht herangetraut hat.

Es ist kein Geheimnis, daß sich unser Landesvorsitzender Norbert Blüm als Motor und Inspirator hier bewährt hat.

(Beifall bei der CDU)

Im Rahmen der Diskussion um die Gesundheitsreform und um die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat Norbert Blüm Mut gegenüber Widerständen aus völlig unterschiedlichen Lagern bewiesen, einen Mut, der bei der Landesregierung des Herrn Rau nirgends zu erkennen ist.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem nun, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, keiner mehr die positiven Wirkungen der Wirtschaftspolitik in Bonn leugnen kann, ist auch das ständige Verharren der Landesregierung an der Klage-mauer unseren Bürgern nicht mehr zu ver-mitteln. (C)

(Beifall bei der CDU)

Wir werden Sie, Herr Ministerpräsident, auch nicht mit Ihrer nunmehr verkündeten Lesart durchlassen, die da lautet: Läuft es schlecht im Lande Nordrhein-Westfalen, so ist die Bundesregierung schuld; läuft es gut in unserem Lande, so liegt es an dieser Landesregierung.

Solche eklatanten Verstöße gegen Logik und gesunden Menschenverstand kann auch Ihre aufgeblähte Verkaufsabteilung nicht mehr länger kaschieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht man die Erfolge der Bonner Politik, sieht man die Erfolge der Wirtschaftspolitik in den unionsgeführten Länder der sogenannten Südschiene, so stellt sich in unserem Lande immer wieder die Frage: Woran liegt es eigentlich, daß Nordrhein-Westfalen in der wirtschaftlichen Entwicklung so lange zurückgeblieben ist?

Nun argumentieren Sie, Herr Farthmann, immer mit den Kohlelasten und mit den besonderen Strukturproblemen. Hieran ist sicherlich etwas Wahres. Aber es ist eben nicht die ganze Wahrheit: Die Wahrheit ist auch, daß diese Landesregierung zu spät aufgewacht ist. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir bezahlen heute ein viel zu langes Einigeln in überkommene Strukturen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sich, Herr Ministerpräsident, um Wählerstimmen zu halten, jahrelang nur darauf beschränkt, alte Strukturen zu erhalten, Subventionen zu bezahlen. Der zweite Teil einer sozialen Abfederung des Strukturwandels, nämlich Neues zu wagen, setzte in Nordrhein-Westfalen viel zu spät ein.

Diese Landesregierung zeichnet sich dadurch aus, daß sie erst dann bereit ist umzukehren, wenn sie das Ende der selbstgewählten und eingeschlagenen Sackgasse erreicht hat.

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Weder die Unternehmen noch eine Landesregierung können auf Dauer Arbeitsplätze garantieren, wenn der Markt dies nicht mehr hergibt. Hier hat begrüßenswerterweise auch ein Umdenken bei den Gewerkschaften stattgefunden. Kein Unternehmen kann auf Dauer mit roten Zahlen leben, und kein Staat kann auf Dauer rote Zahlen durch Subventionen ausgleichen.

Strukturwandel geht nicht ohne schmerzhaft Operationen. Dabei begrüßen wir ausdrücklich, daß bei allen schmerzhaften Operationen die soziale Absicherung im Vordergrund steht. Hier muß aber auch einmal gesagt werden, daß viele Arbeitgeber ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und insofern ihren Beitrag zur sozialen Absicherung leisten. Der Sozialplan hat sich hierbei bewährt, auch wenn er im Einzelfall mit Härten verbunden sein kann.

In diesem Zusammenhang sollten wir alle den Mut haben, zu bekennen, daß die staatlichen Anstrengungen zur sozialen Absicherung im wesentlichen für die Belegschaften von Großunternehmen unternommen werden. Sie finden keine Entsprechung im mittelständischen Bereich. Der kleine Handwerker ist weitgehend allein gelassen. Die Arbeitnehmer, die er entlassen muß, sind allein auf das Arbeitsamt angewiesen.

- (B) Wer deshalb über Strukturwandel nachdenkt, muß sich auch diese Tatsache vor Augen halten. Es ist der Mittelstand, der den Löwenanteil am Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen bestreitet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb gilt für unsere Politik: Fruchtlöse Dauerzahlungen von Subventionen sind Zug um Zug durch wirksame Fördermaßnahmen in zukunftsträchtige Arbeitsplätze des Mittelstandes zu ersetzen.

Der Versuch, Politik nach Parteiprogrammen zu machen, ist zum Scheitern verurteilt. Wer sich das Wirtschaftsprogramm der SPD ansieht, kann nur feststellen, daß sich die SPD im Irseer Programm sehr viel Gedanken um die Verteilung des Geldes macht; an keiner Stelle finden sich hingegen Betrachtungen, wie das Bruttosozialprodukt erwirtschaftet werden soll.

Deshalb bleibt die Tatsache: Eine Regierung kann nur dann Erfolge haben, wenn die Verantwortlichen in der Wirtschaft bei ihr Vertrauen und auch Unterstützung finden. Investitionen setzen nun einmal Vertrauen in die politische Führung voraus.

- (C) Voraussetzung für eine effektive und erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist auch das, was man Leadership nennt: Vom Ministerpräsidenten eines Landes wird eben erwartet, daß er eine Motorfunktion ausübt, daß er Führungsbereitschaft und Verantwortungsbereitschaft zeigt.

Von einem Ministerpräsidenten wird auch erwartet, daß er den Mut aufbringt, einmal dort mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, wo es notwendig ist, auf den Nägeln brennende Probleme zu bewältigen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sind beim besten Willen nicht die Attribute, die selbst Wohlmeinende der Landesregierung und insbesondere dem Ministerpräsidenten Johannes Rau zuschreiben.

(Zustimmung bei der CDU)

Im Gegenteil: Er ist eher Bremser als Motor, er ist eher passiv als aktiv, ist eher tatenlos und wählt den Weg des geringsten Widerstandes, als mutig den Weg nach vorn zu beschreiten.

(Beifall bei der CDU)

- (D) Nur, meine Damen und Herren, Tatenlosigkeit bedeutet auch das Verpassen von Chancen. Diesen Luxus kann sich das Land Nordrhein-Westfalen als größtes Schuldenland in der Bundesrepublik Deutschland nicht erlauben.

Es ist richtig: Der Abbau der Schuldenlast ist eine der wesentlichen Aufgaben künftiger Landespolitik. Die Schulden belasten heute unseren Landeshaushalt so sehr, daß wir kaum mehr in der Lage sind, die notwendigen Gelder für zukunftsträchtige Investitionen bereitzustellen.

Nur: Die von Herrn Posser schon vor Jahr und Tag beschworene Kehrtwendung in der Finanzpolitik findet nicht statt. Deshalb finden wir im Haushalt auch nicht die Umsetzung der Regierungserklärung zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung.

Meine Damen und Herren, das Fazit der Beratungen der zweiten Lesung ist: Die von der Landesregierung selbst angekündigten Schwerpunkte finden sich in diesem Haushalt, im Haushalt für das Jahr 1989, nicht.

Für die CDU hat Umweltschutz erste Priorität. Jeder weiß aber auch: Umweltschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben, er ist für Bürger und Wirtschaft ein beachtlicher Kostenfaktor.

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Dennoch darf uns das nicht hindern, für eine gesunde Natur und für eine gesunde Umwelt alle Kräfte zu mobilisieren. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, Herr Ministerpräsident, kommen wir an Kompromissen nicht vorbei. Weder Nordrhein-Westfalen noch die Bundesrepublik können allein Lösungen finden. Nur durch harte, intensive Arbeit in Europa, und zwar in West- und in Osteuropa, werden wir hier Erfolg haben und weiterkommen. Lösungen finden wir nur mit der Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft.

(Zustimmung bei der CDU)

Eine realistische, aber beharrliche Politik der kleinen Schritte führt uns schneller zum Ziel als eine Politik der großen Versprechungen, die keiner einhalten kann.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Eine weitere Sorge gilt den älteren Menschen. Nicht nur die Sicherung der Renten, sondern insbesondere die Betreuung und die Pflege sind weitere Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben. Für die Pflege und Betreuung sind zunächst unsere Familien gefragt. Familiäre Kontakte sind durch nichts zu ersetzen. Deshalb gilt einmal mehr der Grundsatz: Hilfe zur Selbsthilfe hat Vorrang. Wir wollen unsere älteren Mitbürger nicht abschieben, wir wollen sie in unserer Mitte behalten. Wir wollen uns ihre wertvollen Lebenserfahrungen zunutze machen. Norbert Blüm hat den Mut und die Kraft gehabt, die Gesundheitsreform durchzusetzen. Zum erstenmal erhalten deshalb Familien mit dem Pflegegeld Unterstützung für die Übernahme einer gesellschaftspolitischen Aufgabe.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Erst wenn familiäre Hilfe nicht oder nicht ausreichend erfolgen kann, sind Staat und Gesellschaft gefragt.

Meine Damen und Herren, gerade die Beratungen und die Diskussionen um die Gesundheitsreform haben eines erwiesen: Die Aufgaben von morgen sind nur mit Ideenreichtum, Flexibilität und Durchsetzungskraft zu lösen. Wir als CDU trauen der Kreativität unserer Bürger. Wir setzen auf die Verantwortungsbereitschaft unserer Mitbürger, auf den Leistungswillen der Menschen, auf den Wettbewerb der Ideen. Die Politik, die wir zu verantworten haben, muß deshalb Freiräume schaffen, sie muß sinnvolle Initiativen fördern und die Bürokratie auf das notwendige Mindestmaß beschränken. Denn oft liegt es eben nicht nur am Geld, oft liegt es an der Bereitschaft, sich neuen Ideen zu öffnen und

- Vorbehalte und Vorurteile zugunsten einer positiveren Einstellung für neue Produkte zurückzustellen. (C)

Hierzu, Herr Ministerpräsident, einmal ein Beispiel, das die Situation in Nordrhein-Westfalen zutreffend beleuchtet! Jeder von uns weiß: Kanadische Unternehmen wollen in Oberhausen eine neue Einkaufs- und Freizeitstadt schaffen. Mit dieser Investition sollen - wie die Zeitungen berichten - 14 000 bis 15 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Was passiert? Die Landesregierung schweigt. Einmal mehr - und das sind die Nachrichten, die uns hier erreichen - werden nur die Risiken, die mit einer solchen Investition verbunden sind, gewälzt, nichts aber wird zu der wohl einmaligen Chance gesagt, die sich für Oberhausen und für die gesamte dortige Region bietet.

Herr Ministerpräsident Rau, Sie erklären doch immer, gegen die Arbeitslosigkeit müsse mit allen Mitteln gekämpft werden. Gerade deshalb müßten Sie hier nicht nur abwarten, zuwarten, bis sich das ganz von allein als erledigt ansehen läßt oder möglicherweise doch kommt; Sie müßten hier einmal persönlich die Initiative ergreifen.

(Beifall bei der CDU)

Oberhausen ist eine Stadt mit einer der höchsten Arbeitslosenzahlen. Genau dies ist das Problem in unserem Land: Seitens der Regierung Worte statt Taten; anstehende Probleme werden von dem Ministerpräsidenten persönlich nicht angepackt. (D)

Wir haben in diesen Tagen oft gehört: Unser Land befindet sich in der Vorbereitung auf den europäischen Markt. Wer über Sozial- und Wirtschaftspolitik redet, muß sich deshalb auch mit dem Hineinwachsen der Bundesrepublik und damit mit dem Hineinwachsen unseres Landes in ein vereinigtes Europa befassen. Wir als CDU begrüßen die Einigung innerhalb Europas. Aber, meine Damen und Herren, auch hier gilt: Das Hineinwachsen in ein zukünftiges Europa bedeutet nicht die Aufgabe unserer nationalen Identität. Bereits Charles de Gaulle hat von einem Europa der Vaterländer gesprochen. Denn in einem zukünftigen Europa wächst nicht nur die Wirtschaft zusammen; auch die Völker werden sich dort näherkommen. Dennoch werden die Menschen darauf achten, daß sie ihre eigenständige Kultur erhalten. Die nationale Identität wird in einem zusammenwachsenden Europa nicht aufgehen.

Deshalb entfallen für uns auch nicht die Verpflichtungen gegenüber unseren Deutschen

(Dr. Worms (CDU))

- (A) in Osteuropa. Es gilt: Wir wollen allen Deutschen aus Osteuropa die Möglichkeit geben, im freien Deutschland zu leben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Haltung als Deutschtümelei zu bezeichnen, ist eine schlimme Entgleisung des Herrn Lafontaine.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Alle jene, die diese Äußerung Lafontaines für richtig halten sollten, müssen sich fragen lassen, ob einem französischen Sozialisten ein vergleichbares Wort überhaupt in den Sinn käme.

Meine Damen und Herren, wir sagen zu Recht: Nordrhein-Westfalen hat alle Voraussetzungen, ein Herzstück Europas mit internationalem Gewicht zu werden, und wir müssen jetzt die Weichen stellen. Jeder weiß, Weichenstellen bedarf mutiger Entscheidungen, die nicht mehr aufgeschoben werden können. Wie sehen hier Anspruch und Wirklichkeit bei uns aus? Ich frage: Ist ein Herzstück Europas ohne internationalen Großflughafen vorstellbar? Wenn wir im Lande keine Lösung finden - das haben wir in mehreren Gesprächen in den letzten Monaten gehört -, wird sich das internationale Geschehen nach Rotterdam oder zumindest ausschließlich nach Frankfurt und München verlagern. Düsseldorf und Köln können eine bedeutende internationale Rolle nur dann spielen, wenn auch die Verkehrsanbindungen internationalen Ansprüchen genügen.

(B)

(Sehr wahr! und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Flughäfen Düsseldorf und Köln haben - und das zeigt das Ergebnis der Diskussion - nur zusammen hierfür die notwendige Voraussetzung. Wenn es richtig ist, daß Köln die notwendigen Start- und Landebahnen, Düsseldorf das Gebäude hat, dann muß es jetzt darum gehen, beide Flughäfen zusammenzuführen. Wer das erkennt, wer das artikuliert, muß auch wissen, daß dies nicht zum Nulltarif zu haben sein wird.

(Beifall bei der CDU)

Aber jetzt gilt doch die Frage: Kann eine solch richtige Erkenntnis, eine Erkenntnis, die unser Land sehr schnell in eine gute Zukunft führt, am Geld scheitern? Meine Damen und Herren, wir wissen, daß das Hunderte von Millionen DM kosten wird. Aber wir sagen auch ganz deutlich: Wenn der politische Führungswille da ist, ist auch in

diesem Lande das Geld, das hier benötigt wird, zu mobilisieren. (C)

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, fordere ich Sie auf, die hier noch bestehenden Hindernisse zu beseitigen. Unser politisches Wollen muß deutlich werden, um so mehr als in Gegenwart des Wirtschaftsministers und in Gegenwart vieler führender politisch Tätiger im Lande Herr Ruhnau ein in sich schlüssiges Konzept vorgestellt hat.

Noch ein Weiteres im Hinblick auf Europa! Ich finde, das haben wir alle einmal hier im Hohen Hause zu bedenken: Die zukünftige Rolle unseres Landes wird die einer Region sein. Deshalb erfordert diese Rolle auch ein Umdenken von uns als Landesgesetzgeber. Wir werden im gesetzgeberischen Bereich mehr und mehr Kompetenzen an Europa abgeben. Der Landtag wird darüber zu wachen haben, wie europäisches Recht in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird. Bereits heute zeigt sich, daß der Informationsfluß von den europäischen Entscheidungsinstanzen in unsere unmittelbare Parlamentsarbeit unzureichend ist.

Herr Kollege Farthmann, wir haben das im Hauptausschuß diskutiert, und ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, daß wir das noch einmal in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufnehmen: Ein eigenständiger Ausschuß für europäische Angelegenheiten und ein unmittelbarer Informationsfluß sind unabdingbare Voraussetzungen für eine wirksame parlamentarische Arbeit mit Blick auf Europa! (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zutreffend reden wir gerne von der Zukunft und von den Entscheidungen, die wir hier und heute zu treffen haben. Ich möchte allerdings in diese Betrachtung eines einbeziehen, was zu der bitteren Erkenntnis führt, daß leider die Mehrheit in diesem Landtag dafür gesorgt hat, daß wir die letzte gesetzgeberische Chance, die uns hier noch verblieben ist, verspielt haben. Bei der Beratung des Landesrundfunkgesetzes hätten wir die Gelegenheit gehabt, eine private Rundfunkordnung zu schaffen, die europäischen Dimensionen gerecht wird. Statt dessen wurde von der Mehrheitsfraktion, der SPD, im Landtag ein Landesrundfunkgesetz durchgepeitscht, das uns gegenüber den anderen Bundesländern und gegen Europa abschottet. Dieses Gesetz ist ein Musterbeispiel dafür,

(Dr. Worms (CDU))

- (A) wie man die Kräfte des Marktes in Nordrhein-Westfalen wirksam lähmen kann.

(Zustimmung bei der CDU
- Dr. Farthmann und Büsow (SPD):
Keine Ahnung!)

- Herr Büsow, Sie müssen sich sagen lassen: Aus Angst vor Monopolen und aus Angst vor dem Wettbewerb hat die SPD ein Gesetz mit Verordnungscharakter beschlossen, das in seiner Regelungswut ohne Beispiel ist.

(Dr. Farthmann (SPD): In Bayern und Baden-Württemberg ist alles am Ende!)

Zwei Jahre, Herr Farthmann - wir haben gestern noch mit Herrn Lahnstein sehr intensiv darüber gesprochen -, sind nach der Verabschiedung ins Land gegangen - man höre und staune -, ohne daß auch nur ein Lokalfunksender seinen Betrieb aufgenommen hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Ministerpräsident hat damals versprochen, Nordrhein-Westfalen zu einem Medienzentrum in Deutschland zu machen. Von dieser hehren Ankündigung, Herr Ministerpräsident, ist lediglich ein Scherbenhaufen geblieben.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

- (B) Das Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit wird nie deutlicher als an der Beratung und an der Wirkung dieses von der Mehrheit des Landtags durchgepeitschten Gesetzes.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ein Weiteres noch, meine Damen und Herren! Wir haben mit vielen gesprochen, gerade auf diesem Gebiet. Sie haben uns immer wieder gesagt - ich wiederhole das, Herr Kollege Farthmann -: Ideologisch eingefärbte Gesetze sind das beste Mittel, Investoren in modernen, zukunftssträchtigen Bereichen vom Lande Nordrhein-Westfalen fernzuhalten.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, jetzt möchte ich Sie persönlich ansprechen; denn es kommt noch schlimmer.

(Dr. Linssen (CDU): Können Sie die Akten einmal zur Seite legen, Herr Ministerpräsident!)

Das gesetzgeberische Schicksal, das dieses Landesrundfunkgesetz erlitten hat, ist ein

- Beispiel dafür, wie sich eine Staatskanzlei zum Handlanger der SPD-Mehrheitsfraktion hat machen lassen. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Es war die SPD-Fraktion, die mit einigen politischen Meinungsführern den Gesetzentwurf der Staatskanzlei vom Tisch gefegt hat. Wir erinnern uns alle noch, Herr Farthmann, an Ihr persönliches Auftreten im alten Landtag zwischen zweiter und dritter Lesung, als Sie uns zugerufen haben: "Das, was wir jetzt beraten und beschließen, kann ich nicht näher erläutern; das muß alles noch einmal nachgearbeitet werden." Das haben wir alle noch sehr lebhaft im Kopf. Deshalb sage ich Ihnen: Trotz besserer eigener Erkenntnis mußte die Staatskanzlei die Funktion eines willfähigen Erfüllungsgehilfen übernehmen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Oberster Chef dieser Staatskanzlei ist Ministerpräsident Johannes Rau.

(Mernizka (SPD): Eine gescheite Sache ist das doch, oder?)

Zukunft, meine Damen und Herren, ist, ohne daß wir uns mit Bildung, Ausbildung, Schule und Hochschule befassen, nicht denkbar. Wer in einer modernen Industriegesellschaft eine angemessene berufliche Zukunft finden will, ist auf eine qualifizierte Ausbildung angewiesen. (D)

Unsere jungen Menschen sind unser wertvollstes Kapital für die Zukunft. Wer hier nicht investiert, der verspielt die Zukunft.

Unseren Hochschulen droht der Kollaps. Die Hörsäle sind überfüllt, es fehlen Professoren. Die Regierung - und das beweist das Ergebnis der Beratungen zur zweiten Lesung - bringt die Kraft nicht auf zu helfen.

Meine Damen und Herren, wir könnten helfen, wenn wir wirklich wollten. Warum, Herr Rau, stimmen Sie nicht dem Notprogramm der CDU-Fraktion zu? Mit den darin vorgesehenen bescheidenen 14 Millionen DM könnte wirklich die schlimmste Not sofort gelindert werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Finanzminister Schleißer, 14 Millionen DM Notprogramm bringen einen 63-Milliarden-DM-Haushalt in der Tat wohl nicht aus den Fugen.

Herr Ministerpräsident, es ist noch nicht zu spät. Ich biete Ihnen im Namen meiner Frak-

(Dr. Worms (CDU))

- (A) tion an, hier und heute könnten wir noch, wenn Sie mittun, den Haushalt gemeinsam ändern. Ich appelliere an Sie im Interesse unserer Studenten: Verbauen Sie unserer studentischen Jugend im Lande durch eigene Maßnahmen nicht die Zukunft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, ich komme noch einmal darauf zurück, was der Kollege Reul hier Bedenkenswertes zu Beginn der zweiten Lesung, an Sie adressiert, gesagt hat. Noch immer gibt es in Nordrhein-Westfalen keinen Schulfrieden, und schon kommt die SPD mit neuen Zielen. Ein Ziel ist die Öffnung der Schulen. Es wird erkennbar, daß damit auf eine Politisierung der Schulen hingewirkt werden soll.

Meine Damen und Herren, die überwältigende Mehrheit der Eltern will ihren Kindern ethische Grundwerte vermitteln und sie zu einer positiven Einstellung zur Demokratie und zu der uns tragenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erziehen. Die Eltern erwarten, daß die Schule ihnen hierbei hilft. Denn in der Vermittlung von Grundwerten und in der Vermittlung der Mechanismen einer demokratischen Gesellschaftsordnung liegt unser aller Zukunftsfähigkeit.

Eine Politik, die sich daran orientiert, wird nicht dem Zeitgeist nachjagen. Sie wird nicht jedem nach dem Munde reden. Sie wird auch, meine Damen und Herren, die Kraft haben, das Unvollkommene zu bejagen.

(B)

Nur, eine solche Politik erfordert Mut - Mut, Positives zu bewahren, Interessengruppen zu widersprechen, Mut zu Reformen, Mut zur Wahrheit, zur Entscheidung und, wenn es sein muß, auch Mut zum Konflikt.

Wir haben gestern abend in einer Feierstunde - Kollege Farthmann war dabei -, Herr Ministerpräsident, ein Wort von Rainer Barzel gehört, das Adolf Kolping geprägt hat. Ich möchte sagen, dieses Wort des schlichten Gesellenvaters sollten Sie beherzigen: "Wer selbst Mut hat, macht anderen Mut."

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wenn man das einmal der Gegenwart, in der wir uns aufhalten, gegenüberstellt, so wird man feststellen, daß viele, leider zu viele einem politischen und moralischen Rigorismus verfallen sind. Die Folge ist eine Gesellschaft von Unzufriedenen, der notorischen Nörgler, eine Gesellschaft der Nein-Sager.

(Frey (SPD): Das sagen Sie hier!)

Wenn ich mich hier als erster Repräsentant eines Landes der Pflicht stelle, die aus dieser Gesellschaftskritik abzuleiten ist, dann muß ich die Kraft haben, das Positive, das Gute, das Schöne in unserer Gesellschaft einmal zu artikulieren. Herr Ministerpräsident, das bedeutet, daß Sie auch den Mut und die Kraft haben, sich mit den vielen, vielen Lobbyisten auseinanderzusetzen, die alle an unserem Haushalt zehren, denen aber das Eigeninteresse in jedem Falle wichtiger ist als das sogenannte Bonum commune, als das Allgemeininteresse in unserem Lande.

(C)

Weil dem so ist und weil hier nach Zeitgeist, nach Opportunismus gehandelt wird, möchte ich Ihnen hierfür ein drastisches Beispiel nicht ersparen. Ich spreche Sie an, Herr Matthiesen. Sie haben, um eines politischen Auftritts willen, vorschnell Kälber massenweise töten lassen. Jetzt muß der Steuerzahler Schadenersatz an Gesetzesbrecher leisten.

Die Folgen des Urteils wollte die Opposition im zuständigen Ausschuß gestern klären, und damit sind SPD, F.D.P. und CDU einer parlamentarischen Pflicht nachgekommen. Nur, die Wahrnehmung dieser parlamentarischen Pflicht hat Minister Matthiesen als moralisch perfide diffamiert.

(Zurufe von der CDU: Unglaublich! Pfui! - Weitere Zurufe)

Herr Ministerpräsident Rau, lassen Sie es Ihrem Minister eigentlich durchgehen, daß er unser naheliegendes Begehren, das Urteil auf seine Folgewirkungen hin zu überprüfen, als moralisch perfide bezeichnet? Warum schweigen Sie, Herr Ministerpräsident Rau, zu diesem unerhörten Vorgang?

(D)

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Darüber hinaus hat der Minister in seiner Presseerklärung fälschlicherweise behauptet, wir, CDU und F.D.P., seien für den Export hormonbehandelter Kälber. Aufgrund dieser böswilligen Unterstellung hat er uns sogar moralische Verkommenheit vorgeworfen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Eine größere Infamie, Herr Minister Matthiesen, kann ich mir nicht vorstellen. Der Minister schiebt uns in die Schuhe, wir seien für den Export hormonbehandelter Kälber. Nachdem er dieses wider besseres Wissen getan und öffentlich verbreitet hat, wirft er uns damit moralische Verkommenheit vor.

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Herr Ministerpräsident, wenn Sie und Ihr Umweltminister noch ein wenig Gefühl dafür haben, wo die Grenzen des Anstands in zwischenmenschlichen Beziehungen liegen, dann muß sich Herr Matthiesen für diese Entgleisung hier und heute entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Unerträglich ist aber auch, daß Herr Matthiesen sich nicht damit begnügt hat, die Opposition zu diffamieren. In seiner Maßlosigkeit hat er auch dem höchsten nordrhein-westfälischen Verwaltungsgericht unterstellt, es fördere mit seinem Urteil illegale Praktiken, weil es unter Beachtung von Recht und Gesetz den Export nicht ausschließt. Was ist das eigentlich für ein Verfall politischer Sitten, Herr Ministerpräsident Rau,

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

daß ein Minister Ihrer Regierung sich anmaßt, die Autorität anderer Verfassungsorgane um der persönlichen Politshow willen zu unterhöhlen?!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident Rau, wir diskutieren mit Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Ministerpräsident nunmehr seit zehn Jahren. Der zentrale Vorwurf, den ich im Namen meiner Fraktion an Sie richte, ist - und das beweisen die Vorgänge der letzten Monate überdeutlich -: Sie haben Ihre Regierung nicht mehr im Griff!

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Lassen Sie mich die Dringliche Anfrage von Herrn Kollegen Rohde zu dem Vorgang, der sich soeben hier abgespielt hat, auch nicht unerwähnt lassen. Er deckt sich genau mit dem, was wir beim Nachlesen Ihrer Einlassung zu den Beiträgen meiner Fraktion während der zweiten Lesung des Haushaltsplanentwurfs haben feststellen können. Herr Ministerpräsident! Es tut mir sehr weh; es ist bitter, aber ich muß Ihnen sagen: Bei Ihrem öffentlichen Auftreten im Landtag sind Sie nicht mehr bereit, auf konkrete Fragen der Opposition eine unmittelbare, konkrete Antwort zu geben.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Der Satz, den wir beim Betreten des Landtags unten am Eingang immer wieder lesen - aus Wort und Widerwort werde neues Wort -, verkehrt sich leider in sein Gegenteil. Herr Ministerpräsident, Sie haben es mir persönlich

gesagt - und das Gespräch zwischen Demokraten darf ja auch nicht verlorengehen -: Es ist wichtig, daß wir uns hier gegenseitig auch einmal an das Klima erinnern. Und es ist ebenso wichtig, daß wir gemeinsam die Notwendigkeit eines demokratischen Konsenses erkennen. Nur, Herr Ministerpräsident, ich will hier noch einmal sagen: Klima und demokratischer Konsens erfordern, daß der, der vom Bürger ein Mandat bekommen hat - und das haben Sie durch die Wahl bekommen -, bereit ist, dem Fragesteller, der ihm gegenübertritt, auf die von ihm gestellten Fragen konkrete, offene, ehrliche Antworten zu geben.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle haben Sie persönlich es in der Hand, als Erster im Lande Nordrhein-Westfalen das gute Klima wiederherzustellen. Wir von der Opposition werden uns dann gern mit Ihnen auch über andere Dinge, deren Klärung wichtig ist, unterhalten. Wer mit dem Finger auf andere zeigt, wenn es gilt, die Probleme des Landes zu bewältigen, der, meine Damen und Herren, hat seine Glaubwürdigkeit verspielt - ob bei Kohle oder bei der Wirtschaftshilfe, ob bei der Sozialhilfe oder bei der Haushaltskonsolidierung. Herr Ministerpräsident Rau! Sie wissen genau, wer dafür zuständig ist, und Sie wissen genausogut, daß in keinem Falle die Landesregierung selbst eine Zuständigkeit hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(D)

Die härteste Auseinandersetzung im Rahmen der Haushaltsberatungen hat es in der Tat über die Frage gegeben, ob die Landesregierung den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst beschäftigungswirksam umsetzt. Mit anderen Worten und ganz einfach gefragt - ich habe darauf verzichtet, hier jetzt auf alle Zahlenbeispiele einzugehen -: Wie viele zusätzliche Planstellen sind im Stellenplan 1989 ausgewiesen? Herr Ministerpräsident, trifft es zu, wenn nicht nur wir, sondern auch die Gewerkschaften zu der bitteren Erkenntnis kommen: Die absolute Zahl der Planstellen im Lande Nordrhein-Westfalen geht zurück!? Auch ein noch so perfekt inszeniertes Zahlenspiel, Herr Finanzminister Schleißer, kann über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, meine Freunde haben es mir gesagt: Die Betroffenheit Ihrer eigenen Parteifreunde im Haushalts- und Finanzausschuß spricht Bände! Wer selbst im Glashaus sitzt - und das gilt, Herr Rau, für Ihren

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Vorwurf gegenüber Hessen und dem Saarland -, sollte nicht mit Steinen werfen. Diese Bundesländer sind ehrlich. Sie dagegen versuchen, die Öffentlichkeit unseres Landes einmal mehr zu täuschen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine Regierung, die die Lösung eigener Probleme immer nur von anderen einfordert, macht sich in der Tat selbst überflüssig!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ein Ministerpräsident, der nicht den Mut hat, selbst Verantwortung zu übernehmen, verschafft sich weder Respekt noch Achtung, und - das ist das Schlimme! - er führt die Menschen in die Irre, wenn er sie glauben läßt, andere würden es schon richten. Nein, Herr Rau, das Schicksal unseres Landes meistert nur der, der es selbst fest in beide Hände nimmt - und genau das vermissen wir bei Ihnen!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

- (B) Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ruf der Politiker und der Politik ist nicht be-räuschend. Aber, Herr Ministerpräsident - deswegen sage ich das im Anschluß an die soeben behandelten Dringlichen Anfragen -, Sie tun uns, unserem Selbstverständnis, auch dem Selbstverständnis des Parlaments keinen Gefallen, wenn Sie es zulassen oder wenn Sie selbst behaupten, daß zum Beispiel die Kritik der Opposition billige Parteipolemik sei. Damit erweisen Sie der Demokratie keinen Gefallen. Was soll denn die Opposition anders tun, als zu kritisieren? Sie regiert schließlich nicht, und alle unsere Vorschläge werden abgelehnt.

Herr Ministerpräsident, Sie tun auch den Parteien keinen Gefallen damit, wenn Sie sie so diskreditieren, als betrieben sie nur billige Parteipolemik. Die Parteien mögen Fehler haben; aber wenn wir als Politiker dazu beitragen, das verbreitete Vorurteil zu stärken, Politik sei ein schmutziges Geschäft, dann ist das auch undemokratisch. Bernhard Worms hat es eben gesagt: Wir sind eine lebendige Demokratie; wir sind eine streitige Demokratie, eine Demokratie der lebendigen Auseinandersetzung, keine Demokratie falscher Harmonie, sondern eine Demokratie des Wettstreits. Dazu gehört in erster Linie, daß

- Fragen, die gestellt werden, auch beantwortet werden. Sie haben das nicht getan. (C)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie sich, Herr Ministerpräsident, auf staatsmännischem Terrain bewegen, von Versöhnen, statt Spalten sprechen, was ja nach der innewohnenden Dialektik dieses Satzes in Wirklichkeit "Spalten statt Versöhnen" bedeutet, dann sind das sicher und ohne Zweifel die "Highlights" in Ihrer Regierungstätigkeit. Aber wenn das bedeutet, es zuzulassen - der Kollege Worms hat das eben angesprochen -, daß Herr Matthiesen munter behaupten darf, und zwar undementiert, daß die Opposition, wenn Sie den Beschluß des höchsten nordrhein-westfälischen Gerichts, des OVG in Münster, achtet, respektiert, zur Diskussion stellt, hier als moralisch perfide oder moralisch verkommen dargestellt wird, dann tun Sie mit der Duldung dieser unglaublichen Aussagen der Demokratie im Lande Nordrhein-Westfalen wirklich keinen Gefallen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Regieren heißt natürlich zunächst einmal: die Ärmel hochzukrempeln, sich umfassend über die Probleme dieses Landes und seiner Bürger zu informieren, Konzepte zu entwickeln, wie diesen Problemen begegnet werden kann, wie vor allem die Zukunft unserer Kinder vernünftig vorbereitet werden kann, und schließlich die Konzepte in praktische Regierungsarbeit umzusetzen. Da sehen wir - und wir sagen das ganz offen in dieser streitigen Demokratie - bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, erhebliche Defizite: staatsmännisch gute Figur, aber Lösungskompetenz für praktische Probleme unterentwickelt. (D)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie werden mit praktischen Lösungsstrategien nicht identifiziert wie etwa Norbert Blüm, der Vorsitzende der größten Oppositionspartei dieses Landes, mit der Gesundheitsreform.

(Dr. Farthmann (SPD): Einen besseren konnten Sie auch nicht finden!)

- Ja, Herr Kollege Farthmann, er hat wenigstens etwas angepackt. Er hat sich ins Getümmel gestürzt. Er hat auch Blessuren davongetragen, weil er gekämpft hat. Und Ihr Ministerpräsident wird mit Konfliktlösungen erst gar nicht identifiziert.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Das mag zwar für sein Image gut sein, aber das ist schlecht für dieses Land.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Dr. Farthmann (SPD): Er ist doch gegenüber der Pharmaindustrie eingeknickt!)

Herr Kollege Farthmann, Sie haben ja auch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten verfolgt. Warum hat er sich denn mit den Themen, die er angesprochen hat, begnügt? Warum ist er denn nach seiner Regierungserklärung nur und alleine der Ministerpräsident von Kohle und Stahl? Warum hat er nichts gesagt zu den gravierenden Problemen an den Hochschulen? Warum hat er nichts zu den unerträglichen Zuständen an den Schulen gesagt?

Weil ich Blüm genannt habe, möchte ich auch den Vorsitzenden meiner Partei nennen. Er ist natürlich in vielerlei Hinsicht das völlige Gegenteil des Ministerpräsidenten, jedenfalls was Zuständigkeitsinanspruchnahme angeht.

(Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau und bei der SPD)

- Herr Ministerpräsident, ich wußte ja, daß ich Ihre Zustimmung erhalten könnte, wenn ich etwas zum Landesvorsitzenden meiner Partei sage.

- (B) Jeder weiß ja, daß der Bundesbildungsminister im Grunde kaum originäre Zuständigkeiten hat.

(Zuruf von der SPD: Wie heißt er noch?)

Doch wird es Jürgen Möllemann gelingen, das von ihm geforderte Sonderprogramm für besonders belastete Studiengänge an den Hochschulen in einer Gemeinschaftsaktion aller Länder durchzusetzen. Er wird es schaffen, weil er sich der Verantwortung, Herr Ministerpräsident, gestellt hat.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Nur so kann den Studienanfängern in diesem Lande geholfen werden. Hochschulpolitik, Herr Ministerpräsident, war ja einmal Ihr Ressort. Doch heute lassen Sie Anke Brunn alleine mit einem Strukturplan 2001 herumwursteln, gegen den wirklich von allen Seiten Proteste erhoben werden.

Aus den Hochschulen erreichen uns Brandbriefe, die wirklich unhaltbare Zustände schildern, um die Sie sich kümmern müßten, um die Sie sich aber persönlich nicht kümmern. Beispiel Bochum, Herr Ministerpräsi-

dent: In den sogenannten Massenfächern, in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, sitzen 240 Teilnehmer eng aneinandergerückt, und zwar nicht in einer Vorlesung, sondern in Übungen und Seminaren. Wie bei 240 Teilnehmern in einem Seminar die Eigenbeteiligung der Studenten aussieht, auf die solche Übungen und Seminare angelegt sind, läßt sich ausrechnen. Sie liegt bei Null.

(C)

Prüfungskorrekturen: Zwei Assistenten müssen 200 Hausarbeiten durchsehen, jede mit 20 Seiten, in die die Verfasser viel Fleiß und Intelligenz investiert haben. Das sind 2000 Seiten Korrektur für jeden! Man kann sich leicht ausrechnen, wie sorgfältig und ins einzelne gehend diese Korrekturen sein werden. So sieht die Situation an den Hochschulen aus. Was sagen Sie dazu, Herr Ministerpräsident? Keine einzige Regierungserklärung gibt es zur Lage der Hochschulen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Und die Professoren sagen uns, Aussicht auf Gelder habe nur, wer Highlights produziert. Daß hierfür Geld bereitsteht, begrüßen wir. Daß aber die Fähigkeit der Hochschule leidet, solide und auch in der Stille zu forschen, ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung. Geld für Spektakuläres, aber kein Geld für solide Ausbildung und für solides Studium in der Breite: So schafft man keine moderne Industrienation.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Auf die Hochschulen im Lande geht die Landesregierung nicht zu. Im Gegenteil! Sie setzt ihre engagierten Vorschläge, Initiativen, Mahnungen und Forderungen nicht einmal zu einem Bruchteil um.

(D)

(Schauerte (CDU): Sie ist auf der Flucht!)

Als Beispiel nur für viele Schreiben, die uns erreicht haben, ein Schreiben von vorgestern:

Die Finanzierung der Grundausrüstung - Ersatz veralteten Gerätes, laufende Betriebsmittel, Reparaturen - ist allmählich so schlecht geworden, daß man mit gutem Gewissen faktisch kaum noch Drittmittel einwerben kann. Die laufenden Mittel der Universität reichen nicht einmal für Reparaturen und laufenden Verbrauch.

Und so schließt dann der Professor - und wir können ihm nur recht geben -:

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) So kann NRW aus der Technologiekrise nicht herauskommen!

(Zustimmung bei der CDU)

Wie sieht es an den Schulen aus? Da werden Klassen zusammengelegt, so daß Klassen mit bis zu 37 Kindern entstehen. Uns erreichen zahlreiche Proteste vieler Schulen im Lande, von Schulkonferenzen, von Schulpflegschaften. Da fallen in einzelnen Klassen bestimmte Fächer, Physik, Mathematik, Chemie, aber auch Religion, Latein und Musik, aus, und das über Jahre. Und so, Herr Finanzminister, werden Begabungen verschüttet.

(Minister Schleußer: Wenn das mal so ist!)

- Ja, das ist zum System geworden. Das wissen wir alle, die wir Väter und Mütter sind, nur zu genau. Das wissen außerordentlich viele Eltern. Ich will Ihnen das am Beispiel meines eigenen Sohnes - schon häufiger hier eingeführt; Philipp heißt er, und er besucht jetzt die Oberstufe - schildern.

Erstens: Leistungskurs Mathematik: 31 junge Menschen - Herr Finanzminister, hören Sie zu - für einen Kurs. Was heißt da eigentlich Leistungs-Schwerpunkt-Kurs und Differenzierung?

- (B) Zweitens: Erdkunde, Chemie, Informatik und Technik können gar nicht erst als Leistungskurs angeboten werden. Was soll also das Gerede von der Wahlfreiheit?

Drittens: Ob Deutsch, Mathematik, Englisch, Biologie und Kunst angeboten werden, ist nicht ganz sicher.

Man bekommt direkt wieder Lust auf das alte System; da wurde wenigstens ordentlicher Unterricht erteilt.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Von den sechs Stunden in der Woche, die das Soll darstellen, gibt es allenfalls fünf Stunden. Warum sagt die Landesregierung nicht, warum sagt der Finanzminister nicht, warum sagt der Ministerpräsident nicht, warum sagt der Kultusminister nicht: wir haben euch zuviel versprochen, wir können es nicht halten?

Informatik: Keine ausgebildeten Lehrer - keine Mittel! Das soll Vorbereitung auf die Zukunft in einer modernen Industriegesellschaft sein? Längst haben die meisten resigniert; daran glauben sie nicht mehr -

- (C) jedenfalls nicht mehr an die Hilfen der Landesregierung, sie dafür auszurüsten.

Und deswegen ist so kritisch die ständige Mahnung engagierter Lehrer an dieser Schule, dem Humboldt-Gymnasium in Düsseldorf, an vielen Schulen des Landes, die den Kindern sagen: "Überlegt euch, ob ihr überhaupt eure Lieblingsfächer wählt; wenn das alle tun, bricht doch das System vollends zusammen". Das mag kein Bankrott der Schulpolitik insgesamt sein, Herr Ministerpräsident, aber Sie halten nicht, was Sie versprochen haben und was Sie versprechen. Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt, Herr Ministerpräsident: Es ist gut, daß Ihre Kinder erst auf die Schule gehen, erst die Universität besuchen, wenn wir für Schule und Hochschule verantwortlich sind.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir werden besser für Ihre Kinder sorgen als Sie für unsere.

Aber das Schlimme ist, daß man, spricht man mit Lehrern, spricht man mit Direktoren, spricht man mit den Eltern, befragt man sie und sagt, daß es so doch nicht weitergehen könne, zur Antwort erhält: Wir bekommen doch nur Ärger, wenn wir uns wehren. Das hilft ja alles nichts.

(Zuruf des Abg. Büssow (SPD))

- (D) - Herr Büssow, Sie müssen einmal an die Düsseldorfer Schulen gehen; Sie sind doch Düsseldorfer Abgeordneter. Ich weiß nicht, welche Schulen Ihre Kinder besuchen. Sie werden Ihnen dasselbe sagen. Und was Sie Ihnen erzählen, Herr Kollege Büssow, ist, daß die Schulpolitik der Sozialdemokratie nur Hoffnungslosigkeit und Resignation im Lande Nordrhein-Westfalen herbeigeführt hat.

(Büssow (SPD): Wer bekommt denn Ärger?)

- Was meinen Ärger angeht, Herr Kollege Büssow, der Sie ja ein so engagierter Vertreter sozialdemokratischer Politik sind, was ich begrüße, so besteht er darin, daß derjenige, der versucht, den anderen zu helfen, in diesem Lande bestraft wird, weil ja gesagt wird: "Wenn wir uns wehren, dann bekommen wir vielleicht überhaupt keine Lehrer!" Das heißt doch, daß es in einem sozialdemokratischen Lande möglich ist, daß man für Solidarität bestraft wird.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Wie weit ist es eigentlich mit Ihrer Politik gekommen?

(Minister Schleißer: Eine absurde Behauptung!)

- Ja, das ist eine Behauptung; die mag absurd sein, nur: Sie entspricht der Realität. Herr Finanzminister, viele Eltern sind doch bereit, inzwischen wieder Schulgeld zu bezahlen, selbst die Lehrer einzustellen, wenn nur so der Unterrichtsausfall im Lande abgestellt werden kann!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU
- Büssow (SPD): Da läuft also der Hase!)

Wenn Sie das mit öffentlichen Geldern nicht schaffen, Herr Finanzminister, dann machen Sie doch einmal den Versuch, wieder Privatinitiative zu ermöglichen, damit dieser entsetzliche Unterrichtsausfall abgebaut werden kann, mit dem man unsere Kinder und dieses Land nicht in eine moderne Industrienation führen kann. Und weil Sie gesagt haben "absurd": Da empfehle ich Ihnen - das können wir zusammen tun; das können wir hier sofort festmachen, Herr Minister -, daß wir einmal in einige Sonderschulen gehen und dort die Ärmsten der Armen besuchen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- (B) Das wollen wir doch einmal machen! Sagen Sie das hier zu? - Einverstanden! Dann nehmen wir auch die Mitglieder des Schulausschusses mit, damit auch sie Bescheid wissen, wie die Ärmsten der Armen im Lande behandelt werden. Wenn das Sozialpolitik ist - ich weiß nicht, was Sozialpolitik in Wirklichkeit bedeutet?!

Herr Finanzminister, Ihre Mengenlehre, die Sie uns nach den Tarifvertragsverhandlungen und auch in der ersten und zweiten Lesung vorgespiegelt haben, die hat sowieso niemand verstanden, als Sie gesagt haben, Sie schafften 2 000 neue Stellen, Sie sicherten 3 000 Stellen - beide Teilmengen zusammen ergäben 800 Beschäftigte weniger in der Landesverwaltung! Das kann nun wirklich niemand verstehen.

(Zuruf des Ministers Schleißer)

- Herr Finanzminister, irgendwann in diesen Jahren wird ja die 100-Milliarden-Grenze der Gesamtverschuldung überschritten.

(Schauerte (CDU): Das ist schon gesehen!)

Dennoch gibt es einige Hoffnungsschimmer, und zwar aus Bonn.

(C) Erstens: Die Einnahmesituation hat sich drastisch gebessert. Die Steuerquellen sprudeln, allen ihren Unkenrufen zum Trotz. Wir erinnern uns noch sehr genau an Ihre Äußerungen vom letzten Jahr. Auf Landesebene sind die Steuern in diesem Jahr bisher um 6,3 % angestiegen, und das trotz der Steuerreform, wie Sie meinen, in Wirklichkeit natürlich nur wegen der Steuerreform, für die Sie sich einmal bei Bundeskanzler Helmut Kohl und der F.D.P. bedanken sollten.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Statt der 1,6 Milliarden DM werden wir also 2,5 Milliarden DM mehr einnehmen. Der Trend wird sich fortsetzen.

Zweiter Aspekt: In Bonn ist in der vergangenen Woche endgültig das Gesetz über den neuen Strukturfonds des Bundes verabschiedet worden. Nordrhein-Westfalen wird zehn Jahre lang jährlich 756 Millionen DM kassieren - ein Lob, einen Dank von Ihnen habe ich immer noch nicht gehört.

Drittens: Nordrhein-Westfalen wird ab 1989 in besonderem Maße von der Quellensteuer profitieren. Allein der Landesanteil an dieser Steuer wird 750 Millionen DM betragen.

(D) Vierter Aspekt: Wenn man sich die vielen Programme ansieht, die von Bonn bereitgestellt werden und von der EG kommen - das Hochschulbauprogramm, Gemeinschaftsaufgabe, Sonderprogramm Montanregionen -, wenn man sich ansieht, daß allein aufgrund der Volkszählung 130 Millionen DM zusätzlich nach Nordrhein-Westfalen fließen, wenn man sich also die vielen, vielen Milliarden ansieht, die nach Nordrhein-Westfalen wandern, dann kann niemand verstehen und Sie können keinem klarmachen, warum Sie ständig neue Schulden machen müssen.

Im nächsten Jahr nehmen Sie wieder 5,3 Milliarden DM an neuen Krediten auf. Das bedeutet zusätzlich 360 Millionen DM an Zinsen. Sie können keinem klarmachen, warum es zu dieser katastrophalen Entwicklung kommen mußte.

(Dr. Farthmann (SPD): Sie haben doch gerade gefordert, daß wir mehr Lehrer einstellen müssen!)

- Herr Kollege Farthmann, darüber können wir gerne sprechen. Kredite zur Staatsfinanzierung einzusetzen ist jedenfalls ein fataler Irrweg. Und weil Sie mich so schön ansehen, darf ich Ihnen einmal vorhalten, was Ihr Kollege Zöpel gesagt hat.

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Der nordrhein-westfälische Minister für Stadtentwicklung forderte, bezogen auf die Kommission, die Sie als SPD in Bonn eingerichtet haben, die Kommission solle einen Kassensturz vornehmen, um verlässliche Daten über die Finanzierbarkeit sozialdemokratischer Reformvorstellungen zu gewinnen. Warum machen Sie das zur Abwechslung nicht für das Land Nordrhein-Westfalen?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Zur Innen- und Sicherheitspolitik: Wir nehmen natürlich immer mit einem gewissen Vergnügen, Herr Schnoor, zur Kenntnis, daß ein guter Innenminister offenbar ein liberaler Innenminister sein muß, offenbar kein sozialdemokratischer sein kann, sonst würden Sie ja nicht ständig sagen, Sie seien ein liberater Innenminister. Aber bitte, wir stimmen Ihnen da zu. Nur, liberal bedeutet eben nicht nur Respekt vor der Freiheit des anderen, sondern auch den Willen und die Entschiedenheit, diesen notwendigen Respekt durchzusetzen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Im Sicherheitsbereich mangelt es daran.

- (B) Zum Stichwort "Ehrlichkeit": Sie haben in diesen Tagen ein - ich fand, sehr moderates - Flugblatt zur Situation der Kohle verteilt. Man muß sich aber vergegenwärtigen, was der Aufsichtsratsvorsitzende der Ruhrkohle, von Bennigsen-Foerder, zu Recht gesagt hat, nämlich: Die Jahrhundertvertragsmenge an Kohle ist heute um 12 Millionen Tonnen zu hoch; sie wird auch 1995 noch 5 Millionen Tonnen zu hoch sein. Wer den Bergbau in unserem Lande retten will, muß heute den Mut aufbringen und Klartext reden, Herr Ministerpräsident: Es können nicht alle heutigen Arbeitsplätze im Bergbau gerettet werden. Man muß sich damit auseinandersetzen. Deswegen war der Brief von Bennigsen so notwendig. Die Frage müssen wir uns alle doch stellen. Wir werden nachher ja etwas zur wirtschaftlichen Lage sagen.

Haben nicht zu hohe Energiepreise in Nordrhein-Westfalen verheerende Wirkungen auf die Beschäftigungslage im Lande? Droht nicht mehr energiepreisbedingte Arbeitslosigkeit, als der Kohlebergbau Beschäftigte hat? Führen nicht die Subventionen für die Kohle, Solidaritätsoffer für die Ruhr, dazu, daß anderen Regionen - dem Rheinland, Ostwestfalen-Lippe, der Eifel, dem Sauerland, dem Siegerland, Münsterland, dem Bergischen Land - das Geld für die Schaffung neuer Arbeitsplätze fehlt? Schützen wir den Bergmann, müssen aber den Bauarbeiter ent-

lassen? Auch das ist ein Problem der Solidarität, dem man nicht ausweichen kann. Fehlt uns nicht das Geld, jungen Wissenschaftlern eine Professur zu geben oder Mathematik- oder Physiklehrer einzustellen? Auch das sind Probleme der Solidarität, über die hier im Lande leider nicht diskutiert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen befindet sich auf dem Wege zur wirtschaftlichen Besserung; wir finden das gut. Alle haben daran ihren Anteil: Unternehmer, Arbeitnehmer, Angehörige der freien Berufe, Handwerker, natürlich auch die Landesregierung, auch die Mehrheitsfraktionen, natürlich ebenfalls die Opposition, die Bundesregierung und die Weltwirtschaftspolitik. Warum aber haben wir die Chancen? Weil endlich positiv auf den Strukturwandel gesetzt wird, weil nicht mehr geschlafen wird, weil die Chancen des Strukturwandels endlich genutzt werden.

(Büssow (SPD): Aha!)

- Aber das ist kein Grund, Herr Kollege Büssow, nachzulassen. - Wir haben den Strukturwandel zu bejahen, zu forcieren, uns noch wettbewerbsfähiger zu machen; denn wie in keinem anderen Land haben wir damit zu kämpfen, daß es bei uns zu viele schrumpfende und stagnierende Bereiche gibt. Deswegen muß es uns ja besonders kritisch machen, auch wenn wir diese positiven Wachstumsraten, die gute Wirtschaftspolitik loben

(Büssow (SPD): Bravo!)

- ich finde es gut, daß Sie liberale Wirtschaftsminister loben - ,

(Büssow (SPD): Nein, nordrhein--westfälische!)

daß die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen so groß ist.

Es ist positiv, daß unter die Arbeitsamtsbezirke mit der höchsten Rangverbesserung Düren mit plus 41 % fällt. Ich glaube aber, es ist sehr kritisch zu sehen, daß sich unter den Arbeitsamtsbezirken mit der höchsten Rangverschlechterung Bielefeld, Münster, Bonn und, Herr Kollege Büssow, auch unsere gemeinsame Heimatstadt Düsseldorf befinden. Ferner ist kritisch festzustellen, daß sich von den zwölf Städten mit über 500 000 Einwohner am unteren Ende der Skala einige nordrhein--westfälische Städte befinden, nämlich Dortmund, Duisburg, Essen und Köln. Außerdem ist anzumerken, Kollegen von der SPD, daß die Entwicklung die Auffassung bestätigt,

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) daß nur Wachstum Arbeitsplätze schafft. Da ist uns der Süden voraus.

Deswegen muß man kritisch sehen, gerade wenn wir uns insbesondere auf die Entwicklung in der EG im Jahre 1992 vorbereiten, daß die Japaner zu Recht folgendes beklagen, wenn sie an Investitionen hier im Lande, in der Bundesrepublik, denken - das tun auch andere Nationen -: hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, kurze Arbeitszeiten, Probleme bei der Realisierung von langen und flexiblen Betriebsnutzungszeiten, hohe Steuerlasten, Umweltschutzaufgaben, hohe Energiekosten, starke Neigung zur Reglementierung von Investitions- und Produktionsverhältnissen, ausgeprägtes Besitzstandsdenken usw.

Wir müssen kritisch überdenken, was gestern Jochen Kirchhoff, der Präsident der nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbände gesagt hat: nach wie vor höchste Arbeitskosten innerhalb der EG, vor allem durch hohe Personalzusatzkosten verursacht, deswegen Stopp bei Lohnzusatzkosten, kürzeste Arbeitszeit in der EG, geringste öffentlich bekundete Bereitschaft, diese kurze Arbeitszeit durch eine optimale Nutzung der Anlagen auszugleichen, höchste Besteuerung. Die Reform der Unternehmensbesteuerung sei unverzichtbar. Die Bundesregierung hat sie für die nächste Legislaturperiode angekündigt. Der Sprecher der Opposition - damit ist die SPD gemeint, Herr Kollege Farthmann - hält sie einstweilen für nicht so wichtig. Sollte sich diese Auffassung durchsetzen, wird insbesondere unsere mittelständische Wirtschaft in große Schwierigkeiten geraten.

(B)

Sie sehen, Kollegen von der SPD, was auf Sie alles zukommt: sich liberaler Wirtschaftspolitik zu nähern, möglichst liberale Wirtschaftspolitik zu übernehmen und zu machen; ohne sie geht es nicht. Es gibt keine Alternative für liberale Wirtschaftspolitik. Sie allein kann uns helfen.

(Dr. Farthmann (SPD): Vor allem das, was Herr Bangemann gemacht hat, hat uns geholfen!)

- Ja, hat uns. Ich bin dankbar, daß Sie das erklären. Es hat dazu beigetragen, daß wir die hohen Wirtschaftswachsraten haben.

Herr Kollege Farthmann, ich habe das deswegen gesagt, weil ich auf Ihren Einwurf wartete, den Sie ja auch prompt getan haben, und muß Ihnen sagen: Ich finde es natürlich gut, daß sich sowohl Lafontaine als auch unser Kollege aus dem baden-württembergischen Landtag, Ihr Parteikollege Spöri, bewegen. Ich will Ihnen vorhalten, was er

gesagt hat. Ich denke, Sie werden seine Erklärung gut finden. (C)

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die SPD nach Überzeugung ihres Fraktionsführers im Stuttgarter Landtag, Spöri, einen großen "konzeptionellen Klärungsbedarf". Die SPD müsse sich im Hinblick auf die Bundestagswahl 1990 sehr genau überlegen - so sagt Spöri -, ob und inwieweit sie das dann wirksame Steuerentlastungspaket der Regierung Kohl wieder zurückschrauben wolle. - Dazu haben Sie, Herr Farthmann, immer etwas anderes gesagt. Das, was der Steuerexperte Ihrer Partei ausführt, finde ich gut, nämlich: Weiter so mit der Steuerentlastung!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Der Spitzensteuersatz habe sich als "erfolgreich attackiert" erwiesen, wie er sich ausgedrückt hat. Die Aussage, man werde diese zutiefst ungerechte Maßnahme im Falle eines Wahlsiegs der SPD wieder rückgängig machen, werde wohl von "jedem Parteitag bejubelt", sagte Spöri weiter. Dennoch warnte er unter Hinweis auf die Spitzensteuersatzsenkung in anderen EG-Staaten vor einer solchen Wahlaussage. Wenn die SPD damit in eine Art "splendid isolation" gerate, dann entziehe sie jedem Kanzlerkandidaten von der Wirtschaftskompetenz her jede Einflußmöglichkeit. Dem können wir nur zustimmen.

Und Spöri weiter: Auch die linear degressiven Steuertarife - interessant und notwendig für Aufsteiger - wolle man nicht beseitigen. Man könne sich nicht mit der Anprangerungskompetenz begnügen. Noch ein Programm "Arbeit und Umwelt" könne nichts nutzen. (D)

Ich sehe, daß jedenfalls die Experten Ihrer Partei, Herr Kollege Farthmann, auf dem richtigen Weg sind.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ich würde mir wünschen, daß auch der Ministerpräsident, der auch als stellvertretender Bundesvorsitzender dem Vorstand Ihrer Partei angehört, dazu beiträgt, daß auch hier im Lande Nordrhein-Westfalen liberale Wirtschaftspolitik gemacht wird,

(Dr. Linssen (CDU): Der sagt nichts dazu! - Schauerte (CDU): Das setzt Nachdenken voraus! - Tscholtsch (F.D.P.): Da muß er sich aber zur Sache äußern!)

wie das ein erfolgreicher Unternehmer in Nordrhein-Westfalen, Herr Rohwedder, der nicht der CDU und nicht der F.D.P. ange-

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) hört - es wäre nur gut, wenn er in unserer Partei wäre -, der aber die Zeichen der Zeit erkannt hat, sagt:

Der Ansatz, den ich sehe und den ich in den Mittelpunkt stelle, ist, hier in Nordrhein-Westfalen das Beachtungsdefizit des unternehmerischen Potentials abzubauen, die starken Kräfte des marktwirtschaftlichen Ordnungssystems zu fördern und zu voller Leistungskraft gelangen zu lassen. Anders ausgedrückt: Wir können nur dann erfolgreich an der Modernisierung Nordrhein-Westfalens arbeiten, wenn die Wettbewerbsfähigkeit aller Branchen des Landes, aller Regionen des Landes und unserer Unternehmen jedweder Größe zur Richtschnur politischen Handelns gemacht wird.

Dem haben wir als F.D.P., als Landtagsfraktion, als Liberale nichts hinzuzufügen. Geben Sie also, verehrte Kollegen von der Mehrheitsfraktion, den unternehmerischen Kräften im Lande eine Chance. Dann und nur dann wird Nordrhein-Westfalen es schaffen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Prof. Dr. Farthmann das Wort.

- (B) Dr. Farthmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dreieinhalb Jahren bin ich nun Vorsitzender der SPD-Fraktion in diesem Landtag. Deshalb habe ich heute zum vierten Mal die Ehre, hier für die Regierungsfraktion in der dritten Lesung eines Landeshaushalts zu sprechen.

(Dautzenberg (CDU): Wie die Aufmerksamkeit in Ihrer Fraktion zeigt!)

Wenn ich mir diese dreieinhalb Jahre politischer Auseinandersetzung hier im Landtag Nordrhein-Westfalen vor Augen führe, muß ich feststellen, daß sie durch eines gekennzeichnet ist, nämlich durch den verzweifelten Versuch der Oppositionsparteien, alles und jedes, was landespolitisch geschehen ist, herabzuwürdigen und ins schlechte Licht zu rücken.

(Zustimmung bei der SPD)

Dabei haben sich die Vertreter von CDU und F.D.P. - zumal die der Nachwuchsrige - ereifert, in einer Art Negativwettbewerb um die Siegespalme dafür zu streiten, wer die Lage des Landes am katastrophalsten darstellen und wer die Vertreter der Landesre-

- gierung am rücksichtslosesten diffamieren konnte. (C)

(Zustimmung bei der SPD - Dautzenberg (CDU): Siehe Matthiesen!)

Das Land als Schrotthaufen zu bezeichnen - das ist doch von Ihnen, Herr Dautzenberg, von Ihrer Partei, nicht von Ihnen als Person; so etwas fällt Ihnen ja gar nicht ein -

(Zustimmung bei der SPD)

dem Ministerpräsidenten und einzelnen Mitgliedern der Landesregierung persönliche Unfähigkeit und sogar Verlogenheit vorzuwerfen und sogar von "Penner-Regierung" zu sprechen,

(Aigner (SPD): Pfui Deibel!)

das waren die Eckpunkte der breiten Skala von Vorwürfen. Oft haben wir uns dabei hier ereifert und erregt; manche haben sich sogar künstlich aufgeregt. Nur: Wenn wir uns in nüchterner Betrachtungsweise einmal Rechenschaft darüber zu geben versuchen, was nun wirklich von all den Voraussagen, die Sie gemacht haben, von all den Horrorvisionen, von all den Negativspekulationen wirklich eingetreten ist, dann sieht das Ergebnis nach dreieinhalb Jahren für Sie als Opposition niederschmetternd aus; anders kann man es nicht bezeichnen.

(Zustimmung bei der SPD)

(D) Man merkt auch schon, wie Sie davon abkommen wollen. Herr Rohde hat noch beide Elemente in etwas unglücklicher Weise zu verquicken versucht, aber Herr Worms ist ja schon ganz auf dem Abmarsch zum Themawechsel - darauf komme ich nachher noch -, weil er offenbar sieht, daß all das vergeblich war und all das, was Sie gesagt haben, nicht eingetreten ist.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Was ist denn von den Behauptungen geblieben, das Land verschlafe die technologische Erneuerung? Wie oft habe ich das hier gehört! Was ist denn davon geblieben, unser Land schrecke Investoren durch bürokratische und politische Hemmnisse ab? Was ist denn geblieben von der Behauptung, die SPD könne nicht mit Geld umgehen, die Staatsfinanzen würden ruiniert. Das hat heute nicht einmal einer mehr angesprochen. Vielleicht ist das Ihnen, Herr Linssen, noch vorbehalten. Bei Ihnen ist es ja so, daß Sie jetzt als Generalsekretär offenbar die alleinige Rolle

(Dr. Farthmann (SPD))

(A) des Fraktionsvorsitzenden nicht mehr ertragen können.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir sind ganz gespannt darauf, Herr Linssen.

(Schauerte (CDU): 100 Milliarden!)

Dabei wollen wir gar nicht verkennen - das ist von unserer Seite auch ständig eingeräumt worden -, daß die Lage des Landes in vielen Punkten durchaus bedrückend war, teilweise auch noch ist. Nirgendwo in Europa hat seit 100 Jahren eine derartig intensive und konzentrierte industrielle Produktion stattgefunden wie an Rhein und Ruhr. Nirgendwo gab es vergleichbare Belastungen für die Umwelt. Kein anderes Land außer dem Saarland hat vergleichbare finanzielle Lasten für die Umstrukturierung alter Industrien aufbringen müssen.

(Schauerte (CDU): Kein Land war so reich wie Nordrhein-Westfalen!)

- Bei Ihnen dauert es immer etwas länger, bis Sie es kapiert haben, Herr Schauerte. Das ist klar.

(Zustimmung bei der SPD)

Daß wir die Milliardenbeträge aufgebracht haben, können Sie doch nicht bestreiten. Wenn Sie immer wieder das Gegenteil versuchen, dann ist das so banal und witzlos wie nur irgend etwas. Lassen Sie sich doch wenigstens einmal ein bißchen was Witziges einfallen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem können wir heute mit Erleichterung und Genugtuung feststellen: Wir sind einen deutlichen und hoffnungsvollen Schritt vorangekommen.

(Zuruf von der CDU: Durch wen denn?)

- Darauf kommen wir gleich; auf jeden Fall nicht durch Herrn Bangemann; dessen bin ich ganz sicher, um das gleich vorwegzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind einen deutlichen und hoffnungsvollen Schritt vorangekommen. Das gilt vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung. Nach einigen schweren Jahren ist Nordrhein-Westfalen inzwischen auf dem besten Wege, wieder eine wirtschaftliche Spitzenstellung unter den Bundesländern einzunehmen. So sieht das nämlich aus!

Die wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren lassen einen kontinuierlichen Aufwärtstrend erkennen. Das Bruttosozialprodukt wuchs bei uns 1988 real um 4,1 %. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts betrug im Bundesdurchschnitt 3,9 %. Wie oft haben Sie sich hier ereifert, wir lägen unter dem Bundesdurchschnitt.

(C)

(Zuruf von der CDU: Lagen wir doch auch!)

Dieser Trend zeigt sich übrigens auch im zweiten Halbjahr ganz deutlich. Vielleicht sind die endgültigen Zahlen sogar noch etwas besser als die von mir genannten Zahlen.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 79 770 DM je Beschäftigten - das haben wir Ihnen hier oft vorgehalten, allein ich mindestens zwei- oder dreimal - liegt unser Land nach wie vor an zweiter Stelle in der Reihenfolge aller Flächenländer der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Unser Land liegt damit weit vor Baden-Württemberg und Bayern.

Die Zahl der industriellen Kleinbetriebe - Sie tun ja immer so, als würden Sie sich für den Mittelstand besonders stark machen - ist bei uns stärker gestiegen - hören Sie zu! - als in allen anderen Bundesländern zusammen.

(Hardt (CDU): Warum kriegen wir dann Geld und die anderen nicht?)

(D)

Hier in Nordrhein-Westfalen gründeten sich in den letzten zehn Jahren 1500 industrielle Kleinbetriebe. In allen übrigen Bundesländern zusammen waren es nur 1000.

(Schauerte (CDU): Also wegen Reichtum geschlossen!)

Bei der Umweltindustrie und den Umwelttechnologien nimmt unser Land eine Spitzenstellung ein. Mehr als 600 überregional bedeutsame Umweltschutzunternehmen bieten über 800 verschiedene umwelttechnische Produktionsverfahren und Produkte für diesen wichtigen Zukunftsmarkt an.

Nordrhein-Westfalen ist auch Spitzenreiter bei den ausländischen Direktinvestitionen.

(Weiss (CDU): Und bei den Arbeitslosen!)

- Auf die Arbeitslosen komme ich gleich noch zu sprechen, Herr Weiss. Sie kennen offenbar

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) die neuesten Zahlen nicht. Als Unternehmer müßten Sie diese eigentlich kennen. Darauf komme ich aber gleich noch zu sprechen. Gedulden Sie sich ein bißchen. Sie bekommen alle Antworten, die Sie bekommen müssen.

Wie früher schon, so hat unser Land auch in den letzten beiden Jahren am besten bei den direkten Auslandsinvestitionen abgeschnitten. Gerade heute morgen las ich in der NRZ: Japans größter Werkzeugmaschinenhersteller, die Okjuma Machinery Works Ltd., hat Krefeld als Standort für die neue Europazentrale ausgewählt. Angesichts dessen kann ich nur sagen: Besser geht es doch gar nicht! Was wollen wir denn noch mehr?

(Beifall bei der SPD - Weiss (CDU): Da habt ihr aber Glück gehabt, daß das heute veröffentlicht worden ist!)

- Wenn es heute nicht veröffentlicht worden wäre, stimmte es aber genauso. Herr Weiss, was sollen denn diese Kleinlichkeiten? Es handelt sich im übrigen um eine lange Liste, und daraus habe ich Ihnen von dieser Stelle schon zehn oder fünfzehn japanische Unternehmen aufgezählt. Sie wollen das nur nicht begreifen. Das ist das Schlimme.

(Drese (SPD): Das kann er doch nicht!)

- (B) In der Hitliste, die deutsche Unternehmer aufgestellt haben, um die Attraktivität von Standorten zu messen, rangieren auf den 25 ersten Plätzen - bundesweit - zwölf nordrhein-westfälische Städte. Auf den Plätzen 1 und 2 liegen die Städte Münster und Dortmund, also eine SPD-regierte und eine CDU-regierte Stadt. Wer dort die Regierung stellt, ist also offenbar für diesen Erfolg nicht wichtig. Das ist Landespolitik. So sieht das aus!

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zurufe von der CDU)

- Herr Worms, wenn bei Ihnen manchmal unsachgemäße Witze gemacht werden, kann ich doch auch einmal einen machen.

Auch die konjunkturelle Entwicklung im Ruhrgebiet hat erheblich an Schubkraft gewonnen. Die wirtschaftliche Lage im Revier ist so gut wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die Industrie- und Handelskammern des Reviers melden, daß die Wirtschaftsstruktur im Ruhrgebiet besser werde und ein Nachhinken nicht spürbar sei. 90 % der befragten Unternehmen geben der aktuellen Lage die Prädikate "gut" oder "befriedigend". Wenn wir alle doch so gute Noten in der Schule

gehabt hätten! Das gilt vielleicht auch für Sie, Herr Schauerte. (C)

(Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich nehme an, Sie möchten etwas zur Erheiterung beitragen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie die Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Schauerte?

(Dr. Farthmann (SPD): Ja, sicher.)

- Bitte schön, Herr Schauerte!

Schauerte (CDU): Herr Kollege Farthmann, haben Sie, wenn Sie diese schöne Beschreibung des Landes fortsetzen, nicht die Sorge, daß dies in Bonn gehört werden könnte und das Strukturhilfeprogramm deswegen in Not geraten könnte?

Dr. Farthmann (SPD): Ich habe den Bonnern bisher schon viel zugetraut. Ich traue ihnen letzten Endes auch dies noch zu. Wenn man hier aber nicht mehr sagen darf, was wahr ist, wenn wir die Dinge hier im Landtag falsch darstellen müssen, weil wir sonst für die Lasten, die wir im Interesse des ganzen Bundesgebietes tragen, keinen Ersatz mehr bekommen, wäre dies doch wohl eine schlimme Sache.

(Beifall bei der SPD) (D)

Ich überschätze Ihren Einfluß in Bonn nicht. Gegen einen solchen Ansatz, wie Sie ihn selbst gerade dargestellt haben, würden Sie sich doch hoffentlich auch wehren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Natürlich spielt auch das gute Abschneiden der Stahlindustrie eine Rolle. Genauso, wie es früher ungerechtfertigt war, wegen des schlechten Abschneidens der Stahlindustrie im letzten und vorletzten Jahr uns der allgemeinen wirtschaftspolitischen Nachlässigkeit anzuklagen, wäre es jetzt nicht redlich, wenn man das gute Abschneiden der Stahlindustrie nicht einbeziehen würde. Tatsache ist aber auch, daß die Stahlindustrie nicht der einzige Wachstumsmotor ist. Alle Industriezweige sind am Wachstum beteiligt: die Chemie, der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie und die Elektrotechnik.

Im Revier herrscht Aufbruchstimmung. Das kann man heute sagen. Jeder, der ein Gespür für wirtschaftliches Klima hat, bestätigt das.

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Für die Zukunftsinitiative Montanregionen, die wir im Juli 1987 auf den Weg gebracht haben, werden in einem Zeitraum von vier Jahren insgesamt rund zwei Milliarden DM aufgebracht. Allein im Haushalt 1989 stellt das Land dafür über 400 Millionen DM zur Verfügung. Schon jetzt können wir feststellen, daß die Initiative ein voller Erfolg ist. Wie haben Sie diese Initiative aber kritisiert! Wie haben Sie sie herunterzumachen versucht!

Von den 250 vorrangig zu fördernden Projekten konnten bis Mitte November 85 bewilligt werden. Weitere 80 Projekte werden bis zum Jahresende bewilligt.

Selbst der Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der nun nach allen Erfahrungen weit davon entfernt ist, für die falsche Seite Munition zu liefern, bestätigt ausdrücklich unseren Kurs. In seinem jetzt vorgelegten Gutachten wird die Anstoßwirkung der "Zukunftsinitiative Montanregionen" ausdrücklich begrüßt.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Sie müssen aber das ganze Gutachten lesen!)

Der Strukturwandel wird auch von anderen honoriert. Allein im letzten Jahr konnten 53 größere Investitions- und Ansiedlungsobjekte in Nordrhein-Westfalen bekanntgegeben werden. Davon kommen 22 Unternehmen aus dem Ausland; zum Teil sind es erste Adressen aus Japan. Herr Weiss, auch wenn die Meldung heute nicht gekommen wäre - darauf sind wir gar nicht angewiesen.

(B)

(Dautzenberg (CDU): Wer finanziert das denn mit?)

Aufbruch und Erneuerung in den alten Montanrevieren erweisen sich auch am Beispiel der Internationalen Bauausstellung Emscherpark. Seit dem letzten Jahrhundert, das wissen wir alle, ist diese Stadtlandschaft im nördlichen Teil des Ruhrgebiets durch Erfordernisse der Industrie geprägt worden. Im Zuge des Strukturwandels brach viel von der alten industriellen Substanz weg. Wir haben nun den Mut, die internationale Aufmerksamkeit auf diese Region zu lenken und die ökologische Erneuerung gerade hier beispielhaft vorzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind sicher, daß den Architekten und Landschaftsplanern die Investoren folgen werden und daß dort auch die ökonomische Erneuerung gelingen wird.

Dazu gehört auch eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft. Deshalb sorgen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Unternehmen und den Kammern dafür, daß in unserem Land hochwertige Ausbildungsplätze für die Jugend zur Verfügung stehen. Dabei haben wir immer dafür gesorgt, daß auch die Jugendlichen eine Chance bekamen, die ansonsten leer ausgegangen wären. Für die hochbegabten Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu finden, ist kein Kunststück; aber auch den anderen die Chance zu geben, darauf kommt es an.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein Landesprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze aufgelegt und dafür seit 1980 rund 3 Milliarden DM bereitgestellt. Wir haben damit für diesen Bereich mehr geleistet als der Bund und alle anderen Bundesländer zusammen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Fast 150 000 Jugendliche haben dadurch einen Ausbildungsplatz gefunden. Diese Jugendlichen wissen das gar nicht alle, bemerken das auch gar nicht. Aber hoffentlich erkennen die Bürger, welche zusätzliche Ausbildungskapazität dadurch angeregt und finanziert worden ist!

Die jüngste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bestätigt - Herr Weiss hat das eben schon angemerkt -, daß unsere Politik richtig ist; denn seit 1983 sind bei uns in Nordrhein-Westfalen 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

(D)

(Schauerte (CDU): Nur ein Viertel!)

Erstmals seit den 50er Jahren ist die Arbeitslosigkeit, Herr Weiss, bei uns in Nordrhein-Westfalen von Oktober auf November gesunken. Aber nicht nur das: Während die Arbeitslosenzahlen bundesweit stiegen, wurden Ende November bei uns 3000 Arbeitslose weniger registriert als im Vormonat.

(Weiss (CDU): Wir liegen immer noch an der Spitze!)

Es hat sich also günstiger entwickelt als im Bundesdurchschnitt.

(Weiss (CDU): Es ist immer noch höher als der Bundesdurchschnitt!)

- Aber wir wissen und kennen doch die Gründe dafür. Müssen wir das denn immer

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) wieder sagen? Wenn in Dortmund durch die Stilllegung der Zeche "Minister Stein" 5000 Arbeitsplätze beseitigt worden sind, dann gehören natürlich zig kleine Neugründungen dazu, bis das ausgeglichen werden kann. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube auch nicht, daß diese erfreuliche Arbeitsmarktzahl für Nordrhein-Westfalen schon der große Durchbruch ist. Ich bin weit davon entfernt, das zu überschätzen. Aber die Zahlen widerlegen diejenigen, die der Landesregierung wirtschafts- und strukturpolitische Versäumnisse vorwerfen. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Fast unglaubliche Fortschritte gab es auf dem Sektor Umweltschutz. Dem "sauberen Himmel über der Ruhr" sind wir ein sehr großes Stück näher gekommen. Der Schwefeldioxid-ausstoß hat sich seit 1983 um rund 580 000 Tonnen pro Jahr verringert; das ist eine Reduzierung um drei Viertel. Wir haben heute geringere Schwefeldioxidbelastungen, als wir vor 80 Jahren gehabt haben. Wir haben fast 100 Jahre industrieller Entwicklung damit ausgeglichen.

Die Stickoxide sind bereits jetzt um 100 000 Jahrestonnen abgebaut worden. Jetzt werden wir uns mit voller Kraft der Zukunftsaufgabe widmen, die Industrieanlagen umzurüsten. Erste Erfolge sind bereits erzielt:

(B)

Die Staubemissionen und Schadstoffemissionen konnten deutlich verringert werden. Im Raum Düsseldorf/Neuss, in dem wir uns ja aufhalten, sind Fluoride um 40 % und ist der Ausstoß von Trichlorethylen um 96 % vermindert worden.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Qualität der Gewässer hat sich erheblich verbessert. Vor 10 Jahren waren noch 26 % unserer Gewässer stark verschmutzt; heute sind es nur noch 9 %. Der Anteil der mäßig und unbelasteten Gewässer ist von 33 % auf 51 % gestiegen.

Am 21. August 1986 haben wir die Indirekt-einleiter-Verordnung erlassen. Seitdem dürfen wassergefährdende Stoffe nur noch mit einer Genehmigung in öffentliche Kanalisationen eingeleitet werden. Mit dieser Verordnung haben wir als erste in der Bundesrepublik Maßstäbe gesetzt.

Mit dem Gewässerschutzprogramm werden wir das weltweit größte ökologische Umrüstungs-

programm einleiten. Rund 50 Milliarden DM werden in den nächsten 10 Jahren in Nordrhein-Westfalen - teilweise durch Kommunen, teilweise durch die Industrie - aufgewendet werden. Die Fördersätze sind so gestaffelt, daß schnelles Handeln belohnt wird. Das ist unsere Antwort auf die katastrophalen Zustände der Nordsee in diesem Sommer.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich des Bodenschutzes haben wir unser Land in der Altlastensanierung methodisch bundesweit an die Spitze gebracht. Die Haushaltsmittel des Landes für diesen Zweck haben sich vervielfacht: Von 5 Millionen DM im Jahre 1985 ist der Haushaltsansatz auf 40 Millionen DM gestiegen, und im kommenden Jahre sollen sogar 45 Millionen DM aufgewendet werden.

Zusätzlich wird die Industrie über den neuen Entsorgungsverband Mittel bereitstellen. Diese gemeinsame Anstrengung wird dazu führen, die dringenden Sanierungsprobleme rascher zu lösen.

Ganz besonders freue ich mich, daß die Haushaltsmittel für den Naturschutz auf hohem Niveau stabilisiert worden sind. Der Haushaltsansatz für 1989 wird mit 80,6 Millionen DM sogar leicht erhöht werden.

Unsere umweltpolitische Spitzenstellung läßt sich auch daran zeigen, daß heute nahezu die Hälfte aller Umweltschutzinvestitionen im Bundesgebiet in Nordrhein-Westfalen vorgenommen wird. Von jeder Markt, die für Umweltschutzinvestitionen bundesweit investiert wird, entfallen 47 Pfennig auf unser Land.

(D)

Nordrhein-Westfalen verfügt auch über einen funktionsfähigen und schlagkräftigen Verbraucherschutz. Das beweist die Entschlossenheit, mit der unsere Behörden den skrupellosen Kälbermästern entgegengetreten

(Beifall bei der SPD)

- das muß man wirklich so sagen -, die ihre Geschäfte mit teilweise unvorstellbaren Tierquälereien und zu Lasten der Verbraucher machen.

(Beifall bei der SPD)

In Nordrhein-Westfalen werden die Gesetze des Bundes zum Verbraucherschutz konsequent angewandt. Zusätzlich haben wir am 5. Oktober 1988 einen Gesetzesantrag im Bundesrat zur Verschärfung der Strafvor-

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) schriften im Fleischhygienerecht eingebracht. Auch in der Agrarpolitik erweist die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ihre Kompetenz.

Nun zum dritten Bereich: Auch die finanzielle Lage des Haushaltes hat offensichtlich den tiefsten Punkt durchschritten. Nicht ohne Stolz können wir heute feststellen, daß wir uns in unserer Ausgabendisziplin von niemandem in den letzten Jahren haben über-treffen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Flächen-land, das die Empfehlung des Finanzplanungs-rates, den Ausgabenanstieg auf 3 % zu be-grenzen, wirklich ernst genommen hat. Im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1987 haben wir den Ausgabenzuwachs auf 2,1 % begrenzt. Erst mit weitem Abstand folgt als nächstes Bundesland Niedersachsen mit einem durch-schnittlichen Ausgabenanstieg von 3,2 % pro Jahr. Der Durchschnitt bei den Flächenlän-dern liegt sogar bei 3,7 %.

Dadurch konnten wir die Neuverschuldung von 10,1 Milliarden DM im Jahre 1981 auf 5,6 Milliarden DM im letzten Jahr vermindern. Auch mit dieser Erfolgsziffer liegt Nordrhein-Westfalen, was die prozentualen Verbesserungen anbetrifft, vorn.

- (B) 1989 wollen wir den Konsolidierungskurs fortsetzen. Obwohl die Steuereinnahmen voraussichtlich um 5,6 % zunehmen, wollen wir die Ausgaben nur um 3,4 % und nicht - wie in Bonn - um 5,4 % anwachsen lassen. Da-durch erreichen wir es, daß die Nettokred-itermächtigung im nächsten Jahr um 800 Millionen DM zurückgehen kann.

Diese Senkung der Neuverschuldung - das ist ja das Entscheidende - ist aus drei Gründen bemerkenswert:

Erstens: Die Aufgaben, die das Land zu erfüllen hat, sind nicht geringer geworden; sie haben eher noch zugenommen. Der hei-mische Steinkohlenbergbau hat seit 1983 6,6 Milliarden DM gekostet. Auch im Jah-re 1989 werden die Kohlelasten mit 1,7 Milliarden DM in der Landeskasse zu Buche schlagen. Wir haben uns also nicht aus der Verantwortung gestohlen; wir haben zu unserem Wort für unsere Bergleute gestan-den.

Zweitens - jetzt komme ich zu dem, was Sie, Herr Worms, vorhin kritisiert haben -: Die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung hat schon jetzt erhebliche Einnahmeeinbußen

bewirkt, Einnahmeeinbußen natürlich nicht in absoluter Hinsicht; das hat es ja noch nie gegeben. (C)

(Schauerte (CDU): Doch!)

Vielmehr müssen wir die Frage stellen, wie wir ohne Steuersenkung dastünden. Das ist doch der entscheidende Punkt; alles andere wäre eine Groteske.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir das tun, wenn wir nämlich fragen: Welche Einnahmen hätten wir bei gleicher wirtschaftlicher Entwicklung ohne die Steuersenkung gehabt?,

(Zuruf von der CDU: Wenn das Wörtchen wenn nicht wär!)

dann haben wir allein von 1986 bis 1989 zusätzliche Mindereinnahmen von 11,2 Mil-liarden DM. Ich möchte einmal an Sie die Reizfrage stellen: Welche schönen Sachen hätten wir damit machen können?

(Beifall bei der SPD)

Welche Verbesserungen im Bildungssektor, im Hochschulsektor - und was hier noch alles kritisiert worden ist - hätten wir damit machen können?

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Im kommenden Jahr, 1989, bekommen wir durch die Steuersenkungsmaßnahmen 5,7 Mil-liarden DM weniger, als wir bekommen wür-den, wenn diese unverantwortliche Steuer-senkung nicht stattgefunden hätte. (D)

(Beifall bei der SPD)

Nun kommen Sie bloß nicht damit, Herr Weiss, zu sagen - das habe ich vorhin schon bei Herrn Worms anklingen hören -, daß die gute wirtschaftliche Entwicklung irgend etwas mit dieser Steuersenkung zu tun hätte.

(Zurufe von der CDU: Natürlich!)

- Überhaupt nicht die Bohne! Das hängt ausschließlich - meine Damen und Herren, Sie müssen sich einmal über die volkswirt-schaftlichen Hintergründe informieren - mit der Geldvermehrungspolitik weltweit durch den Börsenkrach vom Herbst 1987 zusammen. Das ist der entscheidende Punkt; das weiß doch auch jeder. - Jetzt haben Sie nichts mehr zu sagen.

(Dautzenberg (CDU): Lesen Sie mal die Gutachten!)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Drittens: Im Gegensatz zum Bund, der Verbrauchsteuererhöhungen beschließt, die fast nur ihm zugute kommen, und der Bundesbankgewinne einstreicht, besitzt das Land keine Möglichkeiten, sich zu Lasten Dritter zu bedienen.

(Zuruf von der CDU: Dann brauchen wir noch einen Börsenkrach!)

- Einen billigeren Einwurf hätten Sie wirklich nicht machen können, Sie, dahinten auf den hinteren Bänken. Wenn Sie sonst schon nichts zu sagen haben, dann lassen Sie sich doch einmal etwas Besseres einfallen! Etwas Billigeres konnten Sie nun wirklich nicht sagen.

(Zuruf von der CDU: Der Lehrmeister!)

- Das hat doch mit Lehrmeister nichts zu tun, wenn derartige Banalitäten immer wieder durch die Gebetsmühlen gedreht werden.

Dennoch sage ich: Wir werden aus arbeitsmarktpolitischen Gründen den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst respektieren und als ersten Schritt 2 709 neue Stellen im Landesdienst schaffen. Für Lehrer werden 1 140 und bei der Polizei 1 108 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet.

An alledem zeigt sich, daß wir eine positive Bilanz aufzuweisen haben, daß wir angesichts der ungeheueren Lasten und Schwierigkeiten, die wir durchzustehen hatten, sogar eine exzellente Bilanz aufzuweisen haben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Weil das so ist - ich habe das eben schon angeeutet -, wird bei Ihnen der Themenwechsel schon ganz deutlich: Sie haben heute über die wirtschaftliche Lage, mit der Sie uns dreieinhalb Jahre traktiert haben, kaum noch etwas gesagt. Statt dessen soll nun offenbar der Schwerpunkt auf Hochschulen und Schulen gelegt werden, weil Sie das Gefühl haben, dort sei ein bißchen was los.

Dabei will ich ich gern zugeben: Mit den Schwierigkeiten, die wir an den Hochschulen haben, mit der Vermehrung der Studenten, hat keiner gerechnet, haben auch Sie nicht gerechnet. Das haben auch Sie nicht vorhergesagt, sondern Sie haben das Gegenteil vorhergesagt.

(Zuruf von der CDU): Das haben wir immer prophezeit!)

- Wenn Sie das immer prophezeit haben, dann schauen Sie sich doch einmal an, was an den

Hochschulen in Baden-Württemberg und Bayern los ist! Dort ist es nicht einen Deut anders; das ist doch der entscheidende Punkt. Was soll das denn, daß so etwas zum Anklagepunkt in Nordrhein-Westfalen gemacht wird, wenn wir wissen, daß es die gleiche Misere bundesweit gibt, weil mit diesem Anstieg der Studentenzahlen kein Mensch gerechnet hat und auch nicht rechnen konnte. Wir werden alles tun, mit dieser neuen Herausforderung fertig zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber daraus einen Vorwurf zu machen, liegt völlig neben der Sache.

(Mernizka (SPD): Die wollten sogar Hochschulen schließen!)

- So ist es!

Meine Damen und Herren, nach alledem kann ich der Opposition nur raten: Kehren Sie zu einer realistischen Betrachtung der Lage des Landes zurück,

(Zuruf von der CDU: Dabei sind wir schon lange!)

kehren Sie zu einer sachlichen Auseinandersetzung beim Streit um die politischen Alternativen zurück! Politische Horrorvisionen und Schwarzweißmalerei sind kein Markenzeichen für Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Abgestandene Kalauer und Verbalinjurien sind kein Ersatz für Argumentation.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion freut sich über die Erfolge, die die Landesregierung vorweisen kann.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Die SPD-Fraktion ist gern bereit, auch in den letzten eineinhalb Jahren dieser Legislaturperiode diese Landesregierung zu stützen. Wir sind sicher, daß die Bürger unseres Landes diese Arbeit zu würdigen wissen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Hegemann (CDU))

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schleußer. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister.

(C)

(D)

(A) Schleußer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sicherlich sind Haushaltsdebatten traditionell politische Generaldebatten, in denen all das, was das Land bewegt, und auch das, was im Bund passiert, zur Debatte gestellt wird. Es ist richtig, daß sich die Landesregierung an dem Haushalt messen lassen muß, den sie vorgelegt hat. Aber es ist genauso richtig, daß sich die Opposition an den Alternativen messen lassen muß, die sie zum Haushalt vorträgt, und das nicht nur zu Einzelpunkten und nicht nur global, sondern auch zu allen Einzelplänen. Denn es ist nun einmal so, daß die Bürger wissen wollen, woran sie sind und woran sie mit der Opposition sind.

Da habe ich es, was die F.D.P. angeht, leicht. Seit der denkwürdigen Formulierung des Fraktionsvorsitzenden der F.D.P. hier im Landtag: "Wir sind eine Unternehmerpartei!" ist klar geworden, daß Sie sich nur noch für ein Stück von Landespolitik verantwortlich fühlen und nicht mehr für das ganze Land.

(Zustimmung bei der SPD)

Was Sie da sagen, was Sie da nennen, ist Beiwerk, ist Effekthascherei. Das muß wohl so sein. Aber Sie begrenzen sich eben auf diesen einzelnen Punkt, und damit hat es sich.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das stimmt nicht!)

(B) Ein wenig anders ist es bei der CDU. Ich kann die Aufregung und auch die Nervosität bei der CDU verstehen. Ich weiß, worauf manche Aktion in den vergangenen Wochen zurückzuführen ist. Aber wenn man weiß, was die CDU bewegt, bleibt die Frage, ob damit die Attacken gerechtfertigt werden können, die Sie in den letzten Wochen und Monaten hier vollführt haben. Die einzige Erklärung, die es für Ihren hektischen Aktionismus an und für sich gibt, ist Ihr Mangel an Konzepten, Ihr Mangel an sachlichen und personellen Alternativen und an Perspektiven für die Zukunftsgestaltung unseres Landes.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben das über viele Jahre erlebt: Die CDU ist wieder einmal so mit sich beschäftigt, daß sie gar nicht mehr in der Lage ist, ihre Rolle als Oppositionspartei wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD - Lachen und Zurufe von der CDU)

Ich frage Sie, ob Sie eigentlich beabsichtigen, in den nächsten 16 Monaten hier im Lande

einen Dauerwahlkampf zu führen. Ich könnte nur davor warnen. Uns könnte es recht sein, Herr Kollege Doppmeier; ich glaube, daß wir gut dabei fahren. Ich finde aber, es schadet dem Land und den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes; diese haben 16 Monate Wahlkampf nicht verdient.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Doppmeier?

(Minister Schleußer: Ja.)

- Herr Abg. Doppmeier zu einer Zwischenfrage, bitte!

Doppmeier (CDU): Herr Minister, sind Sie bereit, die Ausführungen, die Sie hinsichtlich der CDU gemacht haben, jetzt einmal zu konkretisieren?

(Zurufe von der SPD)

Schleußer, Finanzminister: Herr Doppmeier, ich will gleich eine Reihe von Beispielen nennen. Ich könnte auch anführen, zu welchen Vereinbarungen und Verständigungen man beispielsweise im Ältestenrat kommt, zu welchen Übereinkünften Fraktionen gelangen und wie lange diese Bestand haben. Herr Doppmeier, Sie gehören doch zu denen,

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

die ihren Fraktionsvorsitzenden häufig genug vor den übrigen Fraktionen dieses Landtags wieder bloßstellen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Menschen in diesem Lande erwarten von uns beharrliche und verlässliche Arbeit. Sie wollen wissen, woran sie sind.

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

Aber nach den Anträgen, die Sie hier vorgebracht und die Sie in den Ausschüssen gestellt haben, und nach Ihren Reden stelle ich fest: Die CDU hat keine Zukunftsvorstellungen für Nordrhein-Westfalen, eine Alternative ist von ihr nicht vorgelegt worden. Das wird durchgehend durch das bestätigt, was wir in der ersten Lesung, in der zweiten Lesung und auch heute festgestellt haben. Man wird den Eindruck nicht los, daß bei Ihnen die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut. Da wird auf Anträge mit der Begründung verzichtet, das habe alles keinen Sinn - das gilt

(C)

(D)

(Minister Schleißer)

- (A) für viele Einzelpläne des Landeshaushalts -, andererseits gibt es aber eine Fülle von Einzelanträgen: im Bereich der Altenhilfe, bei den Vertriebenen, bei den Flüchtlingen, beim Landesjugendplan. Und ich sage: Die meisten Anträge, die Sie stellen, sind Anträge ohne Deckung, das heißt Mehrausgaben.

(Zuruf von der CDU: Die gibt es überhaupt nicht!)

- Ich könnte Ihnen die Addition der Beträge aus den vereinigten Oppositionsanträgen vorlegen.

(Zurufe von der CDU: Tun Sie es doch!
- Weitere Zurufe von der CDU)

- Das kann man doch nicht durch Zwischenrufe korrigieren, daß Sie fast eine halbe Milliarde Mark mehr ausgeben wollen.

Sie haben kein politisches Konzept. Es ist eher so, daß Sie eine Vereinigung von Lobbyisten sind. Da ist manches, was Sie sagen, berechtigt. Aber das genügt nicht. Ich glaube, daß ein verantwortbares finanzpolitisches Konzept notwendig ist, und das fehlt.

Herr Doppmeier, Sie haben mich eben angesprochen, ich möchte doch Beispiele nennen. Ich habe von Ihnen gelesen, daß Sie eine Milliarde DM zusätzliche Landesmittel für die Eingliederung von Aussiedlern wünschen. Sie haben gleich hinzugefügt, wie das zu finanzieren sei; Sie wollten das über die Erhöhung der Kreditaufnahmen finanzieren.

(B)

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

Ist diese Aussage falsch, oder haben Sie sie gemacht?

Ich sage Ihnen ein weiteres Beispiel: Die CDU beantragt in den Ausschüssen 1 500 Stellen für Lehrer, beklagt aber gleichzeitig, Herr Kollege Dautzenberg, die hohe Personalkostenquote im Haushalt. Ich halte Ihnen dagegen: Da gibt es den CDU-Wirtschaftsrat, der vor einigen Monaten gefordert hat, bis zum Jahr 2000 die Zahl der Beschäftigten im Landesdienst auf das Niveau von 1970 abzubauen.

(Schauerte (CDU): Teilen Sie die Ansicht?)

Das wären rund 100 000 Stellen. Ich sage Ihnen weiter: Im Bereich Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur hätten wir mit einem Personalabbau von 63 000 Stellen zu rechnen, wenn das denn käme.

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

Bei allem Verständnis für Meinungsvielfalt und Pluralismus - das hat mit verantwortlicher Politik wirklich nichts zu tun! (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich kenne keine Aussage von Ihnen, die den Wirtschaftsrat korrigiert hätte.

Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Doppmeier?

(Zustimmung des Ministers Schleißer)

- Bitte, Sie haben das Wort.

Doppmeier (CDU): Herr Minister, da Sie meine erste Frage nicht beantwortet haben

(Minister Schleißer: Ich habe sie beantwortet, Herr Kollege.)

- Sie sind nicht konkret darauf eingegangen -,

(Zuruf von der SPD)

frage ich Sie: Stimmen Sie mir zu, daß Sie mich hinsichtlich der Aussiedler nicht korrekt zitiert haben?

Schleißer, Finanzminister: Nein, da kann ich Ihnen nicht zustimmen. Ich weiß beispielsweise die Antwort, die Ihnen Ihr Kollege Schauerte darauf gegeben hat. Sie müßten ihn fragen, ob er Sie auch mißverstanden hat. (D)

Interessant ist nicht nur, was Sie sagen, sondern genauso, was Sie nicht sagen. Seit Monaten versuchen Sie, das Gladbecker Geiseldrama parteipolitisch auszuschlachten. Da gab es heute morgen auch wieder Ansätze. Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, als ginge es Ihnen um innere Sicherheit, um Schutz vor Gewalt und um den Rechtsfrieden. Da muß ich Sie allerdings fragen: Warum stellen Sie nicht einen einzigen Antrag? Da kommt heute eine allgemeine Entschließung auf den Tisch, aber kein einziger konkreter Antrag. Warum eigentlich nicht? Ist das in Ordnung, wie das im Haushalt dargelegt ist?

Ich halte es jedenfalls für bezeichnend dafür, wie die CDU verfährt. Wissen Sie, das ist kein Anlaß zur Freude; es ist eher etwas, was Mitleid hervorbringt. Ich finde, es ist nicht gut.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dautzenberg?

(Minister Schleißer: Ja.)

- Bitte schön, Herr Dautzenberg!

- (A) Dautzenberg (CDU): Herr Minister, würden Sie einräumen, daß wir gerade zu dem Bereich, den Sie gerade angesprochen haben - nämlich: Polizei, innere Sicherheit -, schon seit zwei Jahren das Strukturkonzept angefordert haben, Sie es aber bisher nicht geliefert haben? Das wäre nämlich die Grundlage dafür, sich einmal generell darüber zu unterhalten, wie innere Sicherheit personell gestaltet werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Schleußer, Finanzminister: Ich gebe Ihnen recht, daß alle Parteien des Landtags über strukturelle Veränderungen bei der Polizei nachdenken. Ich kann Ihnen gleich belegen, wenn wir zum eigentlichen Thema des heutigen Tages kommen, zum Haushalt 1989, daß vieles an strukturellen Veränderungen bereits geschehen ist. Ich will aber noch ein bißchen zu den Reden sagen, die wir gehört haben.

Herr Kollege Worms, Sie machen einen Vorwurf an die Landesregierung mit der Behauptung, daß alles, was gut ist, die Bundesregierung verantwortlich zu tragen habe - so Ihre Aussage -, und alles, was schlecht ist, die Landesregierung. Ich glaube, das ist ein sehr weit hergeholt Vorwurf, der nicht stimmig ist.

Ich erinnere Sie, Herr Kollege Linssen, an Ihre Aussage, die Sie im Juni, also vor gut einem halben Jahr, im Landtag gemacht haben, als Sie mir vorwarfen, was die Steuereinnahmen angeht, könnte ich es nicht auf den Bund schieben, wenn es Steuerminderungen gäbe, sondern für die Steuereinnahmen sei das Land in hohem Maße mitverantwortlich.

(Schauerte (CDU): Die Wirtschaftskraft!)

- Nun bleiben Sie doch bei Ihrer Position! Kippen Sie das doch nicht jeweils um!

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Ich stelle es dar, wie es ist. Das müssen Sie doch schließlich auch akzeptieren.

(Schauerte (CDU): Das bestimmen Sie!)

Was es mit den sprudelnden Steuereinnahmen auf sich hat, hat Ihnen vorhin Herr Kollege Farthmann dargelegt. Natürlich gibt es mehr Steuereinnahmen, als in der Steuerschätzung von Mai 1988 dargelegt worden ist. Aber es sind erheblich weniger, als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen war. Wo wären wir denn mit der Nettokreditaufnahme, wenn es tatsächlich die Steuereinnahmen

gegeben hätte, die uns noch 1986/87 vorhergesagt wurden.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dorn?

(Minister Schleußer: Aber sicher, Frau Präsidentin.)

- Herr Dorn, bitte!

Dorn (F.D.P.): Herr Minister, nachdem Sie der CDU vorhin vorgeworfen haben, daß sie in der Sicherheitspolitik keine Anträge gestellt habe und deshalb ihre Argumentation nicht richtig sei, frage ich Sie: Warum hätte die CDU denn Anträge stellen sollen, nachdem wir Anträge für diesen Bereich gestellt haben und alle Anträge sowieso von der SPD abgelehnt worden sind?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Schleußer, Finanzminister: Herr Kollege Dorn, ich habe es eben bereits gesagt, und Sie hätten es mitbekommen können: Wenn das die eine Seite gewesen ist, daß aus Aussichtslosigkeit - oder wie Sie das immer formulieren wollen - keine Anträge gestellt worden sind, warum ist denn in anderen Bereichen, beispielsweise beim Einzelplan 07, eine große Zahl von Anträgen gestellt worden?

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU))

Das ist nicht plausibel.

Herr Dorn, ich will ein bißchen auf die F.D.P. eingehen. Da sagt Herr Rohde, was die Quellensteuer so alles Großartiges zusätzlich ab 1989 bringen wird. Allein 750 Millionen DM sollen es aus den Schulden des Bundes sein, die sich in den Landeskassen wiederfinden würden.

Ich weiß nicht, ob Sie da meinem Kollegen Bundesfinanzminister mehr glauben, der öffentlich festgestellt hat, daß das Ergebnis etwa 75 Millionen DM ausmache. Ich finde, das ist eine etwas andere Zahl, vermutlich auch eine plausiblere Zahl.

Sie reden von der Volkszählung,

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

daß diese auch zusätzliche Mittel nach Nordrhein-Westfalen transportieren würde. So etwas finde ich nun wirklich absurd. Da wird Nordrhein-Westfalen über viele Jahre schlechter gestellt, weil nicht die tatsächliche Anzahl der Einwohner berücksichtigt wird.

(C)

(B)

(D)

(Minister Schleißer)

- (A) Wir versuchen, nun die für teures Geld gefundenen neuen Daten einzubringen, und die Ländermehrheit sperrt sich dagegen. Sie will nicht, daß die Zahlen des Jahres 1987 in die Berechnung von 1988 und 1989 Eingang finden. Was ist das eigentlich für eine Methode?

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Schauerte?

(Minister Schleißer: Gerne, Frau Präsidentin.)

- Bitte schön.

Schauerte (CDU): Herr Minister, wo Sie gerade auf die Auswirkungen der segensreichen Volkszählung zu sprechen kommen: Können Sie sich daran erinnern, daß es auch insbesondere Ihre Parteifreunde waren, die die Durchführung dieser Volkszählung nicht wollten?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Schleißer, Finanzminister: Sie versuchen, mit einer Frage etwas so darzustellen, wie es nicht ist.

(Lachen bei der CDU)

Sie kennen die Position der Landesregierung eindeutig. Sie ist hier wiederholt genannt worden. Wir waren für eine rechtlich einwandfreie Volkszählung und haben daran nie einen Zweifel gelassen.

(B)

(Widerspruch bei der CDU)

- Die Volkszählung ist rechtlich einwandfrei gewesen. Ich weiß nicht, ob Sie sich an die Auseinandersetzungen zurückerinnern können, die notwendig waren, bis es eine solche wurde.

Herr Kollege Worms macht dem Ministerpräsidenten den Vorwurf, daß da eine "Propagandamaschine" in Gang gesetzt wurde. Wie sieht es in anderen Ländern aus? Dies ist eine neue Meldung von heute: Da hat der hessische Ministerpräsident den CDU-Abgeordneten Müller zum Regierungssprecher ernannt - kurzfristig - und in den Rang eines Staatssekretärs erhoben. Das ist wohl gestern geschehen. Ich frage Sie nur, Herr Kollege Worms, wieso bemerken Sie eigentlich die Splitter im Auge des Gegners und nicht den Balken in den eigenen Augen? Ist das christliche Tugend, Herr Kollege Worms?

(Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Doppmeier? (C)

(Minister Schleißer: Bitte, Herr Präsident.)

Doppmeier (CDU): Herr Minister, stimmen Sie mit mir darin überein, daß Innenminister Schnoor sich seinerzeit zur Volkszählung wiederholt sehr distanziert, kritisch bis ablehnend geäußert hat?

Schleißer, Finanzminister: Ich kann Ihnen diese Aussage nicht bestätigen. Auch der Innenminister war wie die gesamte Landesregierung für diese Volkszählung.

(Widerspruch bei der CDU)

Es gibt doch Aussagen, die hier vor dem Parlament gemacht worden sind. Sie sind doch nachzulesen.

(Widerspruch der Abgeordneten Frau Thoben und Dr. Worms (CDU))

- Frau Kollegin Thoben, Sie lieben doch normalerweise die Lektüre von Plenardebatten. Sehen Sie sich das an, Sie werden diese Position bestätigt bekommen!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Worms, Sie bezweifeln die Investitionsabsichten in Oberhausen und Sie verbinden das mit Vorwürfen an die Landesregierung. Ich könnte da einfach vorgehen und Sie fragen, Herr Kollege Worms: Sind Sie sich eigentlich der Mehrheit in Ihrer Fraktion sicher? Ich weiß nicht, wie Sie das beantworten wollen. Ich kenne da jedenfalls sehr unterschiedliche Positionen. (D)

Ich sage Ihnen: Sie hätten auch die Chance gehabt, sich sachkundig zu machen. Sie wissen, daß es eine Arbeitsgruppe der Landesregierung gibt, die prüft; und da ist einiges zu prüfen. Sie wissen, daß der Wirtschaftsminister Gespräche führt, auch heute wieder. Denn es gibt gute Gründe, diese Gespräche zu führen und zu erfahren, ob bestimmte Forderungen der Manager von "Triple Five" wirklich Forderungen oder Verhandlungspositionen sind. Alles das wird geprüft werden. Entscheidungen brauchen Grundlagen. Wir bemühen uns um Grundlagen, bevor wir Entscheidungen treffen, und setzen sie nicht einfach auf Sand. Das mag der Unterschied sein, Herr Kollege Worms.

Meine Damen und Herren, heute geht es um den Landeshaushalt 1989. Dieser Landeshaus-

(Minister Schleußer)

(A) halt, den wir heute verabschieden werden, steht auf einem festen Fundament. Das finanzpolitische Rahmenwerk ist tragfähig. Die Konsolidierung macht Fortschritte - trotz aller gegenteiligen Behauptungen.

Mit einem Haushaltsvolumen von 63,1 Milliarden DM finanzieren wir die Zukunft unseres Landes. Die Finanzpolitik aus eigener Kraft des Landes kann sich sehen lassen. Neuverschuldung und Kreditfinanzierungsquote sinken. Für 1989 liegt die Nettokreditermächtigung bei rund 5,3 Milliarden DM. Das ist weniger als seit vielen Jahren, ja fast seit Jahrzehnten.

Unsere Investitionsquote steigt von 12,9 auf 13,6 %. Die Zinsbelastungsquote des Haushalts bleibt mit 10,8 % stabil. Die Steigerung des Haushaltsvolumens mit 3,4 % ist trotz neuer Belastungen, beispielsweise für Aussiedler und für den Bergbau, maßvoll.

Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt weist eine Steigerungsrate von 5,4 % aus. Die Kreditfinanzierungsquote des Bundes liegt mit 9,6 % um 1,2 Prozentpunkte über der des Landeshaushalts. Wer den Landeshaushalt kritisiert, der muß sich diese Vergleiche gefallen lassen.

Und ein wichtiges zusätzliches Datum: Der Landeshaushalt bleibt mit circa 1,3 Milliarden DM unterhalb der Verfassungsgrenze.

(B) Mit diesem Haushalt, den wir vorlegen, der heute verabschiedet wird, setzen wir unsere Politik der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen, der sozialen Verantwortung für seine Menschen, der Förderung von Wissenschaft und Forschung und der kulturellen Vielfalt konsequent fort.

Wir stellen trotz schwieriger äußerer Rahmenbedingungen die Weichen richtig, um dieses Land nach vorn zu bringen. Dieser Haushalt und der Finanzplan dienen dem Wachstum unserer Wirtschaft und der weiteren Entfaltung unserer Gesellschaft.

Die Perspektiven für die wirtschaftliche Erneuerung unseres Land sind günstig. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat soeben in seinem Beitrag die Zahlen genannt, die das kraftvoll untermauern. Diese günstige Entwicklung in unserem Land ist trotz der schweren Strukturkrisen der letzten Jahre möglich gewesen.

Was und wie da umgebaut worden ist, das läßt sich an wenigen Zahlen erklären: In den 60er Jahren waren noch rund 60 % der Wertschöpfung auf das produzierende Gewerbe

konzentriert. Dieser Anteil verringerte sich bis 1987 auf 45 %. Gleichzeitig haben insbesondere die Dienstleistungsunternehmen ihren Anteil in Nordrhein-Westfalen fast verdreifacht. (C)

Es ist bereits gesagt worden, daß in Nordrhein-Westfalen vom März 1984 bis zum März 1988 200 000 neue Arbeitsplätze entstanden sind. Natürlich sind diese nicht allein in der Lage gewesen, die großen Verluste etwa in der Stahlindustrie und im Bergbau aufzufangen, und niemand bestreitet, daß die Probleme Nordrhein-Westfalens damit nicht völlig gelöst worden sind.

Eines aber steht fest: daß der Problemdruck deutlich geringer geworden ist. Heute verfügt Nordrhein-Westfalen über eine breitgefächerte Industrie, die weniger stark, als das in anderen Bundesländern noch der Fall ist, auf Schwerpunktbereichen konzentriert ist.

Jedes dritte Unternehmen, das sich in der Bundesrepublik niedergelassen hat, hat sich für den Standort Nordrhein-Westfalen entschieden. Und die Rangfolge der Städte, in denen man mit besonders hohen Wirtschaftszuwachsraten rechnet, ist ebenfalls bereits genannt worden.

Ich sage noch eines, was für dieses Land wichtig ist und was die Opposition wahrnehmen sollte: daß sich die nordrhein-westfälischen Unternehmen schneller auf den Strukturwandel eingestellt und schneller reagiert haben als die Wirtschaft in den meisten übrigen Ländern. Denn Nordrhein-Westfalen ist neben Hessen das Flächenland in der Bundesrepublik, in dem sich die Produktionsstruktur, gemessen an der Bruttowertschöpfung, am schnellsten verändert hat. Nordrhein-Westfalen hat weder den Strukturwandel verschlafen noch zu lange auf veraltete Strukturen gesetzt; im Gegenteil: Die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur war und ist das Leitmotiv unserer Politik - und wir haben Erfolge damit! (D)

Meine Damen und Herren! Wir haben bereits 1980 zur Reaktivierung von Zechen-, Industrie- und Verkehrsbrachen den Grundstücksfonds Ruhr gegründet. Seine Erfolge haben uns überzeugt. 1984 wurde deshalb landesweit der Grundstücksfonds für das gesamte Land begründet. Mit ihm können vergleichbare Probleme, also auch außerhalb des Reviers, gelöst werden.

Im Rahmen beider Grundstücksfonds wurden bisher insgesamt 14,7 Millionen m² Grund und Boden erworben. Auf diesen angekauften Flächen konnten in der Zwischenzeit wichtige

(Minister Schleißer)

- (A) Industrie- und Gewerbebetriebe angesiedelt und Wohnungen errichtet werden.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Worms?

(Minister Schleißer: Ja, Herr Präsident!)

Dr. Worms (CDU): Herr Minister, wir haben diese Frage ja vor Jahr und Tag schon im Landtag diskutiert. Was sagen Sie denn zu der Beurteilung Ihres Kollegen Zöpel, der damals sinngemäß ausgeführt hat: Die Wirkungen des Grundstücksfonds Ruhr sind deshalb nicht so optimal, weil der jeweils vor Ort tätige Kämmerer seine Grundstücksprobleme damit gelöst hat, aber das damit Gemeinte, die Absicht, nämlich sie in eine strukturelle Entwicklung einzubetten, leider nur unzulänglich stattgefunden hat.

Schleißer, Finanzminister: Wissen Sie: Es gibt jeweils Zwischenstationen, Herr Kollege Worms!

(Lachen bei der CDU)

Ich hoffe, daß einige von Ihnen noch die guten Erfahrungen aus der Kommunalpolitik mitbringen. Dann wissen Sie auch Interessen der Gemeinden zu berücksichtigen und einzuschätzen. Daß das nicht immer mit Landesplanung und Landesabsichten so völlig gleichläuft, das erfahren wir in allen Bereichen.

(B)

Aber ich weiß auch, daß meine Kollege Zöpel nachdrücklich den Grundstücksfonds, wie er sich jetzt darstellt, befürwortet, weil er weiß und als der dafür zuständige Ressortminister erlebt, welche großartigen Erfolge damit verbunden sind.

Es ist jedoch nicht nur dieser Punkt, den Sie angesprochen haben. Große Teile der angekauften Flächen sind noch durch industrielle Altlasten blockiert. Das wissen wir. Im Vordergrund wird deshalb für 1989 die Flächensanierung stehen. Die gezielte Reaktivierung alter Industrieflächen ist eine Aufgabe, der sich das Land Nordrhein-Westfalen als erstes Land gestellt hat, vor jedem anderen Land. Dafür gibt es, Herr Kollege Worms, weder im Inland noch im Ausland entsprechende Beispiele.

Ich kann Ihnen auch sagen, daß das finanziell abgesichert ist. Der Handlungsrahmen dafür beträgt 1989 105 Millionen DM. Wenn ich die Jahre 1980 bis 1988 addiere, so wurden mehr als 650 Millionen DM dafür aufgewandt. Ich

finde, daß dieses Geld gut angelegt ist. Es ist eine wirkungsvolle Hilfe zum Abbau wirtschaftlicher Hemmnisse, von denen wir wissen, daß sie mit Mitteln des Marktes und der Marktwirtschaft nicht zu beseitigen waren. Wir sind da auf einem guten Wege.

(C)

Das gilt auch für einen weiteren Schwerpunkt unserer Politik, mit dem wir den Strukturwandel nach vorn bringen wollen: für unsere "Zukunftsinitiative Montanregionen". 1989 werden wie 1988 dafür 520 Millionen DM zur Verfügung stehen. Das fällt uns ein wenig leichter, Herr Kollege Worms, weil 1989 erstmalig der Bund, wenn auch nicht hoch, so doch mit 80 Millionen DM daran beteiligt sein wird. Sie wissen, daß er erstmalig 1989 Barleistungen einbringt.

(Frau Thoben (CDU): Und was ist mit RESIDER?)

- Es gibt dazu, verehrte Frau Kollegin Thoben, 33,3 Millionen DM RESIDER-Mittel aus dem EG-Fonds, beginnend auch nicht 1988, sondern erst ab 1989, weil die Entscheidungen in Brüssel erst zum Ende des Jahres gefallen sind.

(Frau Thoben (CDU): Sie wissen auch, daß das an der Landesregierung lag!)

- Das ist falsch, Frau Kollegin Thoben. Darüber, woran das denn liegen mag, hat es hier auch schon einmal Auseinandersetzungen gegeben. Das ist damals schon widerlegt worden.

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Minister Schleißer: Gern, Herr Präsident!)

Frau Thoben (CDU): Herr Minister! Ist Ihnen nicht bekannt, daß es ein offizielles Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums gibt, das ausdrücklich bestätigt, daß die verspätete Auszahlung an Nordrhein-Westfalen an der unzureichenden Antragstellung durch das Land lag und daß deshalb das Saarland selbstverständlich schon vor dem Sommer von Brüssel bedient werden konnte, nicht aber Nordrhein-Westfalen?

Schleißer, Finanzminister: Frau Kollegin Thoben! Diese Aussage kann ich nicht bestätigen. Richtig ist, daß die Landesregierung beabsichtigt hatte, mehr Fördergebiete in das RESIDER-Programm aufzunehmen, und diese Förderung von ebenfalls betroffenen Gebieten nicht gelungen ist. Da lagen die eigentlichen Ursachen für die Verzögerung. Das wissen Sie!

(A) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Minister Schleißer: Natürlich, ich hoffe, daß ich vor lauter Zwischenfragen überhaupt noch zur Rede komme, Herr Präsident!)

Frau Thoben (CDU): Herr Minister! Wie würden Sie es bewerten, wenn man versucht, Gebiete, von denen man vor der Antragstellung weiß, daß sie die Kriterien des Programms nicht erfüllen, in ein Förderprogramm einzubeziehen?

Schleißer, Finanzminister: Ich weiß nicht, ob Sie die Kriterien des Programms nicht falsch bewerten. Denn es ist häufig ja gar nicht so, daß die Programme so eindeutig definiert sind.

(Lachen der Frau Abg. Thoben (CDU))

Ich könnte Ihnen da neueste Ergebnisse bringen. Das Strukturprogramm des Bundes ist ja angesprochen worden. Sie müßten dabei sein, wenn im Finanzausschuß des Bundesrates oder in der Finanzministerkonferenz darüber geredet wird, was denn eigentlich gefördert werden kann und was nicht gefördert werden kann. Sie müßten einmal dabei sein, Frau Kollegin Thoben, wie auch Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern bewerten, was denn möglich ist. Sie müßten einmal dabei sein, wenn Sie mitgeteilt bekommen, welche Aussagen Bundestagsabgeordnete Ihrer Partei in den Kommunen treffen, wohl wissend, daß die Formulierung des Gesetzes eine solche Bezuschussung in den Kommunen nicht möglich macht.

(B)

(Zuruf des Abg. Trinius (SPD))

Aber ich will zu der "Zukunftsinitiative Montanregionen" zurückkehren: Wir wissen, daß es immer Sinn und Ziel dieser Initiative war, die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den für die regionale Wirtschaftsförderung Verantwortlichen zu stärken und zu fördern. In der verbesserten Kommunikation und Kooperation zwischen allen lokalen und regionalen Entscheidungsträgern liegt - und das ist schon jetzt erkennbar - ein wesentlicher Gewinn der Zukunftsinitiative, so etwas hat es bisher in den Montanregionen in dieser Breite nicht gegeben.

Ich finde, das stützt ebenfalls die neue Aufbruchstimmung in Nordrhein-Westfalen. Jeder, der sich mit offenen Augen und unvoreingenommen die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ansieht, merkt das und spürt das.

Das wird ja auch im Herbstbericht der Ruhrgebietskammern deutlich. Da spiegelt sich diese Einschätzung auch wider. Dort wird festgestellt, daß die Ruhrindustrie in den ersten acht Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 5,6 % und bei den Exporten von 12,1 % erzielt hat, daß die Kapazitätsauslastung bei 81,2 % liegt. Das ist ein Ergebnis, das zuletzt nur in den 70er Jahren erreicht worden ist.

(C)

Die Unternehmen beurteilen die aktuelle Geschäftsentwicklung so günstig wie schon seit einem Jahrzehnt nicht mehr. 80 % der Betriebe schätzen ihre eigene Situation gut bis befriedigend ein.

Alles das, Herr Kollege Schauerte, weil die Landesregierung diese Entwicklung stört? Ich finde, das ist absurd.

Deshalb sage ich: Die Voraussetzungen für einen Aufbruch aus eigener Kraft in Nordrhein-Westfalen sind gut. Wir haben unser Geld gut angelegt.

Das gilt auch für unsere Politik an den Hochschulen. Ein Beispiel dafür ist die breite Forschungs- und Technologieinfrastruktur, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Mit 49 Hochschulen weisen wir die dichteste Hochschullandschaft in der gesamten Bundesrepublik auf. Wir wissen, wieviele Studenten allein im Ruhrgebiet studieren. Aber, wir wissen auch um die Überlastsituation in einigen Hochschulfächern in einigen Bereichen. Ich sage Ihnen: Diesen Problemen, die es an den Hochschulen gibt, begegnet der Haushalt 1989 mit handfesten Maßnahmen, Herr Kollege Worms und Herr Kollege Rohde, lange bevor Herr Möllemann seine Initiativen nach draußen darstellte.

(D)

Das Notzuschlagsprogramm wird im Jahre 1989 um über 38 % höher sein, es wird 36 Millionen DM betragen. Nordrhein-Westfalen hat das Notzuschlagsprogramm 1977 als erstes Bundesland eingeführt, es hat mehr als jedes andere Bundesland dafür bereitgestellt, und zwar alleine seit 1980 über 230 Millionen DM.

Wenn es Herrn Möllemann gelingen wird, den Bundesfinanzminister zu überzeugen, sind wir auch darauf vorbereitet, und entsprechende Vorsorgen im Landshaushalt werden längst getroffen sein. Das gilt insbesondere für die belasteten Fächer Betriebswirtschaftslehre und Informatik, die zusätzlich 80 neue Stellen erhalten.

Aus dem Geräteerneuerungsprogramm, das wir in einer Größenordnung von 30 Millionen DM auch neu aufgelegt haben, werden den über-

(Minister Schleißer)

- (A) lasteten Fächern insgesamt ca. 10 Millionen DM zugewiesen.

Die hochschulpolitischen Schwerpunkte des Landeshaushaltes 1989 erschöpfen sich nicht in diesen Sondermaßnahmen zur Abhilfe aktueller Notsituationen. Vielmehr wird die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Forschung und Lehre auch durch dauerhaft wirkende Maßnahmen gesichert. Ich nenne hier in erster Linie den Hochschulstrukturplan, der in den nächsten Jahren die Verlagerung von mehreren hundert Stellen in zukunftssichere Aufgabenfelder ermöglichen wird.

Da gibt es Ärger, weil vieles nicht so verständlich zu machen ist. Aber es ist ein guter, unbedingt zu gehender Weg, und ich glaube, daß die Landesregierung mit dem Haushalt 1989 erneut alles finanzpolitisch Vertretbare getan hat, um den Hochschulen zu helfen, die wichtigen Aufgaben in Ausbildung und Forschung zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Die Zuweisung an die Gemeinden ist häufig ein Thema, das kontrovers diskutiert wird. Was den Haushalt 1989 angeht, hat das Land mit seinen Finanzzuweisungen an die Gemeinden seine finanziellen Möglichkeiten voll ausgeschöpft.

Das zeigt die überdurchschnittliche Steigerung gegenüber 1988. Die Gesamtleistungen an die Gemeinden wachsen um 670 Millionen DM oder um knapp 5 % auf 14,4 Milliarden DM. Darin ist schon eine negative Abrechnung aus dem Jahre 1987 von 354 Millionen DM enthalten. Diesen Betrag hat bisher das Land vorfinanziert. Sie wissen das. Es muß an sich den Leistungen hinzugerechnet werden. Ohne diese Abrechnung erhalten die Kommunen 1989 über 1 Milliarde DM mehr, und das sind 7,5 %. Damit liegen die Zuwachsraten bei unseren Leistungen an die Gemeinden weit oberhalb dessen, doppelt so hoch, wie sich der Landeshaushalt mit 3,4 % entwickelt. Damit wird das Land auch den neuen Herausforderungen gerecht, die bei den Kommunen zu erkennen sind.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Leifert?

(Minister Schleißer: Ja, Herr Präsident!)

- Bitte!

Leifert (CDU): Herr Minister Schleißer, ausweislich Ihrer Informationsschrift "Daten zur Haushalts- und Finanzpolitik", Heft 37,

das uns heute übergeben wurde, lese ich: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände 14,683 Milliarden DM 1981, und 13,472 Milliarden DM 1989 im Soll. Sind die Zahlen richtig, Herr Finanzminister?

Schleißer, Finanzminister: Natürlich sind die Zahlen richtig, Herr Kollege. Wir haben das in der zweiten Lesung schon zu erörtern versucht. Sie wissen wie ich, daß in dieser Leistung an die Gemeinden als Durchlaufposition der sogenannte Spitzenausgleich für den Wegfall der Lohnsummensteuer enthalten ist, den der Bund ja nur für einen Zeitraum von drei Jahren gewährt hat. Wenn Sie, Herr Kollege, das berücksichtigen, sind die Zahlen immer noch richtig. Nur, Sie kommen zu anderen Landeszuweisungen.

Es gibt doch überhaupt keinen Zweifel, daß das Land überdurchschnittliche Steuereinnahmen in den Jahren bis 1975 hatte, als es bei Stahl und Kohle ein wenig anders aussah, und die Gemeinden überdurchschnittlich honoriert hat. Durchschnittliche Steuereinnahmen, Herr Kollege, machen nur durchschnittliche Leistungen möglich.

Vizepräsident Dr. Klose: Gestatten Sie - -

Schleißer, Finanzminister: Nein, danke, Herr Präsident. - Das ist Ihnen von meinem Kollegen Wilmbusse auch in der zweiten Lesung dargelegt worden.

(Zuruf von der CDU)

- Warum wollen Sie das nicht hören? - Hätte sich Nordrhein-Westfalen so verhalten, wie sich der Durchschnitt der Flächenländer seit 1966 verhalten hat,

(Zuruf von der CDU: 1976!)

hätte es insgesamt 20 Milliarden DM weniger an die Gemeinden gegeben. Ich finde, das sind Zahlen, die man aus der Sicht der Opposition akzeptieren kann und akzeptieren sollte.

Ich sagte Ihnen eben, daß das Land auch die neuen Herausforderungen an die Gemeinden kennt. Die Kommunen sind durch den Zustrom von Asylbewerbern, durch Sozialhilfeleistungen an De-facto-Flüchtlinge und vor allen Dingen mit der Unterbringung der Aussiedler hart belastet. Die Gemeinden erhalten 1989 Zuweisungen für Asylbewerber in einer Größenordnung von 450 Millionen DM. Das sind 120 Millionen DM mehr als noch 1988. Sie erhalten 85 Millionen DM Erstattungen von Sozialhilfeleistungen für De-facto-Flüchtlinge. Das ist eine Leistung, für die Sie keine

(C)

(D)

(Minister Schleußer)

- (A) Parallele in anderen Bundesländern finden werden. Schließlich werden die Mittel zum Bau von Übergangwohnheimen für Aussiedler von 29 Millionen DM 1988 auf über 209 Millionen DM 1989 gesteigert. Mit diesen Leistungen für diese drei sozialen Brennpunkte erhalten die Gemeinden insgesamt Zuweisungen von einer 3/4 Milliarde DM, ganz genau von 744 Millionen DM.

Ich komme zurück auf Ihre Zwischenfrage: Wer eine weitere Aufstockung fordert, muß sich auch zur Finanzierung äußern. Wer da schweigt, wer keine Aussagen macht, wie denn eine weitere Aufstockung der Mittel an die Gemeinden finanziert werden soll, der nimmt in Kauf, daß diese Aufstockung nur über die Kreditfinanzierung gemacht werden kann. Das ist ein Punkt, den Sie nicht mit uns machen können, jedenfalls nicht mit diesem Finanzminister.

Ich muß Ihnen auch sagen, daß die Leistungen des Landes für die Aussiedler, aber auch die Zuweisungen an die Kommunen einen breiten Raum einnehmen. Dies belegt das Landesprogramm zur Förderung der Aufnahme und Eingliederung von Aussiedlern und Zuwanderern. Der Schwerpunkt liegt in der Versorgung mit Wohnungen. Für den Wohnungsbau wird 1989 ein Bewilligungsrahmen von insgesamt 420 Millionen DM bereitstehen. Damit können 4 000 Wohnungen neu gebaut werden. Rechnet man die 500 Millionen DM aus dem Landeswohnungsbauvermögen hinzu, kann innerhalb von zwei Jahren der Startschuß für den Neubau von fast 9 000 Wohnungen gegeben werden.

(B)

Auch von anderen Maßnahmen, die Bestandteile des Programms sind, verspricht sich die Landesregierung gute Wirkung. Sie wissen, daß zur schnelleren Eingliederung der Aussiedlerkinder im Landeshaushalt 100 zusätzliche Lehrerstellen vorgesehen sind.

Wir hatten eben über Anträge zur inneren Sicherheit gesprochen, die Sie nicht gestellt haben. Meine Damen und Herren, der Haushalt 1989 schafft die Voraussetzungen für eine weitere Verbesserung der inneren Sicherheit. Es ist zu erwarten, daß die Anforderungen an die Polizei bei der Verbrechensverbeugung und bei der Verbrechensbekämpfung in den kommenden Jahren ihren hohen Stellenwert behalten werden. Die Landesregierung hat bereits in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen zur Stärkung der inneren Sicherheit unternommen. Der Haushaltsplan 1989 setzt diesen Weg konsequent fort.

Ich bekräftige und wiederhole da eine Diskussion aus der zweiten Lesung: Der Haus-

haltsplan sieht gegenüber 1988 die Einrichtung von 1 108 neuen Stellen im Polizeivollzugsdienst vor. Die Stellen entfallen zum weit überwiegenden Teil auf Polizeihauptwachmeister-Anwärter. Wir haben das diskutiert.

(C)

Auch die Ausstattung der Polizei zur Verbrechensbekämpfung wird weiter verbessert. Die vorgesehenen Mittel betragen für 1989 86,7 Millionen DM. Das sind fast 17 Millionen DM mehr, als noch 1988 zur Verfügung gestanden haben. Die Landesregierung wird einen Transporthubschrauber zur Beförderung von Einsatzstäben beschaffen sowie sechs Befehlskraftwagen kaufen, die mit allen modernen technischen Einrichtungen ausgerüstet sind. Die Möglichkeiten der Polizei, besonderer Lagen Herr zu werden, werden sich damit weiter verbessern.

Meine Damen und Herren, die Beratung des Personalhaushalts hat eine erhebliche Rolle gespielt. Für die Landesregierung hat die Umsetzung des Tarifabschlusses eine wichtige Rolle gespielt. Ich wiederhole - und jeder, der mit dem Haushalt wahrheitsgerecht umgeht, wird das bestätigen -, daß die Landesregierung den Spielraum nutzt, der durch den Tarifabschluß eröffnet worden ist, um 2 709 neue Arbeitsplätze zu schaffen und 3 077 Arbeitsplätze zu sichern. Mit diesen Beschlüssen kann sich das Land jedem Vergleich stellen - mit jedem anderen Bundesland. Das Land Nordrhein-Westfalen hat das Ziel des Tarifabschlusses in hohem Maße verwirklicht, nämlich mehr Beschäftigung zu schaffen. Und das wird auch, Herr Kollege Schauerte, bei einer langfristigen Beurteilung des Haushaltsplanes erkennbar. Wenn wir uns die Gesamtausgaben des Haushalts 1980 bis 1988 ansehen, so sind sie von 100 % auf 123 % gestiegen. Die Personalausgaben stiegen in derselben Zeit von 100 % auf 134 %, also deutlich überproportional. Weitere Steigerungen des Personalhaushalts müßten zu Lasten der Investitionen gehen, die sich stark unterproportional entwickelt haben. Eine weitere Stellenvermehrung wäre finanzpolitisch nicht vertretbar gewesen.

(D)

Ich fasse zusammen: Die Landesregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der sich an den Leitlinien der Regierungserklärung von 1985 und 1988 orientiert. Wir erneuern unser Land in sozialer Verantwortung. Der Haushalt entspricht dem, was nötig, und dem, was möglich ist. Im Laufe der Beratungen hat die SPD-Fraktion zusätzliche Akzente gesetzt. Das ist gut so, denn die Qualität der Landespolitik hängt nicht allein von der Landesregierung ab, sondern auch von der Mehrheitsfraktion - und ich füge hinzu -, auch

(Minister Schleißer)

- (A) von der Opposition. Es würde unserem Land nicht schaden, wenn die Opposition ein eigenes Konzept hätte. Aber es wäre wohl gegenüber unserem Land nicht zu verantworten, wenn wir darauf warten würden. Wir sind bereit, diesen Weg auch alleine zu gehen. Wir schaffen den Aufbruch, auch aus eigener Kraft!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Linssen für die CDU-Fraktion.

Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Wir schaffen den Aufbruch auch aus eigener Kraft!", so hat der Finanzminister gerade geschlossen. Ich vermute, er wird diesen Aufbruch allein bewältigen müssen, wenn ich mir ansehe, wie er von diesem Kabinett hier begleitet wird.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Ministers Schleißer)

Ich halte es geradezu für des Parlamentes unwürdig, daß bei der dritten Lesung der Ministerpräsident dauernd fehlt - er fehlt jetzt Gott weiß wie lange -.

(Zustimmung bei der CDU - Doppmeier (CDU): Und die SPD-Fraktion fehlt auch!)

- (B) drei Minister anwesend sind und zum Beispiel während der Haushaltsrede des Oppositionsführers zwischen zehn und zwölf Parlamentarier der SPD anwesend waren. Wir lassen uns gerne von Ihnen, Herr Farthmann, kritisieren, wenn es bei uns einmal ähnlich sein sollte, aber ich habe mir gut angeschaut, wie die Anwesenheit der CDU bei Regierungserklärungen oder Reden des Ministerpräsidenten ist. Ich halte es für ein Gebot der Anständigkeit, daß die Opposition verlangt, daß auch die Regierungsfraktion da ist.

(Zustimmung bei der CDU - Dr. Farthmann (SPD): Ich stimme Ihnen darin ausdrücklich zu, Herr Linssen. - Büssov (SPD): Als Farthmann gesprochen hat, seid ihr rausgegangen!)

- Ich bedanke mich, Herr Farthmann. - Herr Farthmann, der Ministerpräsident redet offensichtlich nicht zu diesem Haushalt. Ich meine, daß der einzig nennenswerte Beitrag der Regierung und der Regierungsfraktion heute morgen sicherlich Ihr Beitrag war.

Ich möchte für die Opposition, für die CDU-Fraktion, eine Feststellung treffen.

Heute hat hier etwas sehr Wesentliches stattgefunden. Heute hat die erneute Wandlung des Friedhelm Farthmann stattgefunden. Friedhelm Farthmann, der Fraktionsvorsitzende der SPD, hat heute hier im Grunde erklärt, daß es kein schöner Land in dieser Zeit gebe. Herr Farthmann, wir sind lange davon überzeugt, daß dieses NRW bei einer gescheiterten Regierung nach vorne gebracht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben keine Horrorvisionen entwickelt, Herr Farthmann; dies müßten Sie uns erst noch einmal nachweisen. Soll ich Ihnen einmal sagen, wer die Horrorvisionen entwickelt hat? Das sind Sie gewesen, Herr Farthmann. Sie haben im vorigen Jahr noch davon gesprochen, daß nackte Not Sie dazu treiben würde, die Anträge der Opposition abzulehnen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ja ist das denn keine Horrorvision? Herr Posser hat die Horrorvision verbreitet, wir würden mit unserer Verschuldung ein Land wie Brasilien, Mexiko und Polen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich freue mich, Herr Farthmann, daß Sie heute offensichtlich die Strategie verkündet haben: "Der Aufschwung auch für Nordrhein-Westfalen ist dank der phantastischen Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung nicht aufzuhalten,"

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und deshalb, liebe Leute in der SPD-Fraktion, kriegt schnell die Kurve, denn ihr werdet sonst nachher dauernd sagen müssen, daß der Erfolg auch an Bonn hänge." Davon müssen Sie ganz schnell runter. Ich finde es großartig, wie Sie das gemacht haben, Herr Farthmann. Ich spreche Ihnen dafür ein Kompliment aus. Aber die Leute werden es merken, denn Sie müssen natürlich erklären, wie Ihre Ausführungen von vor ein paar Wochen und Monaten zu verstehen sind, als wir uns über das Strukturhilfegesetz, also die Albrecht-Initiative, unterhalten haben. Da haben Sie doch allen in Nordrhein-Westfalen erklärt - -

(Zuruf des Abg. Dr. Dammeyer (SPD))

(C)

(D)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) - Die sogenannte Albrecht-Initiative, Herr Dammeyer, das ist wohl korrekt.

(Dr. Dammeyer (SPD): Daß etwas anderes dabei herausgekommen ist, das haben doch sogar schon Sie mitbekommen!)

- Wissen Sie, ich beschäftige mich jetzt im Moment mit einem ganz anderen Teil. Ich beschäftige mich nämlich damit, daß Herr Farthmann als einer der größten Kläger mit Herrn Rau vor Bonner Türen stand, mit dem Bettelstab in der Hand, und gesagt hat: "Nun gebt uns doch; wir sind nach allen Kriterien, die ihr überhaupt auspacken könnt, die Schlechtesten, wir sind die Ärmsten!" Das haben Sie vor ein paar Wochen und Monaten gesagt. Heute nun, zu einem Zeitpunkt also, wo über das Geld in Bonn für die Ärmsten der Armen beschlossen ist - -

(Zuruf des Abg. Trinius (SPD))

- Der Bundesrat muß noch etwas dazu sagen; da haben Sie recht, Herr Schließer. Aber es ist jedenfalls im Bundestag beschlossen.

Heute stellen Sie sich hierin und sagen: "Also, wir schaffen das aus eigener Kraft." Ich sehe daraus, daß Sie für die Zukunft dieses Schuld-nach-Bonn-Schieben sein lassen wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Ich finde das begrüßenswert. Wir werden Sie sicherlich noch öfter daran erinnern können.

Meine Damen und Herren, mit dem 24. Februar hat die Änderung in diesem Land stattgefunden. Bei ihrem Rückblick, Herr Farthmann, auf das Jahr 1988 hätte Ihnen dieses wesentliche Datum der Ruhrgebietskonferenz nicht entgehen dürfen.

(Zustimmung bei der CDU
- Dr. Farthmann (SPD): Bis jetzt haben wir noch keinen Pfennig bekommen, und Sie reden schon von neuen Arbeitsplätzen!)

- Herr Farthmann, würden Sie Ihre Meinung vielleicht erst einmal mit dem Ministerpräsidenten und den Ministern abstimmen, die ja durchs Land gehen und sagen: "Jawohl, seit diesem Tag geht es uns besser; seitdem ist in Nordrhein-Westfalen Aufbruchstimmung zu vermelden."

(Zustimmung bei der CDU)

Klären Sie das erst einmal im eigenen Hause, bevor Sie sich an die Öffentlichkeit wenden.

Herr Farthmann hat versucht, den Aufbruch, das Wachstum für Nordrhein-Westfalen darzustellen. Ich stelle fest: Wir haben in den letzten 20 Jahren 16 % Wachstumsrückstand gegenüber dem Durchschnitt der bundesrepublikanischen Länder. Das sind umgerechnet 8 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen; denn 1 % Wachstum sind ca. 500 Millionen DM Steuereinnahmen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist die Krankheit, unter der Nordrhein-Westfalen leidet. Sie haben es geschafft, dieses Land vom Spitzenplatz so herunterzubringen, daß wir diesen Wachstumsrückstand haben.

(Dr. Farthmann (SPD): Das erzählen Sie einmal den Leuten!)

- Herr Farthmann, das steht ja nun fest. Hin und wieder lesen Sie ja auch Statistiken, Herr Farthmann.

Herr Farthmann, wir müssen jetzt aufpassen, daß wir das konjunkturelle Hoch nicht schon als Signal für das Ende der Umstrukturierung in Nordrhein-Westfalen betrachten.

(Dr. Farthmann (SPD): Sehr richtig!)

- Ich freue mich, daß Sie dem zustimmen. - Wir sollten uns nichts in die Tasche lügen; denn damit würden wir uns in einer Sicherheit wiegen, die es nicht gibt. Ich meine, daß wir unsere ganzen Anstrengungen - da wetteifern wir mit Ihnen - auf die Umstrukturierung, auf das An-die-Spitze-Bringen von Nordrhein-Westfalen verwenden sollten. Da gehört Nordrhein-Westfalen hin. Da wo wir jetzt sind, gehören wir längst nicht hin.

Man fragt sich: Wer hat daran Schuld? Das werden wir zum Wahlkampfthema machen.

Unsere Anstrengung aber muß sein, Nordrhein-Westfalen, ein Land mit einer Lage im Zentrum des europäischen Binnenmarktes, wie sie kein anderes Land hat, und mit Menschen, die zupacken können, wie nirgendwo anders, zu fördern. Dieses Land hat es eben nicht verdient, da zu sein, wo es sich im Moment befindet.

Sie haben von den Arbeitslosen natürlich nichts gesagt, Herr Farthmann.

(Dr. Farthmann (SPD): Doch!)

(C)

(D)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) - Nein, Sie haben auf den Zwischenruf von Herrn Weiss gesagt: Ich werde Ihnen das nachher einmal erklären.

(Dr. Farthmann (SPD): Sie haben offenbar nicht zugehört!)

- Ja, vielleicht habe ich nicht zugehört. Aber Sie können eventuell nachher dazu etwas sagen, z. B. was Ihre Analyse der Situation angeht.

Sie haben offensichtlich, Herr Farthmann, nur eine Seite des Sachverständigengutachtens gelesen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Sachverständigengutachten beschäftigt sich auf 30 Seiten mit der Lage im Ruhrgebiet. Auf einer Seite wird zu Recht erwähnt, daß es Wachstumsimpulse auch durch das ZIM-Programm gibt. Das ist doch völlig klar; Multiplikatorwirkungen von solchen Programmen sind auch bekannt.

Auf rund 29 Seiten werden der Landesregierung die Leviten gelesen.

(Zustimmung bei der CDU)

Da wird über Bürokratie gesprochen. Darüber haben Sie keinen Ton verloren. Wir müssen dieses Land doch einmal durchpusten. Hier müssen Verwaltungsstrukturen aufgebrochen werden. Es gibt bei Ihnen einige Leute, die das sehen.

(B)

(Dr. Farthmann (SPD): Entschuldigung, wenn bei uns mehr Betriebe gegründet werden als in allen Bundesländern zusammen! Was wollen Sie mehr?)

- Lieber Herr Farthmann, daß wir eine Verspätung hinsichtlich des Dienstleistungsgewerbes in Nordrhein-Westfalen haben, wissen auch Sie. Ferner wissen Sie, daß gerade Betriebe im Dienstleistungsgewerbe gegründet werden. Gott sei Dank, wir sind ja froh darüber. Nur, dann müssen wir uns darüber unterhalten: Warum haben wir den Rückstand? Da sagen Sie: Da wird uns der Vorwurf einer "Pennerregierung" gemacht. Er wird doch völlig zu Recht gemacht. Wir können uns über den Ausdruck streiten; wir können von der "Schläferregierung" sprechen. Das können wir gern tun, Herr Farthmann, wenn "Penner" falsche Assoziationen weckt.

(Heiterkeit)

Es muß aber festgestellt werden, daß diese Landesregierung bei Herdecke - nehmen wir

doch einmal dieses Beispiel: Aufbruch in eine neue Universitätslandschaft - geschlafen hat. Es ist ferner festzustellen, daß bei modernen Technologien gepennt worden ist. Wir haben über das Thema: Warum wandert alles nach München und Stuttgart ab? zimal gesprochen. Man muß sich einmal vorstellen, daß wir heute einen Ministerpräsidenten haben, der sagt, die Verkabelung gehe nicht schnell genug, derselbe Ministerpräsident, der noch vor vier Jahren gesagt hat: Verkabelung ist Teufelswerk.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Linssen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Tschoeltsch?

(Dr. Linssen (CDU): Gerne, Herr Tschoeltsch. - Dr. Farthmann (SPD): Jetzt helfen Sie ihm aber einmal!)

Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Linssen, Herr Kollege Farthmann hat vorhin bei seiner Rede ausgeführt, daß die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung im Lande auf die hervorragende Liquidität zurückzuführen sei, die wiederum der Ausfluß des Börsencrash gewesen sei. Können Sie mir das vielleicht einmal erläutern?

(Henning (SPD): Der eine begreift, der andere nicht!)

Dr. Linssen (CDU): Nein, genausowenig, wie ich verstehen kann, daß Herr Farthmann offensichtlich den Zusammenhang zwischen Steuerpolitik und Wirtschaftswachstum hier nicht erklären kann, kann ich diese Philosophie verstehe.

(D)

(Tschoeltsch (F.D.P.): Er möchte offensichtlich einen zweiten Börsencrash!)

Ich glaube, die Leute, die das Geld beim Börsencrash verloren haben, Herr Farthmann, können es nicht in der Tasche haben. Das ist eine Binsenwahrheit.

(Dr. Farthmann (SPD): Stellen Sie sich nicht dümmer an, als Sie sind! Sie wissen genau, daß ich das weder gesagt noch gemeint habe!)

- Ich bedanke mich sehr, Herr Farthmann. Ich mußte auf die Frage von Herrn Tschoeltsch eingehen. Er hat sie so formuliert. Das gibt den Zusammenhang, den Sie hier konstatiert haben, wieder.

Wissen Sie, wenn es eine größere Liquidität bei den Firmen gibt, dann hängt das damit

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) zusammen, daß die Eigenkapitalquote Gott sei Dank bei den Unternehmen etwas gestiegen ist. Das wurde höchste Zeit. Dadurch haben wir weniger Insolvenzen. Diesen Zusammenhang, Herr Farthmann, leugnen Sie natürlich. Sie leugnen jeden Zusammenhang zwischen Steuerreform und wirtschaftlicher Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.
- Zuruf von der CDU: Sie verdienen auch etwas mehr!)

- Herr Kollege, die Steuerreform hat drei Stufen. Die zweite Stufe hat Ihre Fraktion, Ihre Partei mit Horrorvisionen Anfang des Jahres bekämpft.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Nun haben Sie natürlich unheimliche Not, den Leuten zu erklären, warum hier die Steuern trotzdem so sprudeln. Denn man muß sich einmal vorstellen: Dieser Finanzminister kann doch nur einigermaßen überleben, weil wir in diesem Jahr 1988 gegenüber der Schätzung das Doppelte an Steuereinnahmen bekommen werden.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Ministers Schleußer)

- Ob nun Mai-Schätzung oder Januar-Schätzung!

- (B) (Minister Schleußer: Die vom November 1987 ist nicht einmal eingestellt!)

- Lieber Herr Schleußer, Sie legen einen Haushaltsentwurf für 1989 vor und sagen: Wir werden die Nettokreditermächtigung um 800 Millionen DM herunterfahren. - Das sind genau die 800 Millionen, die im nächsten Jahr dank der guten Wirtschaftspolitik mehr an Steuern kommen werden.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ich meine, Sie müßten sich schon einmal entscheiden, wie Sie die Steuerreform denn nun qualifizieren wollen. Sie haben bisher immer die Strategie verfolgt: Alles gegen Bonn, Bonn verelendet dieses Land mit der Steuerreform!

(Zuruf des Abg. Dr. Heugel (SPD))

- Ich wiederhole das, was Sie hier alles gesagt haben.

(Dr. Heugel (SPD): Das stimmt auch!)

- (C) - Nun hören Sie einmal: Nehmen Sie doch die Zahlen Ihres Finanzministers zur Kenntnis!

(Weiss (CDU): Die wollen das ja nicht!)

Der Finanzminister bekommt 1988 2,4 Milliarden DM Steuern mehr; geschätzt hatte er 1,2 Milliarden DM.

(Dr. Farthmann (SPD): Der Bundesfinanzminister kann doch selber nicht dafür, daß die Steuereinnahmen jetzt so sprudeln!)

- Lieber Herr Farthmann, es fällt Ihnen, glaube ich, schwer, dieses außergewöhnliche Wachstum in der Bundesrepublik von etwa 3,5 % zu erklären; denn Sie müssen natürlich Ihren Linken gegenüber glaubwürdig sein, die sagen: Wachstum darf nicht mehr sein.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

Wir haben doch früher immer gehört, Wachstum dürfe nicht mehr sein, weil das mit der Ökologie nicht zu vereinbaren sei. Das sind doch alles Ihre Truppen gewesen, die damit herumgelaufen sind.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Nun haben wir ein sauberes Wachstum von 3,5 %, Herr Farthmann. Der Umweltminister wird nicht müde, gerade dieses saubere Wachstum zu preisen,

(Beifall des Ministers Matthiesen)

(D) gerade dieses saubere Wachstum in den Umwelttechnologien zu preisen. Dazu muß ich doch einmal fragen: Wissen Sie, seit wann diese Investitionen in der Umwelttechnologie alle gemacht werden?

(Minister Matthiesen: Seitdem ich hier bin! - Lachen bei der CDU)

- Lieber Herr Matthiesen, können Sie mir eine Investition nennen, die nicht aufgrund von Bundesgesetzen zum Umweltschutz gemacht wird?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Daß die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die 1983 von der neuen Bundesregierung erlassen wurde, natürlich unglaubliche Investitionen für Nordrhein-Westfalen ausgelöst hat, ist doch eine Binsenwahrheit.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) - Ach, Herr Farthmann, darüber will ich mich jetzt nicht auslassen. - Daß Sie daraus dann noch einen Emissionsminderungsplan für Nordrhein-Westfalen gemacht haben, der im Grunde in Monaten und Jahren festlegte, wann das denn bis 1988 sein sollte, ist Ihr Verdienst. Aber Sie konnten es doch nur tun, weil es die Großfeuerungsanlagen-Verordnung gab.

(Dr. Farthmann (SPD): Doch sicher! Wir hatten das ja vorher schon eingeleitet!)

Was meinen Sie, wie dann, wenn wir die Vollzugsdefizite in Nordrhein-Westfalen, die wir vor allen Dingen in der Wassergesetzgebung nach wie vor haben, nicht hätten und schneller zum Beispiel das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes umgesetzt hätten, die Multiplikatorwirkungen dieser Investitionen hier im Lande wären!

Lieber Herr Farthmann, ich meine, daß Sie gerade den Zusammenhang zwischen Steuerreform und wirtschaftlichem Wachstum, durch den wir Gott sei Dank für Nordrhein-Westfalen jetzt endlich Land sehen, hier einmal darstellen sollten.

Meine Damen und Herren, die ökonomische und ökologische Erneuerung wird hier immer abgefeiert. Ich will Ihnen dazu nur zwei Zahlen nennen. Wir zahlen für Zinsen im Haushalt 1989 6,9 Milliarden DM. Diese strangulieren uns. Entgegen der Darstellungen, die Herr Farthmann und Herr Schleißer hier gegeben haben, ist es so, daß nach wie vor in Bereichen wie Justiz, Schule, Wissenschaft, Altenpflege nackte Not herrscht. 6,9 Milliarden DM Zinsen!

(B)

Die ökonomische und ökologische Erneuerung wird ja wohl im Haushalt des Wirtschaftsministers und des Umweltministers stattfinden müssen; so sehe ich das. Wenn Sie die Haushalte des Wirtschaftsministers und des Umweltministers addieren, kommen Sie auf zusammen 4,9 Milliarden DM. Das heißt, viel weniger, als wir für Zinsen ausgeben, geben wir für diese Hauptaufgabe der Renovierung unseres Landes aus.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Ministers Schleißer)

- Die können Sie gleich gern vortragen, Herr Schleißer, die sind absolut unbedeutend.

(Minister Schleißer: 25 % Steigerung ist unbedeutend?)

- (C) - Herr Schleißer, lassen Sie mich das doch auch einmal so darstellen, wie Sie das vorher in aller Ruhe haben tun dürfen.

(Zuruf des Ministers Schleißer)

- Die können Sie gleich gern vortragen; die gibt es nämlich nicht. Wir haben 1,7 Milliarden DM beim Wirtschaftsminister. Wissen Sie, wie damit eine ökonomische Erneuerung stattfinden soll?

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Ministers Schleißer)

- Lieber Herr Schleißer, wir haben hier, als die Bundesregierung die Montankonferenz am 24. Februar ins Leben rief, erfahren, daß im Grunde Milliarden-Anstöße für Nordrhein-Westfalen kämen. Dann haben Sie - das vergesse ich in meinem Leben nicht - hier ein kleinkariertes Gehacke über Vorfinanzierungszinsen für den Anteil von Bonn begonnen.

(Minister Schleißer: Das Geld ist doch heute noch nicht da! Das wissen Sie doch!)

Damals habe ich davon gesprochen, daß wir uns vielleicht über eine Million oder anderthalb Millionen DM unterhalten, wo es um Milliarden-Geschenke geht.

(Henning (SPD): Geschenke?)

- (D) - Entschuldigen Sie, Sie verteilen doch dauernd Geschenke. Wenn ich höre, was Sie alles machen, das sind doch offensichtlich nur Geschenke.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Also einigen wir uns darauf: Wir verteilen beide das Geld des Steuerzahlers.

(Henning (SPD): Wie ein absolutistischer Souverän!)

Dann habe ich mir angeschaut, wie denn der Abfluß dieser Mittel ist, und festgestellt, daß bis Ende September 78 000 DM Vorfinanzierungszinsen für den Bundesanteil an diesen Investitionen aus der Montankonferenz angefallen sind. Schämen Sie sich eigentlich nicht, über solche Beträge zu sprechen?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Minister Schleißer: Was ist das denn für eine absurde Sache?)

- Dann rechnen Sie die rund 4 Millionen DM, die bis September abgeflossen sind. Ich

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) erkläre es Ihnen vielleicht nachher; dafür ist die Redezeit zu kostbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Schleißer hat hier zu dem Nichtvorhandensein oder Vorhandensein von Oppositionsanträgen gesprochen. Herr Schleißer, Sie haben einmal kritisiert, daß wir keine Anträge stellten. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Am liebsten würde ich es tun; denn sich in dieses Gefängnis der roten Zahlen von über 100 Milliarden DM Schulden hineinzubegeben, da muß man sich als Opposition schämen. Und wir haben den Haushalt und diese Entwicklung nicht zu verantworten.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Ministers Schleißer)

Und über Anträge, die wir gestellt haben, haben Sie gesagt, das seien reine Lobbyistenanträge. Herr Schleißer, wenn Sie uns als Lobbyisten auch für die alten Menschen bezeichnen - wir haben einen Antrag über 100 Millionen DM für die Altenpolitik in diesem Lande gestellt -, lassen wir uns das gern gefallen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben - ich stelle das vor diesem Plenum fest - für jeden Antrag entgegen Ihrer Aussage Deckungsvorschläge gemacht.

(Minister Schleißer: Das ist falsch!)

- (B) Bei diesen 100 Millionen DM zum Beispiel wissen Sie ganz genau, daß die Krankenkassen die Ausbildungskosten für Krankenschwestern übernehmen und daß dadurch das Land eben diese Ausgabe tätigen könnte. Das war unser Deckungsvorschlag, und der ist völlig klar.

(Fortgesetzt Zurufe des Ministers Schleißer)

Sie müssen sich entscheiden, ob wir nun Anträge gestellt haben, ob wir Lobbyisten sind, wenn wir Anträge stellen. Verfahren Sie etwas stringenter, wenn Sie das tun.

Meine Damen und Herren, Opposition hat Wachrüttelcharakter. Wir wollen gerne weiter in diesem Sinne tätig sein. Herr Umweltminister, gerade Sie bieten jetzt eine offene Flanke. Sie sind, glaube ich, seit 1983 im Amt. Wir haben Ihnen eine Große Anfrage z. B. zur Entsorgungsproblematik in Nordrhein-Westfalen vorgelegt, eine Anfrage gerade zur Sondermüllentsorgung. Lieber

Herr Matthiesen, seitdem sind Sie wach geworden. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Seit 1986 ist das ein Thema. Ich mache Ihnen ja gar nicht zum Vorwurf, daß seit 1973 ein Abfallgesetz in Nordrhein-Westfalen existiert. Damals waren Sie noch nicht hier. Im Jahre 1983 hat Ihnen aber das schon Ihre SPD-Fraktion in das Stammbuch geschrieben. Die Protokolle kann ich Ihnen zeigen. Nach unserer Großen Anfrage - Sie können dazu gleich etwas sagen - sind Sie wach geworden. Jetzt sind Sie in Not, Standorte zu bekommen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich teile Ihre Probleme, die Sie in dieser Hinsicht haben. Ich freue mich, daß Sie aktiv geworden sind, beglückwünsche Sie dazu und wünsche mir, daß Sie draußen auf mehr Resonanz stoßen, vor allen Dingen bei Ihren Jusos.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie doch Standortvorschläge!)

- Wir machen Standortvorschläge jeder Art. Wenn der Minister ein abgerundetes Konzept für Nordrhein-Westfalen vorlegt, werden Sie uns immer an Ihrer Seite finden, wenn es darum geht, für die Industriepolitik dieses Landes Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Das garantiere ich Ihnen.

Was hier von Herrn Schleißer zum Flächenengpaß gesagt worden ist, ist allerdings starker Tobak. Alle kundigen Thebaner schreiben Ihnen im Rahmen von Gutachten überall ins Stammbuch, daß gerade Investitionen in Nordrhein-Westfalen nicht getätigt werden können, weil Flächen an den richtigen Stellen nicht zur Verfügung stehen. (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Zöpel hat uns jahrelang - dies gehört wieder zum Stichwort "Penner-Regierung" - damit vertröstet, daß er sagte, er habe genug Flächen. Quadratmetermäßig hatte er sie zwar, aber er hatte sie nicht dort, wo Investoren sie benötigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Er sieht es jetzt selber ein. Er ist mit der Opposition in ein Boot gestiegen. Wir wollen ja gemeinsam versuchen, dieses Problem zu lösen. Ich finde das gut.

Meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion und von der Regierung, muß es in Nordrhein-Westfalen aber immer so lange dauern, bis Sie wach werden? Muß Politik

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) erst dann handeln, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist? Das ist die Crux in Nordrhein-Westfalen. Das ist die eigentliche Krankheit, unter der wir leiden. Sonst stünden wir nach wie vor an der Spitze aller Bundesländer. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Herrn Matthiesen, das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Oppositionsführer hat in seiner Rede vorhin mehrere haltlose Behauptungen aufgestellt und den wahren Sachverhalt verschwiegen. Deshalb ist es notwendig, daß ich zu diesen haltlosen Behauptungen und zum Verschweigen des wahren Sachverhaltes ein paar Anmerkungen mache.

Er hat erklärt, ich hätte die Wahrnehmung der parlamentarischen Pflicht der Opposition diffamiert.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Diese Behauptung des Herrn Oppositionsführers ist falsch. Ich habe nicht die Tatsache, daß Sie bestimmte Themen in bestimmten Ausschüssen oder im Parlament zur Diskussion anmelden, klassifiziert. Dazu bin ich ein viel zu selbstbewußter Parlamentarier.

(B)

(Schauerte (CDU): Gewesen!)

- Nein, immer noch, Herr Kollege, falls Sie Nachhilfeunterricht in dieser Hinsicht benötigen. - Ich habe vielmehr die Begründung und die Wortwahl des Antrags auf parlamentarische Behandlung kritisiert. Ich werde das auch gleich noch einmal verdeutlichen. Wenn bei Ihnen insoweit ein Mißverständnis entstanden sein sollte, will ich es mit dieser Bemerkung gern ausräumen. Es liegt mir wirklich fern - ich war auch viel zu lange in der Opposition, als daß es anders sein könnte -, das parlamentarische Behandlungsrecht der Opposition auch nur ansatzweise kritisieren oder in Frage stellen zu wollen.

(Zuruf von der CDU: Diese Sprüche kennen wir!)

Die zweite Behauptung, ich hätte, wie Sie gesagt haben, in meiner "Maßlosigkeit" auch dem nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht eine bestimmte Wertung unterstellt, ist ebenfalls falsch. Dieses Gerichtsurteil, um das

es geht und auf das ich gleich noch zurückkomme, ist von mir aus guten Gründen und entsprechend einer guten Praxis dieser Landesregierung weder bewertet noch kommentiert worden. Richtig ist aber, daß ich sehr deutlich und auch heftig auf eine Presseerklärung der F.D.P. reagiert habe, die mit "F.D.P. und CDU fordern Sondersitzung des Landwirtschaftsausschusses" überschrieben war. Dort heißt es im Text u. a.:

(C)

Minister Matthiesen hat mit seiner Tötungsanordnung für hormonbehandelte Kälber voreilig und nicht immer rechtmäßig gehandelt. Die Kälber brauchten nicht getötet zu werden, wenn sie in die Länder exportiert werden können, in denen eine Hormonbehandlung bei der Viehzucht erlaubt ist.

Aus diesem Text, verehrter Herr Oppositionsführer, ist zweierlei ablesbar. Aus ihm ist erstens ablesbar, daß Sie dem Kreis Borken, der ja Haupthändler war, weil die dortige Kreisordnungsbehörde zuständig war, unterstellen, nicht immer rechtmäßig gehandelt zu haben, was ich hier für den Kreis Borken mit Entschiedenheit zurückweise.

(Jacobs (CDU): Ablenkungsmanöver!)

Zweitens erwecken Sie den Eindruck, wir hätten den Export von uns aus fördern und forcieren sollen, obwohl es gar keinen Antragsteller gab. Das wird in Ihrem schriftlichen Antrag an den Ausschußvorsitzenden besonders deutlich, wo Sie von der "sinnvollen wirtschaftlichen Verwertung" z. B. bei einem Export der Tiere sprechen.

(D)

Meine Damen und Herren, dies ist aus den Dokumenten deutlich ablesbar. Darauf habe ich reagiert. Ich habe mich auf diejenigen bezogen, die die Meinung vertreten, daß hormonbehandelte Kälber, die wir nicht essen wollen und dürfen, von Menschen in anderen Ländern - etwa in Afrika oder in der Türkei - verzehrt werden sollten. Ich habe dies so qualifiziert, daß es an moralische Verkommenheit grenze. Ich bleibe bei dieser Auffassung: Wer den Export hormonbehandelter Kälber propagiert,

(Zustimmung bei der SPD)

wer immer dies auch tut, der überschreitet für mich die Grenze dessen, was politisch-moralisch zulässig ist, wenn wir nämlich gleichzeitig gemeinsam einem Importverbot für so behandelte Tiere das Wort reden.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe hinzugefügt:

(Minister Matthiesen)

- (A) Wer dem zustimmt, der öffnet illegalen Praktiken und Profitjägern Tür und Tor und verschafft ihnen nachträglich noch die Möglichkeit, aus dem Hormonskandal ein Geschäft zu machen. Es ist schlimm genug, daß es derzeit keine rechtliche Handhabe gibt, den Export solcher Tiere zu untersagen.

Deshalb wäre es besser, wenn die Landesregierung unterstützt werden würde, diese bundesgesetzliche Lücke zu schließen anstatt die Profitsucht von skrupellosen Geschäftemachern mit solchen tendenziellen Aussagen zu unterstützen.

(Jacobs (CDU): Das Gericht hat das doch gesagt!)

Aber es wird ja noch schlimmer.

(Heidmann (SPD): Sie hätten gestern besser dableiben sollen!)

Verehrter Herr Oppositionsführer, in Ihrem verteilten, schriftlichen Manuskript steht der Satz:

Im Sommer hat Herr Matthiesen sich als "Hormon-Aufklärer" feiern lassen. Um die öffentliche Wirkung zu erhöhen, hat er Tausende von Kälbern töten lassen.

Das ist ungeheuerlich.

- (B) (Jacobs (CDU): Genau so ist das!
- Gorlas (SPD): Das ist christlicher Stil!
- Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich bin Ihnen dankbar für diese bestätigenden Zwischenrufe, weil ich nämlich jetzt davon ausgehen kann, daß dieser Satz des Herrn Oppositionsführers, den er in seiner Rede weggelassen hat, nicht ein Versehen war, sondern von Ihnen durch diese Zurufe auch noch gedeckt wird, was die Sache noch schlimmer macht.

(Zustimmung bei der SPD - Jacobs (CDU): Unglaublich!)

Denn Sie unterstellten damit Willkürhandeln zur persönlichen politischen Profilierung.

(Jacobs (CDU): So ist das!)

Wenn Sie dann noch hinzufügen, jetzt habe das höchste nordrhein-westfälische Verwaltungsgericht, das OVG Münster, festgestellt, daß es keinen Grund gegeben habe, die Kälber massenweise zu töten, dann erwecken

- Sie wieder den Eindruck - und ich verwahre mich dagegen -, daß vor allen Dingen der Kreis Borken permanent rechtswidrig gehandelt hat. (C)

(Weiss (CDU): Schieben Sie ruhig alles dahin!)

Der Kreis Borken hat nicht permanent rechtswidrig gehandelt!

(Beifall bei der SPD - Weiss (CDU): Immer abschieben, abschieben!)

- Warten Sie einmal ab, Sie bekommen alles das von mir gesagt, was Ihnen gesagt werden muß.

(Weiss (CDU): Übernehmen Sie nur keine Verantwortung!)

In mehreren vorausgegangenen Entscheidungen des gleichen Senats des Oberverwaltungsgerichts ist die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der Vorgehensweise der jeweils handelnden Kreisordnungsbehörden, insbesondere der des Kreises Borken, bestätigt worden. Diese Entscheidungen betrafen die Frage, ab wann eine hinreichende Tatsachengrundlage für staatliches Eingreifen besteht. In den Entscheidungen wurde auch festgestellt, daß die Tötungsanordnung des Kreises Borken für hormonbehandelte Kälber auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit rechtlich zulässig war.

- Diese grundsätzliche Haltung ist auch durch die neue Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im Falle eines Mästers aus dem Erftkreis nicht in Frage gestellt worden. In diesem Fall hat das Verwaltungsgericht Köln mit Beschluß vom 29. September 1988 dem betroffenen Mastbetrieb die Möglichkeit eingeräumt, die behandelten Tiere in ein Drittland zu exportieren, sofern dies rechtlich zulässig und tatsächlich möglich ist. (D)

Obwohl Sie dies wissen, meine Damen und Herren, haben Sie - fast hätte ich gesagt - die politische Dreistigkeit, in einem gemeinsamen Antrag von F.D.P.- und CDU-Fraktion vom 7. Dezember eine Sondersitzung des Landwirtschaftsausschusses zu beantragen mit dem Thema "Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit".

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Gorlas (SPD): Das ist eine Dreistigkeit!)

(Minister Matthiesen)

(A) Wissen Sie, was das bedeutet, meine Damen und Herren?

(Gorlas (SPD): Das wissen die!
- Heidtmann (SPD): Die haben keine Skrupel!)

Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit leitet sich, wie Sie wissen, aus dem Grundgesetz ab und bedeutet für die Verwaltung, daß die vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht gebunden ist. Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß Sie dieser Verwaltung unterstellen, permanent Rechtsbruch begangen zu haben. Für die Verwaltung bedeutet damit der Grundsatz der Rechtmäßigkeit insbesondere, wie Sie wissen, daß sie nach bestehenden Gesetzen und nach geltendem Recht handeln muß und daß gegenüber dem Handeln von Behörden ein ausreichender Gerichtsschutz gegeben sein muß.

Ein Antrag, verehrter Herr Kollege Worms, "Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit" beinhaltet die ungeheure Behauptung, nordrhein-westfälische Behörden oder gar die Landesregierung hätten auf Dauer bewußt, auf Dauer gewollt gegen Gesetz oder Recht verstoßen oder ausreichenden Gerichtsschutz nicht gewährt.

Das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf, den Sie im übrigen ja auch noch indirekt auf den Minister ausweiten, indem Sie ihm indirekt die Verletzung seines Amtseides vorwerfen. Dies ist ungeheuerlich! Weil das so ungeheuerlich ist, sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit, haben Sie kein Recht, die Grenzen des Anstands von der Landesregierung einzuklagen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Ich will Ihnen ein Zweites sagen: Wir erfüllen dieses Oberverwaltungsgerichtsurteil. Mit der Bundesregierung werden wir alle möglichen und von dem Antragsteller genannten Drittländer, Herr Worms, über die Tatsache der Hormonverseuchung dieser für den Export von ihm vorgesehenen Kälber informieren.

Ich darf vielleicht der Öffentlichkeit sagen, daß die drei Länder, die bisher genannt worden sind, nämlich die Schweiz, die Türkei und Tunesien, durch Weitergabe von Informationen über die Bundesregierung uns gegenüber erklärt haben,

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das ist unglücklich!)

daß sie nicht bereit sind, diese hormonverseuchten Kälber in ihre Länder hineinzu lassen.

(Drese (SPD): Hört, hört!)

Ich bin dankbar für diese Haltung. Die Landesregierung wird zusammen mit der Bundesregierung dafür sorgen, daß jedes weitere Drittland, das in diesem Zusammenhang genannt wird, rechtzeitig von uns auch informiert wird, damit dort eine entsprechend verantwortungsbewußte Meinungsbildung stattfinden kann.

(Beifall bei der SPD - Gorlas (SPD): Das ist gut!)

Wir sollten hier in aller Deutlichkeit den illegalen Masthilfsmitteln den Kampf ansagen. Wir sollten hier den kriminellen Methoden gemeinsam den Kampf ansagen.

(Dr. Linssen (CDU): Darum geht es doch gar nicht! Sie lenken doch völlig vom Thema ab!)

Wir sollten nicht direkt oder indirekt dem Export das Wort reden; denn wer dem Export das Wort redet, öffnet der weiteren Kriminalität Tor und Tür und leistet der weiteren Kriminalität auf diesem Gebiet unnötigerweise weiteren Vorschub.

(Beifall bei der SPD - Jacobs (CDU): Das hat das Gericht entschieden, nicht die Opposition. Sie verdrehen die Tatsachen!)

Deshalb gibt es hier, verehrter Herr Kollege Worms, aus meiner Sicht den dringenden Appell an Sie, in der Wortwahl und der Klassifizierung von Behördenhandeln nicht nur verantwortungsbewußter vorzugehen,

(Zuruf von der CDU: Das müssen Sie gerade sagen!)

sondern auch sehr viel differenzierter. Denn der Vorwurf, wir sollten deshalb zur Rechtsstaatlichkeit zurückkehren, weil wir uns vorher von ihr entfernt hätten, ist der härteste politische Vorwurf, den man überhaupt Behörden und der Landesregierung machen kann. Deshalb haben Sie kein Recht, moralisch die Grenzen des Anstands von dieser Landesregierung einzuklagen.

(Beifall bei der SPD - Tschoeltsch (F.D.P.): Aber Sie! - Dorn (F.D.P.): Matthiesen locuta, causa finita!)

(C)

(D)

(A) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister.

Zur Geschäftsordnung hat nunmehr der Herr Abg. Dr. Worms für die Fraktion der CDU das Wort. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Dr. Worms (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen meiner Fraktion und auch in Absprache mit der F.D.P.-Fraktion beantrage ich Sitzungsunterbrechung und Einberufung des Ältestenrates. Wir beantragen, Herr Präsident, daß der Ministerpräsident an dieser Ältestenratsitzung teilnimmt.

Ich begründe diesen Antrag mit einem Satz: Das, was ich gesagt habe, beziehe ich auf die Presseerklärung von Herr Matthiesen. Ich habe hier wegen einer Minute Redezeit keine Chance mehr, die Dinge darzustellen. Deshalb muß jetzt dieser parlamentarische Weg gegangen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Was die Unterbrechung der Sitzung anbelangt: Es gehört zu den Geflogenheiten dieses Hauses, daß wir, wenn eine Fraktion das beantragt, die Sitzung unterbrechen.

(B) Was die Einberufung des Ältestenrats anbelangt: Darüber, daß der Ältestenrat einberufen werden muß, gibt es keine Zweifel, wohl aber, wann ich ihn einberufe. Sie werden mir gestatten, Herr Dr. Worms, daß ich noch ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten führe, dessen Teilnahme Sie wünschen. Die Nachricht, wann der Ältestenrat einberufen wird, werde ich über den Lautsprecher verkünden lassen.

Ich unterbreche die Sitzung vorläufig bis 14.30 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 14.10 bis 16.01 Uhr)

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort. Ich mache von der Möglichkeit des § 62 unserer Geschäftsordnung Gebrauch. Danach können jetzt die Fraktionen und die Regierung jeweils eine Erklärung abgeben. Die Redezeit für diese Erklärungen ist auf je fünf Minuten beschränkt. Als erster hat Herr Abg. Dr. Worms für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Worms^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Matthiesen hat in einer Presseerklärung vom 8.12.1988 gesagt: (C)

CDU und F.D.P. sind der Meinung, hormonbehandelte Kälber, die wir nicht essen wollen und dürfen, sollen von Menschen in anderen Ländern, etwa Afrika oder Türkei, verzehrt werden.

Und weiter:

Dies grenzt an moralische Verkommenheit.

So Minister Matthiesen!

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der erste Teil dieser Aussage ist sachlich falsch. Der zweite Teil hat beleidigenden Charakter.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ausweislich eines Berichts der "Frankfurter Rundschau" vom 9.12.1988, der unwidersprochen geblieben ist, hat der Minister ferner behauptet, die Opposition verlange, im Parlament über den Export hormonverseuchter Kälber zu debattieren. Er hat dieses Verlangen als "moralisch perfide" bewertet. - So Minister Matthiesen!

Ich stelle wiederum fest: Der erste Teil dieser Aussage ist sachlich falsch. Der zweite Teil hat beleidigenden Charakter. (D)

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir fordern darum den Ministerpräsidenten unseres Landes auf, die beiden sachlich falschen Aussagen und die jeweiligen verletzenden Bewertungen für die Landesregierung verbindlich zurückzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister Matthiesen, an Sie persönlich sage ich: Meine Fraktion billigt jeden meiner Sätze, die ich heute in meiner Rede hier vorgetragen habe.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Professor Dr. Farthmann das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

*) Vom Redner nicht überprüft (§ 105 GeschO)

(A) Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist der Meinung, daß der Export von Fleisch, das wir selber nicht essen dürfen und essen wollen, auch nicht anderen Menschen zugemutet werden kann. Darin sind wir einheitlicher Meinung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Trotzdem will ich sagen, daß der Vorwurf, es grenze an moralische Verkommenheit, den anderen Standpunkt zu vertreten, jenseits der Grenzen dessen liegt, was sich politische Parteien im Meinungsstreit vorhalten sollten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dem; meine Damen und Herren, war aber vorausgegangen, daß F.D.P. und CDU gemeinsam einen Antrag eingebracht haben, der die Überschrift trug: "Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit". Das beinhaltet den Vorwurf, daß bisher nicht rechtsstaatlich gehandelt worden sei. Das ist so ziemlich der ungeheuerlichste Vorwurf, der gemacht werden kann, der in keiner Weise begründet ist und der deswegen beleidigenden Charakter hat.

(Beifall bei der SPD)

Das gleiche gilt für die Äußerung des Kollegen Worms in der heutigen Landtagsdebatte kurz nach Mittag, als er wörtlich gesagt hat - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

(B)

Da, Herr Matthiesen, aber liegt der Skandal: Weil Sie um Ihres politischen Auftritts willen vorschnell Kälber massenweise töten ließen, muß der Steuerzahler Schadensersatz

(Hört, hört! bei der SPD)

an Gesetzesbrecher leisten.

(Demonstrative Zustimmung bei der CDU)

Diese Behauptung hat keinerlei sachliche Berechtigung und trägt ebenfalls beleidigenden Charakter.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns gemeinsam bemüht, in einer außerordentlichen Sitzung des Ältestenrats alle drei Vorwürfe auszuräumen. Die CDU war auch bereit, die Forderung nach Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit zurückzunehmen. Sie war aber nicht bereit, die besagte Äußerung von Herrn Worms zu korrigieren. Deswegen waren wir auch nicht bereit, den Vorwurf des Ministers zurückzunehmen.

(C) Wir bedauern, daß es zu derartigen Äußerungen gekommen ist, und wir bedauern um so mehr, daß es nicht möglich war, unter vernünftigen Leuten so etwas auszuräumen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Herr Abg. Dr. Rohde das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Kollegen Farthmann dankbar, daß er sich für eine Korrektur der Wendung "moralisch infam" ausgesprochen hat. Ich bedaure aber, daß wir keine Einigung erzielen konnten. Herr Minister Matthiesen, wir hatten angeboten, den Ausdruck "Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit", wenn er als beleidigend empfunden würde, zurückzunehmen,

(Henning (SPD): Wieso "würde"?)

obwohl es im Urteil heißt:

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ergibt sich aus dem

- so haben wir das auch genannt -

Rechtsstaatsprinzip des Artikels 20 des Grundgesetzes und hat deshalb Verfassungsrang mit der Folge, daß Verwaltungsentscheidungen, die gegen ihn verstoßen, insoweit rechtswidrig sind. (D)

Der Ministerpräsident hatte ja bemerkt: Natürlich kann sich keiner dagegen wehren - wie könnte man auch -, daß Verwaltungsakte überprüft und für rechtswidrig erklärt werden. Deshalb hatten wir darüber hinaus angeboten, als Formel die Beachtung des OVG-Beschlusses vom 11.11.1988 zu wählen, der von der "Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsaktes betreffend die Tötungsanordnung von hormonbehandelten Kälbern" sprach. Wir bedauern, daß auch insofern unserer Anregung nicht gefolgt worden ist.

Herr Kollege Farthmann, natürlich haben wir überhaupt kein Interesse - das wollen wir nicht -, daß hormonbehandelte Kälber, die zur Gesundheitsschädigung geeignet sind, exportiert werden.

(Dr. Gerritz (SPD): Das stimmt doch gar nicht. Das haben Sie doch gar nicht gesagt!)

Verehrte Kollegen von der SPD, darum geht es auch gar nicht. Wenn Sie sich das Urteil

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) ansehen - ich zitiere daraus, denn die Kenntnis des Urteils erleichtert die politische Urteilsbildung -, so wird im Urteil die Tötungsanordnung als rechtswidrig bezeichnet - das wird vom Senat gesagt. Es handelt sich um ein rechtskräftiges Urteil, eine Revision ist nicht zulässig. Eine Gesundheitsschädigung kann der Senat nicht mit der erforderlichen Sicherheit feststellen, eine Gefahr für den Verbraucher ist sogar eher unwahrscheinlich, Schadstoffe werden sich verflüchtigen - dagegen hat selbst der Antragsgegner, die Veterinärverwaltung, nichts vorgetragen -, eine Geeignetheit zur Gesundheitsschädigung ist nicht mehr wahrscheinlich. Und was die angebliche Gesundheitsgefährdung angeht, so wird gesagt: Die Gesundheit zu schädigen oder auch nur zu beeinträchtigen, das hat der Antragsgegner noch nicht einmal für die Länder, in die exportiert werden sollte, vorgetragen.

Herr Minister, was die künftigen Gefahren angeht, so wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ab 1. Januar 1989 für die EG-Staaten das Verbot von Östrogenen, Androgenen und weiteren Hormonen besteht. Es wird dann ausgeführt - und darauf weise ich hin -, daß diese Normen nicht zum Gesundheitsschutz da sind, sondern zum Abbau der Verzerrungen von Wettbewerbsbedingungen.

Es wäre gut, wir würden uns alle an dieses Urteil halten. Es wäre noch besser gewesen, wir hätten dieses Urteil behandelt.

- (B) (Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat nunmehr Herr Ministerpräsident Dr. Rau das Wort.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist in allen Beiträgen deutlich geworden, daß es besser gewesen wäre, wir hätten ausräumen können, was hier auszuräumen war. Aber dann hätte alles ausgeräumt werden müssen. Das ist leider nicht gelungen.

Die Landesregierung ist der Meinung, daß wir Kälber, die hormonbehandelt sind, nicht für den Export freigeben dürfen.

(Beifall bei der SPD)

In der Pressemitteilung 175 der F.D.P.-Landtagsfraktion vom 8. Dezember 1988 steht der Satz: Die Kälber brauchten nicht getötet zu werden, wenn sie in die Länder exportiert

werden können, in denen eine Hormonbehandlung bei der Viehzucht erlaubt ist. (C)

(Hört! Hört! bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Das mag für diesen einen Fall, den das Oberverwaltungsgericht entschieden hat, so sein. Dann muß man sich dem beugen.

(Henning (SPD): Die Richter werden damit versorgt!)

Nur muß man auch folgendes wissen: Wenn Mastkälberbetriebe die Chance sehen, Mastkälber zwar hier nicht zum Verkauf anbieten zu dürfen, aber sie hier hormonzubehandeln, um sie dann zu exportieren, dann öffnen wir ganz neue Märkte, und das kann keiner wollen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wenn ich sage, das kann keiner wollen, dann unterstelle ich: Auch Sie wollen das nicht.

(Erneute Zurufe von der CDU)

Wenn Sie das auch nicht wollen, dann hören Sie auf, dem Landwirtschaftsminister zu unterstellen, er töte Tiere um der eigenen Auftritte willen. Das ist skandalös.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Gerade in der Zeit, in der wir uns befinden, halte ich die Vorwürfe, die gegenseitig erhoben worden sind, für außerordentlich bedauerlich. (D)

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Aber dann hätten Sie den Vorwurf, daß der Landwirtschaftsminister aus Eigennutz so handelt, zurücknehmen müssen. Dann wäre eine neue Beratungsbasis dagewesen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD - Arentz (CDU): Äußerst peinlich!)

Präsident Denzer: Ich darf darauf hinweisen, daß die Abgabe von Erklärungen nach § 62 der Geschäftsordnung verabredet war. Es gibt weder die Möglichkeit des Rederechtes für die Landesregierung noch die Möglichkeit von Erklärungen durch die Fraktionsvorsitzenden nach § 59 der Geschäftsordnung. Ich bitte dies zu verstehen.

(Präsident Denzer)

- (A) Wir fahren mit der unterbrochenen Behandlung des Tagesordnungspunktes 2 fort:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
(Haushaltsgesetz 1989)

in Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1988 bis 1992 mit Finanzbericht 1989

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1989
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1989)

Für die Fraktion der F.D.P. hat Herr Abg. Wickel das Wort.

Wickel (F.D.P.): Schönen Dank, Herr Präsident! Ich glaube, ich mißverstehe Sie nicht, wenn ich jetzt in der Aussprache zum Haushalt fortfahre, aber doch ein bißchen reflektiere,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

was hier geschieht. Wenn ich jetzt Bürger auf der Tribüne wäre, würde ich mich fragen: Haben die eigentlich hier unten keine anderen Sorgen?

(B)

(Zustimmung bei der SPD - Prof. Dr. Farthmann (SPD): Wer hat denn die Unterbrechung beantragt, verdammt noch mal?)

- Bleiben Sie doch ganz ruhig, Herr Farthmann, Sie setzen mit auf, dann dürfen Sie auch mitkegeln. Und umgekehrt: Wer mitkegelt, der darf auch mit aufsetzen. Das sind nun einmal die Spielregeln.

(Zuruf von der SPD: Ihr wolltet doch!
- Weitere Zurufe von der SPD)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, irgendwie setzen wir hier Hürden, denen wir selber hinterher nicht standhalten. Wenn ich die Worte des Ministerpräsidenten in mir nachklingen lasse, dann laufen wir selber vor diese moralischen Hürden, die wir uns aufbauen, weil wir ihnen im täglichen Leben nicht standhalten können. Es hat doch keinen Zweck, permanent die Moral hier in die Politik einzuführen,

(Lachen und Zurufe von der SPD)

wenn wir in der Politik zu Tagesfragen Stellung nehmen müssen, meine Damen und Herren, die nun einmal leider nicht mit der moralischen Elle zu messen sind und die nicht immer, wenn ich in Verdrückung komme, als Verdunkelungsschirm vor die Politik gehangen werden können.

(C)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Einen Augenblick, Herr Kollege Wickel! Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Aigner?

Wickel (F.D.P.): Gleich! Gleich bekommt er seine Zwischenfrage.

Meine Damen und Herren, es kommt noch eins hinzu: Jeder von uns hat unterschiedliches Temperament. Im Temperament schätze ich Herrn Matthiesen so ein, daß ich sage, er ist nun einmal so. Und wenn er so ist, dann muß er sich auch gefallen lassen, wenn er es so zurückkriegt. Deshalb sollten Sie sich auch gar nicht zuviel erregen und die Geschäftsordnung und sonstige Dinge hier immer einführen; dann gehört eben auf einen groben Klotz auch ein grober Keil.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, nichts von den Unterstellungen, die man sich hier gegenseitig vorgehalten hat, traf doch den Kern des Problems. Deshalb lassen wir das bitte. Keiner von uns hat hier etwas behauptet, was vorgetragen wurde oder was ihm unterstellt wurde. Es kann doch kein Mittel der Politik sein,

(D)

(Glocke des Präsidenten)

einen Buhmann aufzubauen - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Wickel, ich darf Sie einmal unterbrechen. Nach der Abgabe persönlicher Erklärungen, wie sie eben erfolgt sind, ist eine weitere Debatte zu diesem Thema nicht zulässig. Ich bitte Sie, zu dem Problembereich zurückzukehren, den Sie ansprechen wollen. Bitte schön!

(Zurufe von der SPD)

Wickel (F.D.P.): Nun schauen Sie doch nicht so böse! Hören Sie einmal, die ärmsten Menschen, die es gibt, sind die, die morgens vor dem Spiegel stehen und sich schon nicht leiden können.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

So, kommen wir zurück zur Debatte!

(Wickel (F.D.P.))

- (A) Der Finanzminister hat vorhin der Opposition vorgeworfen,

(Zurufe von der SPD)

daß sie kein Konzept hätte, und er möchte doch gerne ein Oppositionskonzept sehen. Kollege Linssen hat schon darauf hingewiesen, daß für jeden der Vorschläge, die die Opposition hier vorgelegt hat, sie auch einen Deckungsvorschlag gemacht hat.

Nun, meine Damen und Herren, müssen wir hier einmal einen Moment nachdenken. Warum sagt denn der Finanzminister so etwas? - Entweder will er abgucken oder abschreiben; denn es ist doch so, daß in diesem Lande seit 1980 die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit haben. Alles das, was Sie beklagen, hätten Sie längst ändern können. Sie brauchen nicht auf die Zukunft zu warten; denn Sie hatten acht Jahre Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen. Und sie sind nicht in Ordnung.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Damit sind wir ganz genau beim Gemeindefinanzierungsgesetz. Dieses Gesetz, das regelt, wieviel das Land an die Kommunen weitergibt, gleicht für mich einem Klumpen Butter, den sich die Landesregierung von Hand zu Hand gibt und der dann letztendlich bei unseren Gemeinden landet. Aber, meine Damen und Herren, dieser Klumpen Butter wird bei dem Von-Hand-zu-Hand-Geben in der Landesregierung immer kleiner. Die Landesregierung bekommt fettige Finger, und die Kommunen haben mit dem Rest wenig von dem, was ihnen ursprünglich zugeordnet war.

(B)

Das können wir durch Fakten belegen. Seit 1980 hat die Landesregierung rund 16 Milliarden DM - das ist einfach eine Zahl, die zu abstrakt ist: 16 000 Millionen DM! - den Gemeinden weggenommen und damit ihren Haushalt bestritten. Und wir haben vor Ort durch Gebühren- und Steuererhöhungen das beim Bürger wiederholen müssen, was uns das Land ungerechterweise nicht weitergegeben hat.

Hier ist doch die Frage erlaubt - und die betrifft, meine Damen und Herren, das gesamte Haushaltsgeschehen -: Wo sind eigentlich diese 16 Milliarden DM geblieben? Wo sind die vielen Milliarden geblieben, die zu dieser Verschuldung des Landes geführt haben? Hier ist doch einfach von der Mehrheit und von der Landesregierung zu fordern, einmal zu belegen, wo die Milliarden, die man uns weggenommen hat, geblieben sind.

Jetzt gehen wir einmal nach Hause und überlegen, wie es dort ist, wenn ich mir Geld leihen muß, um den täglichen Haushalt zu bestreiten. Spätestens dann bin ich doch an dem Punkt angekommen, wo es nicht mehr funktioniert. Wenn ich mir eine Waschmaschine oder einen Schrank kaufen will, sind das Dinge, die man über einen Kredit finanzieren kann. Dann hat man sie, dann ist Schluß, und man weiß, wie es weitergeht. Wenn man aber Kredite aufnehmen muß, um den laufenden Lebensunterhalt zu finanzieren, dann ist eine Grenze erreicht, die mehr als fahrlässig ist.

(C)

Hier ist doch der Vorwurf, den jeder von uns erheben muß: Bei dieser Verschuldung, in der wir heute stecken, haben wir nicht nur bereits das Geld unserer Kinder verbraten, sondern wir sind lustig dabei, das Geld der Enkelkinder zu verfrühstücken. Es kann doch wohl nicht verantwortungsvolle Politik sein, mit permanentem Schuldenmachen Probleme des laufenden Geschäfts zu lösen! Und genau an dem Punkt sind wir bei den Gemeinden.

Jetzt, wo es etwas besser wird und wir gesehen haben, daß wir durch die gute Wirtschaftspolitik in Bonn und eben durch die Steuerreform, die mehr Geld für den Verbrauch freigemacht hat, in den Kommunen auch 9,9 % mehr Steueraufkommen haben,

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

geht die Landesregierung hin und beteiligt uns nicht an ihren enormen Zuwächsen durch die Steuererhöhungen, sondern sagt: Nein, die Kommunen müssen eben mit dem auskommen, was ich ihnen zuteile.

(D)

Das ist für mich, um bei dem Beispiel von vorhin zu bleiben, so, als wenn man den kleinen Klumpen Butter, den es noch gibt, nachdem er schon durch so viele Hände gegangen ist, in einen Plastikbeutel packt, mit Luft füllt und den Gemeinden sagt: Das geben wir euch alles. Das ist viel Optik, wenig Inhalt - zu deutsch: eine Mogelpackung. Und genau dies ist das Gemeindefinanzierungsgesetz, nämlich eine Mogelpackung.

Es gibt noch weitere Ungereimtheiten. Vor wenigen Wochen wurde in diesem Landtag bei der Wahlkreiseinteilung darüber gestritten, ob z. B. in dem strittigen Fall Bonn die schon bekannten Zahlen der Volkszählung angewandt würden. Da wurde lauthals von der Landesregierung erklärt: "Nein, diese Zahlen gelten noch nicht; diese Zahlen sind zu ungenau. Wir verlassen uns auf unsere Fortschreibung. Der Wahlkreis Bonn muß geändert werden,

(Wickel (F.D.P.))

- (A) weil er zu viele Einwohner hat." Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die genauen Zahlen schon vorlagen. Die Volkszählung wurde also als Faktum für die Bemessungsgrundlage verneint.

Und was erleben wir hier wenige Wochen später? Jetzt, wo es paßt, wo rund 220 Millionen DM aus Kommunen, die weniger Einwohner haben, in Kommunen fließen, die mehr Einwohner haben - das Auffällige dabei ist noch, daß der größte Teil der abgebenden Kommunen CDU-beherrscht, der größte Teil der Empfänger jedoch SPD-beherrscht ist; dieser Umstand ist jedoch reiner Zufall -, gelten auf einmal die Zahlen der Volkszählung, bevor sie festgestellt sind, weil es eben politisch so in den Kram paßt.

Wie ist es denn mit dem Ausgleich, meine Damen und Herren? Gut, man hat gesagt - und der SPD-Antrag weist dies aus -: "Die Städte, die in diesem Jahr etwas verlieren, bekommen bis zu 50 % als Ausgleich." Gleichzeitig allerdings hat man diesen Ausgleich aus den Schlüsselzuweisungen genommen. Betrachten Sie nun einmal die Summe des Ausgleichs, so entspricht sie ungefähr einem Prozent der Schlüsselzuweisungen. Das heißt, daß diese Städte zweimal bestraft werden, denn - a) - sind ihre Schlüsselzuweisungen geringer und - b) - wird ihr Ausgleich noch einmal besonders berechnet -, und schon sind sie doppelt betroffen!

- (B) Wir müssen aber auch in die Zukunft blicken und uns fragen, wie das Ganze in den kommenden Jahren aussehen soll. Wir wissen, daß die Impulse für die günstig verlaufende Konjunktur, von der auch das Land Nordrhein-Westfalen profitiert, von Bonn ausgehen. Hier sitzt dann der Kollege Farthmann, sieht den Zug losfahren und hüpft hinten drauf, damit er sagen kann, auch der Zug von Nordrhein-Westfalen fahre. Sicher, der Zug fährt in Nordrhein-Westfalen ab, aber den Dampf und den Strom bekommt er von anderswo; den hat er in Bonn bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Dieser Zug, auf den Sie sich bemühen "draufzuhüpfen", Herr Kollege Farthmann, dieser Zug wird nicht von Ihnen gesteuert; Sie sind lediglich Trittbrettfahrer, Trittbrettfahrer an der Konjunktur.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Widerspruch bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Als Trittbrettfahrer aber darf man nicht soviel reden, denn dann könnte der Kon-

- troleur kommen und fragen, ob man die Fahrkarte bezahlt hat. (C)

(Zurufe der Abg. Dr. Dammeyer und Schultz (SPD))

- Ach, der Kollege Dammeyer macht mir immer Spaß. Wir können ja freundlich miteinander sein. Nur Ihren Nachbarn, den zerreißt es langsam. Den sollten Sie einmal etwas festhalten.

Meine Damen und Herren, so werden unsere Kommunen durch diese ständige Umverteilungspolitik, durch das ständige Wenigergeben auch von der Stetigkeit abgehalten. Wenn ich zu Hause in meinem Rat Finanzpolitik machen soll, muß ich ungefähr wissen, wohin es geht.

(Dr. Dammeyer (SPD): Das ist wahr. Aber wissen Sie es denn?)

Wir haben also gestern unseren Haushalt 1989 auf das Frühjahr vertagt, weil wir jetzt einfach nicht über die Daten verfügen, um einen Haushalt fahren zu können. Und wir besitzen die Daten auch in Zukunft nicht, weil jedes Gemeindefinanzierungsgesetz in diesem Hause bis zum letzten Tage Unwägbarkeiten bietet, so daß niemand zu Hause vor Ort weiß, wie er seine Brötchen entsprechend bezahlen soll. Das heißt, unsere Kommunen werden wegen der schlechten Finanzpolitik, wegen der Trittbrettfahrer, die nicht bezahlt haben, letztlich immer weiter ausgeblutet. (D)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Bleiben wir einmal bei den Steuererleichterungen! Es wurde immer wieder bestritten - und das ist in der Politik langsam üblich geworden: Man behauptet etwas, was niemand gesagt hat, und macht daran seine eigene Argumentation fest; das ist ein Spiel, welches ich früher schon einmal bei Juristen erlebt habe, das jetzt auch in der Politik zunehmend üblich wird, aber an und für sich apolitisch ist - -

(Zuruf von der SPD: Praktizieren Sie das auch?)

Politisch sollten wir bei den Punkten bleiben, die wir belegen können, und wir sollten zuhören, was der andere sagt, und nicht bewußt Mißverständnisse in den Raum stellen.

Wie war es denn noch vor Jahresfrist? Mit Hilfe des Computers im Innenministerium hat die SPD Horrorblätter drucken lassen, die Angaben über Steuerausfälle der Kommunen enthielten, ist damit über Land gezogen und hat verbreitet, daß die Kommunen jetzt aus-

(Wickel (F.D.P.))

- (A) bluteten, Pleite seien, sich nichts mehr leisten könnten, und das sei alles diese Steuerreform in Bonn schuld.

(Henning (SPD): Städtetag!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, daß das so ist, sollten Sie einmal mit Ihren Kämmerern reden. Sollte es in Ihrer Stadt anders sein, sollten Sie das Ganze mit Ihren alten Zahlen vergleichen, die Sie ausgerechnet und publik gemacht haben. Nichts von dem ist eingekehrt,

(Hennig (SPD): Städtetag!)

sondern die zweite Stufe der Steuerreform hat sogar in ganz besonderer Weise zu einer Steigerung des privaten Verbrauches geführt und hat damit diesen Wirtschafts- und Wachstumsimpuls gegeben, über den wir uns jetzt unterhalten.

Nun kam von links der Einwand: "Städtetag". Halten Sie doch die Leute nicht für so dusselig! Sie wissen doch, wie es in diesen Gremien zugeht. Sie müssen in allen Gremien, die so zusammengesetzt sind wie der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund, für jeden Beschluß eine Dreiviertelmehrheit haben. Da diese Einrichtungen praktisch paritätisch besetzt sind - 50: 50 für die Großen, und für uns vielleicht eine Stimme -, gibt es überhaupt keine Entschließung in diesen Gremien, die nicht den potenzierten Kompromiß darstellt, da man nur durch einen potenzierten Kompromiß zu einer einvernehmlichen Meinung gelangt. Das geht nach dem Motto: *Haust du meinen, hau ich deinen; läßt du hier was weg, laß ich da was weg* - und dann kommt ein solcher Beschluß zustande. Diese Beschlüsse sind im Interesse der vertretenen Städte noch hinnehmbar. Aber sie sind insofern nicht hinnehmbar, als Sie sich darauf berufen, weil Sie genau wissen, wie die Spielregeln dort lauten.

(B)

(Zuruf des Abg. Henning (SPD))

Es ist also nicht das eingetreten, was als Horrorvision in diesem Raume gezeigt worden ist. Es ist überall mehr Geld in die Kassen gekommen, und zwar - und hier sind wir an einem grundsätzlichen Punkt - mehr Geld von den Bürgern, vom Verbraucher und von den normalen Steuerzahlern. Der Streit, der uns trennen kann, ist doch lediglich der, wie man dieses Geld des Steuerzahlers verteilt. In den Auffassungen hierzu trennen SPD und uns eben Welten.

Hält man sich nun die zukünftige Entwicklung der Einnahmesituation bei den Gemeinden vor

Augen, so ist als wichtigste Forderung daraus abzuleiten: Wenn die Entwicklung des wichtigen Faktors "Gewerbsteuer" bei den Gemeinden äußerst schwankend verläuft - das weiß jeder, der Kommunalpolitik macht -, müssen aber die staatlichen Finanzausweisungen um so mehr stetig und berechenbar sein. Es kann doch nicht sein, daß wir, obgleich ein Parameter, nämlich die Gewerbesteuer, ständigen Schwankungen unterliegt, nicht wissen, was uns das Land im nächsten Jahr beschert oder wegnimmt. Also: Stetigkeit und Berechenbarkeit! Genau das ist unser Vorwurf an die Landesregierung: Diese beiden Merkmale fehlen in dem von der Regierung vorgelegten Gemeindefinanzierungsgesetz.

(C)

Die Landesregierung will - Herr Posser, vielleicht hätten Sie das anders gemacht - den kommunalen Finanzausgleich erneut strukturell verändern. So soll zunächst die Hauptsatzstaffel wiederum verändert werden, nunmehr durch Einführung eines Sonderansatzes. Wenn durch diesen Ansatz tatsächlich besonderen Strukturproblemen einiger Städte entgegengewirkt werden soll, dann hätte dies nach unserer Auffassung durch gezielte Zuwendungen geschehen sollen, nicht aber durch eine Veränderung des Finanzausgleichssystems. Dies ist nach unserer Auffassung ein Widerspruch zu dem System von Schlüsselzuweisungen. Wenn das so ist, dann wird kein vernünftiger Mensch etwas dagegen haben, gewisse Änderungen durchzuführen.

Damit sind wir beim letzten Punkt, der ebenfalls problematisiert werden muß. Jetzt hat die Landesregierung einen neuen Investitionstopf mit immerhin 115 Millionen DM geschaffen. Er soll nach vollständig neuen Kriterien verteilt werden. Das ganze Gemeindefinanzierungssystem wird durch solche Extratöpfe noch undurchschaubarer.

(D)

Führen wir uns die Kriterien vor Augen: Der Investitionstopf soll nach der Zahl der von den Gemeinden in diesem Jahr aufgenommenen Deutschen aus der DDR und der aufgenommenen Aussiedler verteilt werden. Es erscheint mir wie ein Hohn, wenn in der Begründung dieses Absatzes ausgeführt wird, es sollten bürokratische Hemmnisse vermieden und verwaltungsmäßige Verfahrensabläufe erleichtert werden.

Wenn, meine Damen und Herren, das bisherige Gemeindefinanzierungssystem - ultrakomplex - in Anführungsstrichen - war, wie läßt sich Ihrer Auffassung nach eine solche Bezeichnung überhaupt noch steigern? Daran mögen Sie folgendes sehen: Das Gemeindefinanzierungsgesetz kann aus der Sicht der F.D.P.-Fraktion nur wie folgt bewertet

(Wickel (F.D.P.))

- (A) werden: Es gibt weniger Geld, es werden hier schlechtere Ideen umgesetzt.

Ein kurzer Hinweis an den Innenminister: Er hat den Gemeinden hilfreich etwas zugeleitet, was die Arbeitszeit der Feuerwehren verkürzen soll. Ich muß es vorsichtig formulieren: Das ist ein Schreibtischvorschlag. Als solchen sollten auch Sie ihn bewerten. Er ist in der Praxis nicht durchführbar. Ich gebe den Hinweis, es vielleicht noch einmal zu überprüfen.

Das heißt: Es fällt euch an den Schreibtischen eine Menge ein, was man den Kommunen hinschieben kann, was aber nicht geht, was neue Probleme bringt. Es ist nicht durchdacht. Es wird also mehr Bürokratie geben, und es gibt keine Stetigkeit.

Da Sie mir soeben so hilfreich mit der Bemerkung zum Städtetag zur Seite traten, lese ich Ihnen aus dem Rundbrief, den Sie ja alle kennen - der berühmte rote -, von Seite 3 mit freundlicher Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem ersten Absatz zwei Sätze vor:

Wie die meisten anderen Bundesländer hat auch Nordrhein-Westfalen den kommunalen Finanzausgleich als Reservekasse zur Sanierung seines eigenen Etats entdeckt und die Zuweisungspolitik an die Kommunen unverhältnismäßig den Konsolidierungszielen des eigenen Haushaltes unterworfen. Bei dieser Kürzungspolitik nahm Nordrhein-Westfalen - wenn auch von einem hohen Leistungsniveau - eine Spitzenposition ein.

(B)

(Henning (SPD): Aha!)

Ich habe Ihnen soeben erklärt - mehr für die, die es nicht wußten, als für die, die es sowieso wußten -, wie solche Beschlüsse in derartigen Gremien zustande kommen. Wenn also in einem offiziellen Papier des Städtetages diese harten Formulierungen Bestand haben und mehrheitsfähig waren, dann können Sie sich ungefähr vorstellen, wie das Herz auch von SPD-Gemeindepolitikern geblutet haben muß, wenn sie solche Sätze als richtig und wahr aufgenommen haben.

(Henning (SPD): Das ist eine Stellungnahme der Geschäftsführung!)

- Professor Pappermann in der Geschäftsführung ist doch Ihr Mann. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. So einfach geht das nicht: Was gut ist, machen wir; was schlecht ist, machen die anderen. Hier haben Sie sich selber widersprochen.

Wir sind also der Auffassung, daß die Landesregierung mit diesem Gemeindefinanzierungsgesetz ein schlechter Sachwalter ihrer Gemeinden ist.

(C)

Es ist immer hochinteressant, wenn Burkhardt Hirsch in dieser Runde zitiert wird. Es wird nur gerufen, wenn die Landesregierung glaubt, in Beweisnöte für ihr Handeln zu kommen. Dann führt sie Hirsch nach dem Motto "Bei dem war das alles anders oder so, wie wir uns das vorstellen" ein. Ich empfehle Ihnen: Führen Sie Burkhardt Hirsch einmal hinsichtlich der Gemeindefinanzierungszuweisungen ein. Dann sehen Sie aber alt aus; dann wäre in Ihrem Haushalt nämlich nichts mehr. Dann hätten Sie wirklich etwas für die Gemeinden getan.

Meine Damen und Herren, hier wird ein falscher und unseliger Weg weitergegangen, der die Haushalte unserer Gemeinden letztlich genauso ruiniert wird, wie es die Landesregierung mit ihren Haushalten getan hat, sonst wäre sie inzwischen nicht bei über 100 Milliarden DM Schulden und über 19 Millionen DM Zinsen am Tag - Zinsen am Tag! -, meine Damen und Herren, angelangt.

Wir werden aus den vorgenannten Gründen voller Freude und ehrlichen Herzens dieses Gesetz ablehnen, weil es den Kommunen nicht hilft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt das Wort Herrn Abg. Trinius für die Fraktion der SPD.

(D)

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich auf ein paar Bemerkungen beschränken. Es konnte ja nicht ausbleiben, daß erneut vom Gemeindefinanzierungsgesetz die Rede ist.

Richtig ist, daß wir diesmal, 1989, das größte Volumen erreichen, das es in der Geschichte des Landes bisher gegeben hat, nämlich 14,3 Milliarden DM. Das ist doch erheblich mehr, als im Entwurf des Landeshaushalts gestanden hat. Richtig und unbestreitbar ist, daß die Sozialhilfekosten bei allen Kommunen steigen. Das wird nicht nur vom Städtetag und vom Städte- und Gemeindebund bestätigt, das bestätigen alle Kämmerer, egal aus welchem Land. Richtig ist, daß das auch von anderen so bestätigt wird, nämlich von denen, die als Träger der freien Wohlfahrtspflege mit diesen Dingen zu tun haben.

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter Trinius, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Leifert?

(Trinius (SPD): Bitte sehr.)

- Bitte.

Leifert (CDU): Herr Kollege Trinius, wenn Sie hier so frank und frei behaupten, die Gemeinden hätten einen Zuweisungsbetrag wie nie zuvor erreicht, haben Sie in diese Rechnung auch den Wegfall des Anteils an der Grunderwerbsteuer bei den Kreisen und den kreisfreien Städten mit einbezogen? Haben Sie den Anteil der Kfz-Steuer für den Landesstraßenbau und dergleichen mehr mit einbezogen? Haben Sie die Daten zur Haushalts- und Finanzpolitik - Heft 37 des Finanzministers - mit einbezogen, die ganz andere Zahlen, als Sie sie darstellen, in Tabelle 56 zugrunde legt?

Trinius (SPD): Herr Kollege, es ist doch schon vorhin durch den Finanzminister dargestellt worden, daß es sich vergleichbar über die Jahre um die Zusammenfassung sämtlicher Zuweisungen an die Gemeinden handelt. Sie können nicht verschleiern - aber Sie versuchen es immer wieder -, daß Nordrhein-Westfalen über viele Jahre hin den höchsten Verbundsatz in der Bundesrepublik gehabt hat. Hätte es seine Gemeinden entsprechend dem Durchschnitt der anderen Flächenländer behandelt, hätten unsere Gemeinden 20 Milliarden DM weniger erhalten.

- (B) Auch dies muß man festhalten.

(Zustimmung bei der SPD)

Dann berufen Sie sich immer wieder auf Ihre Steuerpolitik in Bonn, und zwar so, daß Sie offensichtlich die letzte Seite der Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Sie weist unbestreitbar aus, daß wir nach der mittelfristigen Finanzplanung auf Grund der drei Steuersenkungsoperationen für 1989 bei den Gemeinden, immer ausgehend von der vorherigen Schätzung, mit Mindereinnahmen von 2,5 Milliarden DM netto rechnen müssen. Damit müssen unsere Gemeinden rechnen, das Land für sich allein mit über 3 Milliarden DM weniger. Sie mögen sich daran vorbei, daß die Gemeinden nach der mittelfristigen Finanzplanung für 1990 infolge Ihrer Steueroperationen einen Verlust von 4,2 Milliarden DM verkraften müssen. Sie vergessen und erwähnen nicht, daß das Land Niedersachsen bei seiner mittelfristigen Finanzplanung in so erhebliche Schwierigkeiten kommt, unter diesen Bedingungen noch einen ausgeglichenen Haushalt darstellbar zu

machen, daß sogar einmal beschlossen worden ist, die mittelfristige Finanzplanung einfach zu kappen oder - genauer gesagt - Voraussetzungen zu schaffen, die mit dem Bundesgesetz überhaupt nicht übereinstimmen.

(C)

Dann unterstellen Sie bei Ihrer Steuerpolitik immer einen ursächlichen Zusammenhang, den Sie noch niemandem erläutert haben. Sie haben drei Operationen von Steuersenkungen, nämlich 1986, 1988 und 1990, und Sie behaupten, das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik beruhe auf Ihren steuerpolitischen Beschlüssen. Ich denke, der nächste Teil tritt erst 1990 in Kraft. Sie haben, wenn Sie es richtig betrachten, in Wirklichkeit bei der Konjunktur Glück gehabt.

Man kann das auch darlegen: Das Wachstum in der Bundesrepublik betrug in den letzten Jahren im Schnitt 2,5 %. Damit liegt das Wachstum in der Bundesrepublik - sicherlich nur zu erklären aus dem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang der Weltwirtschaft - unter dem durchschnittlichen Wachstum anderer entscheidender Industrienationen, und zwar um ein bis zwei Prozentpunkte.

Wenn wir über Verdienste der Bonner Wirtschaftspolitik reden wollen, dann lassen Sie uns diesen Gesichtspunkt, auf den die Sachverständigen ausdrücklich hinweisen, nicht außen vorlassen. Es muß uns nachdenklich stimmen, wenn die Sachverständigen feststellen, daß das Wachstum in der Bundesrepublik, verglichen mit anderen wichtigen Industrienationen, hinterherhinkt, und zwar schon über einen längeren Zeitraum.

(D)

Da gibt es noch einen weiteren wichtigen Hinweis bei den Sachverständigen, nämlich den, der hohe Export der Bundesrepublik zeige - ich bitte sehr aufmerksam zuzuhören -, daß es in der Bundesrepublik offensichtlich eine Investitionslücke gibt. Das gilt im industriellen Sektor genauso wie bei den öffentlichen Haushalten. Ihre Steuerpolitik trägt mit zur Verschärfung dieser Investitionslücke bei.

(Zustimmung bei der SPD)

Für das Verhältnis Land und Bund habe ich einen völlig neuen Gesichtspunkt gehört. Wenn ich die Zurufe der CDU heute richtig verstanden habe, dann müsse man folgendes tun: Man dürfe nicht öffentlich darlegen, wo denn die starken Kräfte unseres Landes seien; denn bekunde man, daß das Land Nordrhein-Westfalen wirklich Tritt gefaßt habe, daß es auf dem Wege sei, stärker zu wachsen als andere Länder der Bundesrepublik, dann mache man jede Mitwirkung

(Trinius (SPD))

- (A) Bonns, jede finanzielle Unterstützung durch Bonn überflüssig. Da ist mir aufgegangen, welches Rezept CDU und CSU in der Vergangenheit angewandt haben. Offensichtlich verdanken die Bayern die unerhörten Bundesergänzungszuweisungen dem Rezept, daß sie der Bundesregierung einen Türken aufgestellt haben, als ginge es ihnen furchtbar schlecht, und deswegen hätten sie so unerhörte Ansprüche auf Bundesergänzungszuweisungen.

Daß ich damit nicht falsch liege, zeigen Äußerungen von Lothar Späth, der erklärt hat, Länder wie Hessen, Baden-Württemberg und Bayern dürften eigentlich an der Strukturhilfe nicht teilhaben. Gleichwohl gelingt es den Bayern, obwohl sie einen in der Sache begründeten Anspruch gar nicht geltend machen können, hier mit in das Boot einsteigen zu können.

Der andere Schwerpunkt Ihrer Darlegungen liegt natürlich immer wieder beim Tarifabschluß. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie müssen schließlich zur Kenntnis nehmen, daß sich Bayern weigert, auch nur mit einer einzigen zusätzlichen Stelle, mit einer einzigen zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeit den Tarifvertrag umzusetzen. Bayern tut nichts, gilt aber gleichwohl als finanzstark und rühmt sich seiner Stärke, ohne etwas für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu tun.

(Zurufe von der SPD: Richtig!)

- (B) Niedersachsen verhält sich genauso wie Bayern, Hessen ebenso, und Baden-Württemberg - ich habe es Ihnen das letzte Mal gesagt - schafft 340 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten in einem Jahr. Wenn wir die Zahl, die Bayern und Baden-Württemberg schaffen, in Relation zu unserem Stellenvolumen setzen, dann dürften es bei uns nur 550 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten sein. In Wirklichkeit sind es bei uns 2700.

(Dautzenberg (CDU): Das ist nicht wahr!)

Deswegen sage ich: Nordrhein-Westfalen - obwohl unter schwierigen finanziellen Bedingungen, obwohl unter schwierigen Lasten wie die der Kohle, die kein anders Land hat - tut für die Beschäftigung das Fünffache dessen, was Baden-Württemberg tut, das sich ein finanzstarkes Land zu sein rühmt.

(Bensmann (CDU): Das ist schlichtweg falsch!)

Das sollen andere erst einmal nachmachen.

Dann haben Sie einen Antrag zum Wohnungsbau eingebracht; das ist eine einzige Anklage gegen das Land. Vergessen Sie denn ganz und gar, daß Sie im Bund, daß Sie an anderen Stellen ebenfalls politisch verantwortlich handeln? Sie haben doch den Rückzug der Bundesregierung aus der Förderung des Wohnungsbaus betrieben.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben doch die Aufhebung der Gemeinnützigkeit betrieben.

(Erneut Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Trinius, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

(Trinius (SPD): Ich möchte den Gedanken zu Ende bringen!)

- Bitte sehr!

Trinius (SPD): Und Sie haben doch öffentlich verkündet, wenn man als Mietwohnungseigentümer mehr Mieten einnehmen könne, dann werde man in den Mietwohnungsbau auch mehr investieren. Die Wirklichkeit ist: Heute stellt der Mieterbund fest, daß uns in der Bundesrepublik eine Million Mietwohnungen fehlen.

Die Leute haben zwar höhere Mieten eingenommen, aber sie waren nicht bereit, die höheren Mieten in Investitionen umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wer von all diesen Dingen absieht und hier dann lediglich erklärt, die Landesregierung habe sich aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen, der argumentiert falsch, ohne an die eigene Verantwortung zu denken. Im übrigen ist auch das, was er erklärt, falsch. Die Zahlen sind vorhin vom Finanzminister genannt worden.

Nennen Sie mir bitte außer Nordrhein-Westfalen ein einziges Land, das schon ein Programm für die Beschaffung von Wohnungen für Aussiedler aufgestellt hat. Nordrhein-Westfalen ist das erste und einzige Land, das ein solches Programm aufgestellt hat. Sie haben weiterhin gesagt, es gehe alles viel zu langsam. Das Programm umfaßt eine Größenordnung von 5 000 Wohnungen. Wir hatten damit gerechnet, daß die Wohnungen allenfalls im Herbst nächsten Jahres, vielleicht erst im Frühjahr des übernächsten Jahres fertig würden. Wir können heute davon ausgehen, daß ein Großteil der Wohnungen zum Sommer nächsten Jahres bezugsfertig wird. Überprüfen Sie einmal den Vorwurf der bürokratischen Hemmnisse, den Sie hier ständig erheben.

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) Nun noch eine Bemerkung zu der Vielzahl von Anträgen, die Sie gestellt haben. Großzügigerweise haben Sie erklärt, auf Deckungsanträge wollten Sie verzichten. Sie hätten es früher einmal probiert, solche Anträge zu stellen; dies täten Sie nun nicht mehr.

(Leifert (CDU): Das ist unwahr!)

- Nein, das ist nicht unwahr.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, darf ich Sie noch einmal fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen wollen?

(Trinius (SPD): Ja.)

- Bitte schön.

Doppmeier (CDU): Herr Kollege Trinius, sind Sie bereit, dem Hohen Hause mitzuteilen, daß die Landesregierung entgegen der Aussage vor der Landtagswahl 1985 das mehrjährige Wohnungsbauprogramm nicht durchgeführt hat und in den letzten drei Jahren dadurch in Nordrhein-Westfalen rund 25 000 Wohnungen weniger gebaut worden sind? Sind Sie bereit, dem Parlament weiterhin mitzuteilen, daß die von Ihnen eben angesprochene Entmischung auf einen gemeinsamen Beschluß der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder und des Bundeskanzlers zurückgeht?

- (B) Trinius (SPD): Herr Kollege, der Bund hat sich vollständig aus der Wohnungsbauförderung zurückgezogen. Hat das 1985 jemand ahnen können?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben eine tolle Wohnungsbaupolitik betrieben. Ich habe noch die Äußerung von Herrn Kollegen Linssen im Ohr. Wenn Sie Ihre Anträge durchrechnen, kommen Sie im übrigen zu einer Erhöhung der Ansätze für die Nettokreditermächtigung um 400 bis 500 Millionen DM. Das müssen Sie den Leuten erst einmal klarmachen.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

- Dann will ich Ihnen schnell ein paar Punkte nennen. Sie wollen für die Altenpflege 100 Millionen DM mehr ausgeben. Ein Deckungsvorschlag fehlt. Sie wollen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 100 Millionen DM zusätzlich ausgeben. Ein Deckungsvorschlag fehlt. Sie wollen zusätzlich 1 500 Stellen für Lehrer schaffen. Ein Deckungsvorschlag fehlt. Das müssen Sie doch alles einmal durchrechnen.

Bei der kommunalen Abfallbeseitigung ist Ihnen etwas ganz Tolles eingefallen. Sie wollten den Kreditplafond für die Altlastenbeseitigung erhöhen und wollten den Gemeinden zu diesem Zweck 10,4 Millionen DM wegnehmen, auf die sie Anspruch haben. (C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter Trinius, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Arentz?

(Trinius (SPD): Nein, ich möchte jetzt zum Schluß kommen.)

Das ist nicht der Fall.

(Arentz (CDU): Weil Sie Ihre Lügen hier ungestört vortragen wollen! - Gegenrufe von der SPD)

Trinius (SPD): Angesichts der Tatsache, daß hier behauptet worden ist, ich würde lügen, möchte ich die Zwischenfrage zulassen, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Arentz, ich habe eben erst zur Kenntnis bekommen, was Sie geäußert haben. Ich bitte Sie, sich an den parlamentarischen Brauch zu halten, was Ihre Worte angeht.

(Beifall bei der SPD)

- Ich verbitte mir hier den Beifall von jeder Seite des Hauses.

Bitte, Herr Kollege Trinius, Sie haben das Wort. (D)

Trinius (SPD): Wenn man hier über die Schulden klagt, kann ich es gut verstehen, daß man erklärt, man wolle sich nicht in das "Gefängnis der Verschuldung" des Landes Nordrhein-Westfalen begeben. Ich kann es auch sehr gut verstehen, wenn Sie, nachdem Sie die Mauern um das "Gefängnis" sozusagen noch um 500 Millionen DM erhöhen wollen, in vielen Fällen auf einen Entschließungsantrag ausweichen. Sie wagen es nicht mehr, zu sagen, was Sie beispielsweise im Bereich der Polizei an Stellen, was Sie an Baumitteln und an sonstigen Investitionsmitteln zusätzlich haben wollen. Sie sagen auch nicht, was Sie beim Wohnungsbau zusätzlich veranschlagen möchten. Es gibt wohl eine Presseerklärung von Herrn Kollegen Doppmeier. Darin verlangt er 1 Milliarde DM zusätzlich für Aussiedler. Dies hat er gegenüber der Presse erklärt. Wenn das aber reell sein soll, wenn das Politik sein soll, wenn das nicht nur Täuschung der Öffentlichkeit sein soll, Herr Kollege Doppmeier, dann müssen Sie Ihre

(Trinius (SPD))

- (A) Fraktion dazu bringen, diese 1 Milliarde DM als Ausgabenansatz einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben wir es mit einer Erhöhung der Kreditermächtigung aufgrund der CDU-Anträge - ich nehme Ihre Worte hier für die Tat - um 1,3, vielleicht auch 1,5 Milliarden DM zu tun.

(Schauerte (CDU): Das ist doch lachhaft!)

Ich kann wohl verstehen, daß Sie nicht hinter die Mauern dieses Schuldenberges, die Sie selbst erhöhen, wollen. Wer aber Verantwortung für das Land Nordrhein-Westfalen trägt und tragen will, dem bleibt, Herr Kollege Dautzenberg, nichts anderes übrig, als zu dem Zeitpunkt, zu dem er die Verantwortung übernimmt, zu diesem Land ja zu sagen und es weiter nach vorn zu bringen.

Wir haben gute Kräfte in unserem Lande. Auf diese Kräfte setzen wir. Diese Kräfte werden gemeinsam mit der Mehrheit hier im Landtag die Zukunftsblokkaden, die Sie aufrichten wollen, brechen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß Herr Abg. Trinius erklärt hat, daß er keine Zwischenfrage mehr zulasse. Insofern erübrigte es sich, von dieser Stelle aus auf Wortmeldungen zu Zwischenfragen einzugehen.

(B)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können daher zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zunächst über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1989 ab. Wer dem Gesetzesentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3852 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzesentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 1989. Wer dem Gesetzesentwurf und damit dem Haushaltsplan entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3850 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzesentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Ich rufe nun auf die Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1988 bis 1992 mit

Finanzbericht 1989. Entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3851 bitte ich um Ihre Kenntnisnahme. - Ich stelle fest, daß Sie Kenntnis genommen haben.

(C)

Wir haben nun über die vorliegenden Entschließungsanträge abzustimmen.

Drucksache 10/3891 (Neudruck), Antrag der CDU-Fraktion betreffend Zuweisungen an Städte und Gemeinden - GFG 1989. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag der CDU Drucksache 10/3908 betreffend Neue Herausforderungen für die Polizei - Einzelplan 03. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Drucksache 10/3892, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Landesjugendplan - Einzelplan 07. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Drucksache 10/3893, Antrag der Fraktion der F.D.P. betreffend offene Jugendarbeit - Einzelplan 07. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, möge die Hand heben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

(D)

Drucksache 10/3897, Antrag der Fraktion der SPD betreffend Förderung der offenen Jugendarbeit - Einzelplan 07. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Drucksache 10/3909, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Wohnungsbau - Einzelplan 11. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Drucksache 10/3894, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Personalhaushalt - Haushaltsgesetz. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich die Hand zu heben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Drucksache 10/3902, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Aufhebung der Absenkung